

JAHRESBERICHT

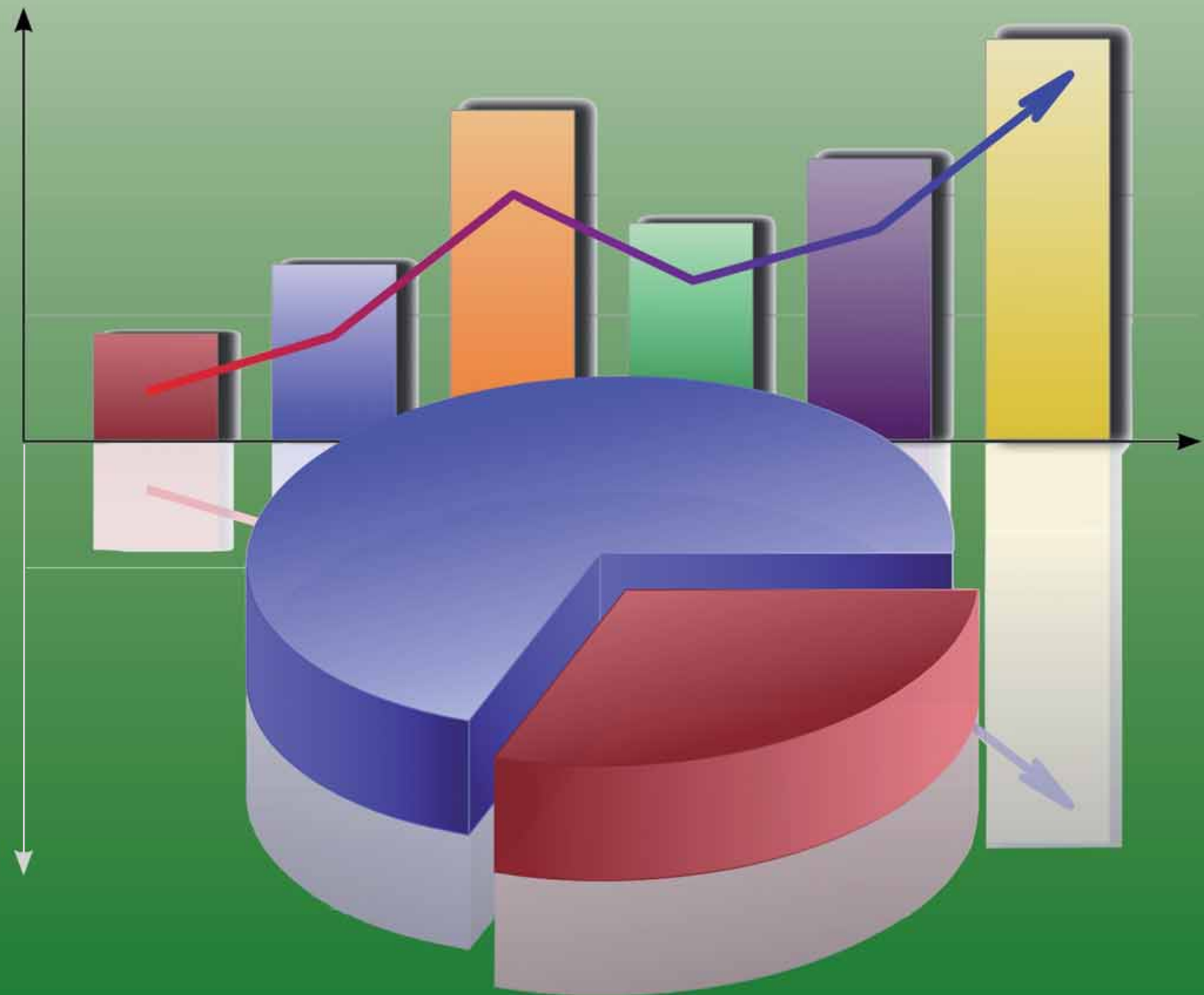
JAHRESBERICHT



Rheinland-Pfalz
FINANZVERWALTUNG

Oberfinanzdirektion Koblenz

2011



Aus Gründen der besseren Lesbarkeit werden im gesamten Text lediglich männliche Bezeichnungen verwendet, die die jeweilige weibliche Form mit einschließen.

Rückblickend stand das Jahr 2011 ganz im Zeichen der Konsolidierung der bereits im Vorjahr gestarteten Großprojekte EOSS (Evolutionär orientierte Steuersoftware), IPEMA (Integriertes Personalmanagement- und Abrechnungssystem) sowie RHESCA-BA (Rheinland-Pfälzisches Scanverfahren zur Beihilfeabrechnung). Im Bereich der Landesoberkasse wurde weiter an dem Aufbau eines einheitliches Kassenverfahrens (EKV-RLP) gearbeitet.

Neben zahlreicher gesetzlicher Änderungen im Steuerrecht kündigten sich mit dem Beschluss einer länderübergreifenden Zusammenarbeit zwischen Saarland und Rheinland-Pfalz im Bereich der Erbschaft- und Schenkungssteuer sowie der Grunderwerbsteuer bereits 2011 erste Zeichen einer Strukturreform der Finanzämter an, die es die kommenden Jahren umzusetzen gilt.

Für die Kolleginnen und Kollegen der Zentralen Besoldungs- und Versorgungsstelle (ZBV) sowie den Personalbereich aller Dienststellen stand das Jahr 2011 ganz im Zeichen der Systemumstellung auf IPEMA, was gerade in der ZBV zum Teil große Umstellungsprobleme verursachte und nur Dank des enormen Einsatzes der Beschäftigten und der Bereitschaft zu Mehrarbeit bewältigt werden konnte.

Der Echteinsatz des rheinland-pfälzischen Scanverfahrens RHESCABA konnte im Juni 2011 erfolgreich starten und läuft inzwischen als länderübergreifende Kooperation mit Hessen und Nordrhein-Westfalen. Die Bearbeitung der Beihilfeanträge ist nun durch das Scannen der Belege papierlos möglich und spart den bislang hohen personellen Erfassungsaufwand.

Zukunftsweisend ist auch die im August 2011 abgeschlossene Renovierung und Aufstockung der Fachhochschule für Finanzen und Landesfinanzschule in Edenkoben. Neben neuen Lehrsälen mit interaktiven Tafeln, einer neuen Bibliothek und Mensa, zeigt sich das Gebäude an die Bedürfnisse behinderter Menschen sowie an moderne Ausbildungsstandards angepasst.

Wesentliche Änderung im Geschäftsbereich Bundesbau (GBB) war die Umwandlung in eine Abteilung der Oberfinanzdirektion. Der politischen als auch wirtschaftlichen Bedeutung der Tätigkeit der neuen Abteilung Bundesbau (ABB), die jährlich ein Bauvolumen von über 200 Millionen Euro betreut, wird hiermit Rechnung getragen.

Die Oberfinanzdirektion und mit ihr ihre Abteilungen und die 26 Finanzämter des Landes sind aber nicht nur durch ihre Großprojekte über die Landesgrenzen hinaus bekannt. Vor allem die erfolgreiche Umsetzung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die wiederholte Auszeichnung mit dem Gütesiegel „audit berufundfamilie“ sowie bundesweit neuartige Projekte wie „Schule und Steuern“ zeigen, dass Innovationen aus eigener Kraft die nachhaltigsten Wirkungen und Erfolge sowie Anerkennung bringen.

Wenn auch die künftigen Herausforderungen, bedingt durch Personalabbau aufgrund des demografischen Wandels, neuer Softwareentwicklungen und gesetzliche Änderungen, unausweichlich große Anstrengungen bedeuten werden, so können wir durch unsere Erfahrungen mit den zurückliegenden Großprojekten sicher sein, auch diese Probleme gemeinsam zu bewältigen und auch in Zukunft bundesweit „klein aber oho“ zu sein.

Oberfinanzpräsident Werner Nægler



Die Oberfinanzdirektion Koblenz - Dienstleister der Finanzverwaltung



Die Oberfinanzdirektion Koblenz (OFD) wurde 1950 gegründet und ist eine Mittelbehörde der Landesfinanzverwaltung Rheinland-Pfalz. Sie gliedert sich in drei Abteilungen, die Besitz- und Verkehrssteuerabteilung, die Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle sowie die Abteilung Bundesbau.

Darüber hinaus gehören zur OFD die Landesoberkasse (LOK), zwei Stabsstellen, das Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie das Justizariat und neu auch die Geschäftsstelle.

Geleitet wird die OFD durch den Oberfinanzpräsidenten.

Übergeordnete Behörde ist das Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz.

Nachgeordnete Ämter sind die 26 rheinland-pfälzischen Finanzämter.

Zum Geschäftsbereich zählen rund 8.000 Beschäftigte, die sich um eine bürgernahe und gerechte Aufgabenerledigung kümmern.

Die **Besitz- und Verkehrssteuerabteilung** leitet die Durchführung der Aufgaben der Steuerverwaltung, für deren Erledigung die rund 6.900 Bediensteten der 26 Finanzämter des Landes an insgesamt 37 Standorten zuständig sind. Zu ihrem Zuständigkeitsbereich gehört auch die Zentrale Datenverarbeitung der Finanzverwaltung (ZDFin) sowie die Fachhochschule für Finanzen/Landesfinanzschule in Edenkoben.

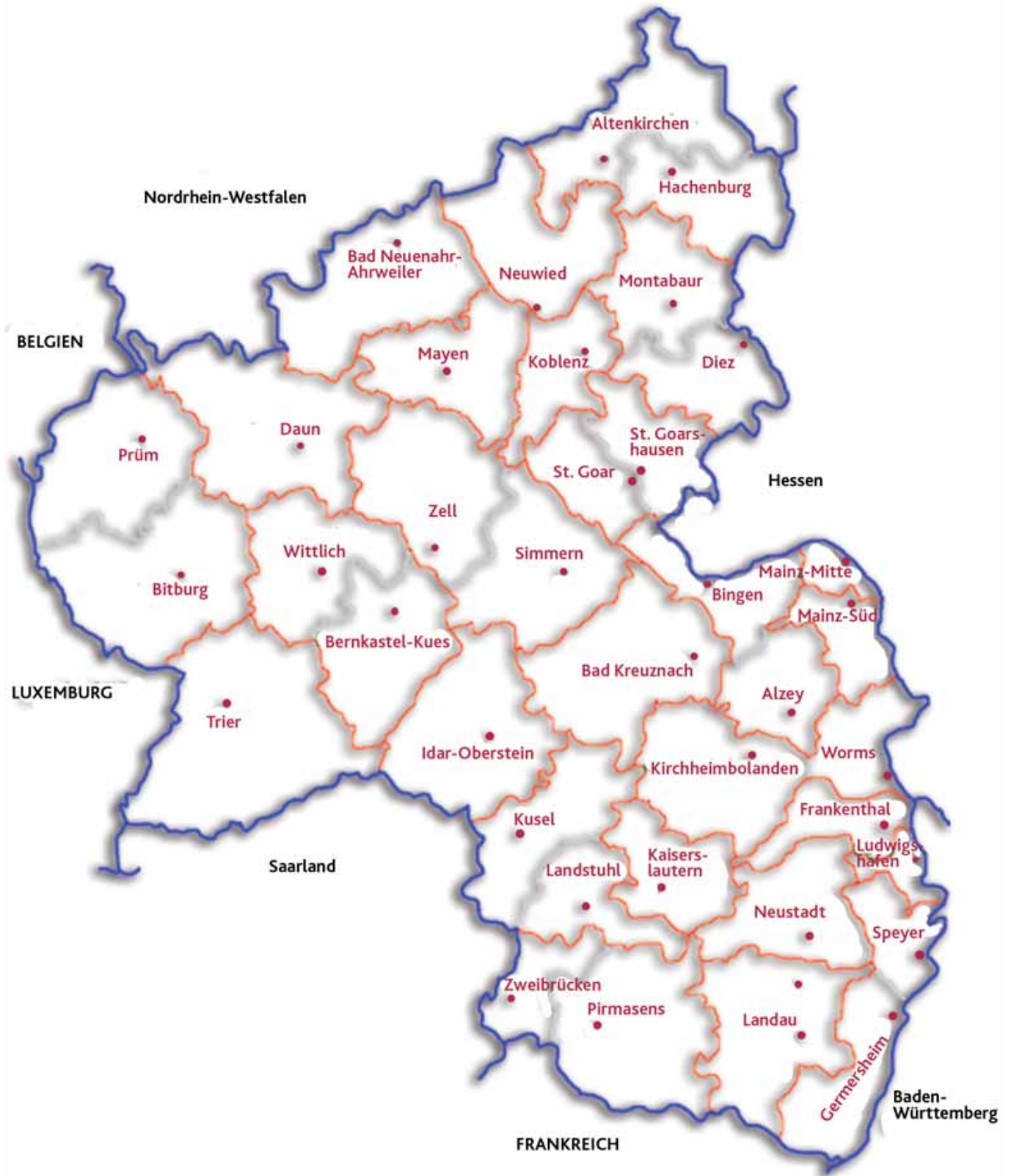
Die **Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle (ZBV)** betreut rund 158.500 Bedienstete des Landes. Die Hauptaufgabe der ZBV ist es, Bezüge und Entgelte, Zuschüsse zu Krankheitskosten (Beihilfe) und das Kindergeld zahlbar zu machen. Sie zählt damit zu den größten "Lohnbüros" des Landes Rheinland-Pfalz.

Die **Abteilung Bundesbau (ABB) Mainz** übernimmt in Rheinland-Pfalz die Bauherenaufgaben des Bundes, wenn es um Baumaßnahmen der Bundeswehr, der Gaststreitkräfte, der NATO und zivile Bundesbaumaßnahmen geht. Dies erfolgt im Rahmen der sogenannten Organleihe. Die Personal- und Sachkosten, die dem Land für die Aufgabenerfüllung des Bundes entstehen, werden dem Land dabei vom Bund erstattet.

Die **Landesoberkasse (LOK) von Rheinland-Pfalz** erledigt ressortübergreifend für ca. 220 Dienststellen der Landesverwaltung den Zahlungsverkehr, die Buchführung, die Beitreibung öffentlich-rechtlicher sowie privat-rechtlicher zugelassener Forderungen des Landes und Geldbußen nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz. Die LOK hat ihren Hauptstandort in Koblenz und zusätzlich Außenstellen in Neustadt und Trier.

Im Abrechnungsverkehr sind der LOK vier Finanzkassen sowie weitere ca. 300 Zahlstellen angeschlossen. Insgesamt verwaltet sie ca. 65 % des Landeshaushalts von Rheinland-Pfalz.

LANDESWEITE ZUSTÄNDIGKEIT DER 26 RHEINLAND-PFÄLZISCHEN FINANZÄMTER



8	Organigramm der Oberfinanzdirektion Koblenz
----------	--

PERSONALSTAND UND -ENTWICKLUNG

9	Besitz- und Verkehrsteuerabteilung
10	Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle
11	Abteilung Bundesbau

STABSSTELLEN

12	Landesoberkasse
15	Innenrevision
16	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

BESITZ- UND VERKEHRSTEUERABTEILUNG

19	Personalangelegenheiten
25	Audit berufundfamilie
28	Organisationsangelegenheiten
30	Fachbereiche
30	Fallzahlentwicklung bei den Ertragsteuern
32	Fortbildung im Ertragsteuerrecht
33	Vollstreckung
36	Fallzahlenentwicklung im Rechtsbehelfsverfahren
39	Verkehrsteuern und Einzelsteuern
42	Einheits- und Bedarfsbewertung
44	Tätigkeitsbericht der Sachverständigen
47	Steuerspirale
48	Betriebsprüfung
54	Lohnsteuer
55	Steuerfahndung, Bußgelder und Strafsachen

61	Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung als Querschnittsaufgabe der Referate Steuerfahndung und Umsatzsteuer
-----------	--

64	Umsatzsteuer
-----------	--------------

Zentrale Datenverarbeitung der Finanzverwaltung (ZDFin)

66	Projekt- und Auftragsmanagement
-----------	---------------------------------

66	Service-Desk
-----------	--------------

69	Einführung des Lastschriftrückläuferverfahrens in Rheinland-Pfalz
-----------	---

70	Einführung der KONSENS Datenbank für Rechtsbehelfe (DB-Rb)
-----------	--

71	Einführung der KONSENS Datenbank für Rechtsbehelfe (DB-Rb)
-----------	--

71	Abgleich der Datenbestände zwischen den Kfz-Zulassungsbehörden und der Finanzverwaltung
-----------	---

71	REIKA ZBV
-----------	-----------

FINANZAMTSSTECKBRIEF

74	Finanzamt Altenkirchen-Hachenburg
75	Finanzamt Bad Kreuznach
76	Finanzamt Bad Neuenahr-Ahrweiler
77	Finanzamt Berncastel-Wittlich
78	Finanzamt Bingen-Alzey
79	Finanzamt Bitburg-Prüm
80	Finanzamt Daun
81	Finanzamt Frankenthal
82	Finanzamt Idar-Oberstein
83	Finanzamt Kaiserslautern
84	Finanzamt Koblenz
86	Finanzamt Kusel-Landstuhl
87	Finanzamt Landau
88	Finanzamt Ludwigshafen
89	Finanzamt Mainz-Mitte
90	Finanzamt Mainz-Süd
91	Finanzamt Mayen
92	Finanzamt Montabaur-Diez
93	Finanzamt Neustadt
94	Finanzamt Neuwied
95	Finanzamt Pirmasens-Zweibrücken
96	Finanzamt St. Goarshausen-St. Goar
97	Finanzamt Simmern-Zell
98	Finanzamt Speyer-Germersheim
99	Finanzamt Trier
100	Finanzamt Worms-Kirchheimbolanden

ZENTRALE BESOLDUNGS- UND VERSORGUNGSSTELLE

101	Allgemeines
101	Personalstand
104	Fachbereiche
104	Zentraldezernat
107	Dezernat Beamtenbesoldung- und -versorgung
108	Dezernat Familienkasse und Pfändungen/Schadenersatz
108	Dezernat Entgelt der Arbeitnehmer
109	Dezernat Reisekosten
110	Dezernat Beihilfe
112	Dezernat Bescheinigende Stelle
113	Dezernat ISC

ABTEILUNG BUNDESBAU

115	Bisher Geschäftsbereich - Jetzt Abteilung Bundesbau
116	Baumaßnahmen für die amerikanischen Gaststreitkräfte
117	Haushaltsangelegenheiten

Oberfinanzpräsident

Werner Nägler ☎ 36 720

ORGANIGRAMM DER OBERFINANZDIREKTION KOBLENZ (STAND: APRIL 2012)

**Stabsstelle
Projektmanagement IT
Datenschutzbeauftragter**
Herbert Meyers ☎ 36 222

**Stabsstelle
Innenrevision**
Jürgen Hilger ☎ 36 366

Landesoberkasse
Wilfried Stolte ☎ 39 001

**Persönlicher Referent
Justizariat**
Michael Quirnbach ☎ 36 723

**Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit**
Wiebke Girolstein ☎ 36 726

Geschäftsstelle
Peter Olbrich ☎ 36 330

Besitz- und Verkehrsabteilung

Werner Nägler ☎ 36 720

26 Finanzämter

**Fachhochschule für Finanzen
Landesfinanzschule Rheinland-
Pfalz**
Norbert Krischer ☎ 38 001

Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle (ZBV)

Finanzpräsident Oliver Brehm ☎ 37 303

**IPEMA
Service-Center**
Frank Matheja ☎ 37 620

**Finanzierungs-
fonds
Beamtenversorgung**
Isabel Lenz ☎ 37 323

Beihilfeprüfung

**Gesundheits-
management**
Daniela Alsdorf ☎ 37 977

**Abteilung
Bundesbau (ABB)**
Christoph Strohschneider ☎ 06131/14088 - 42

Z
Zentrale Aufgaben,
Organisation, Perso-
nal, Haushalt,
Kassenangelegenhei-
ten, Landesvermö-
gen und FFFin/LFS
Ulrich
Kalkkuhl ☎ 36 900

St 3
Gemeinsame Ange-
legenheiten der Be-
sitz- und Verkehrs-
steuern, Ertragsteu-
ern
Michael
Spira ☎ 36 700

St 4
Außendienst
Roswitha
Götz ☎ 36 640

ZDFin
Zentrale Datenver-
arbeitung der Fi-
nanzverwaltung
Reinhold
Koch ☎ 36 200

**Dezernat
ZBV 11**
Vertreter des
Leiters ZBV,
Allg. und
Grundsatzan-
gelegenheiten
Andreas
Frank ☎ 37 299

**Dezernat
ZBV 12**
Bezüge der
Beamten- u.
Versorgungs-
empfänger
Hans-Ulrich
Moog ☎ 37 154

**Dezernat
ZBV 13**
Landesfamili-
enkasse/Jus-
tizariat II/
Pfändung,
Schadenersatz
Manfred
Rommersbach ☎ 37 346

**Dezernat
ZBV 14**
Entgelt der
Arbeitneh-
mer
Martina
Rahner ☎ 37 450

**Dezernat
ZBV 15**
Reisekosten
Leo
Permesang ☎ 37 173

**Dezernat
ZBV 18**
Beihilfe
Wilfried
Dieler ☎ 37 060

**Dezernat
ZBV 20**
Beschnei-
gende Stelle
Dirk
Planz ☎ 37 376

AB 1
Zentrale Dien-
ste, Haushalts-,
Organisations-
und Personal-
angelegenheiten
Dr. Henning
Bode ☎ 06131/
14088 - 37

AB 2
Bauherrenaus-
gaben des
Bundes
Christoph
Strohschneider ☎ 06131/
14088 - 42

Prozessvertretung

Elke Classen-Baltes
☎ 36 135
Irina Häusler
☎ 36 132
Sabine Rink
☎ 36 134

Personalstand- und entwicklung

BESITZ- UND VERKEHRSTEUERABTEILUNG

Gesamt					
	2007	2008	2009	2010	2011
gesamt	7.629	7.633	7.634	7.664	7.578
männlich	3.952	3.921	3.867	3.833	3.753
davon aktiv	3.929	3.904	3.848	3.817	3.742
nicht im Dienst	23	17	19	16	11
weiblich	3.677	3.712	3.767	3.831	3.825
davon aktiv	3.410	3.467	3.562	3.653	3.675
nicht im Dienst	267	245	205	178	150

Beamte					
	2007	2008	2009	2010	2011
gesamt	6.264	6.293	6.330	6.376	6.379
männlich	3.666	3.639	3.598	3.566	3.499
davon aktiv	3.644	3.624	3.580	3.551	3.488
nicht im Dienst	22	15	18	15	11
weiblich	2.598	2.654	2.732	2.810	2.880
davon aktiv	2.390	2.459	2.569	2.665	2.763
nicht im Dienst	208	195	163	145	117

Arbeitnehmer					
	2007	2008	2009	2010	2011
gesamt	1.365	1.340	1.304	1.288	1.199
männlich	286	282	269	267	254
davon aktiv	285	280	268	266	254
nicht im Dienst	1	2	1	1	0
weiblich	1.079	1.058	1.035	1.021	945
davon aktiv	1.020	1.008	993	988	912
nicht im Dienst	59	50	42	33	33

*Es handelt sich jeweils um Kopffzahlen, Stand: 31. Dezember 2011

ZENTRALE BESOLDUNGS- UND VERSORGUNGSSTELLE

Gesamt					
	2007	2008	2009	2010	2011
gesamt	538	533	546	570	589
männlich	239	231	230	237	239
davon aktiv	219	212	214	219	219
nicht im Dienst	20	19	16	18	20
weiblich	299	302	316	333	350
davon aktiv	265	265	278	295	298
nicht im Dienst	34	37	38	38	52

Beamte					
	2007	2008	2009	2010	2011
gesamt	267	273	285	296	311
männlich	158	153	156	162	167
davon aktiv	147	143	149	155	155
nicht im Dienst	11	10	7	7	12
weiblich	109	120	129	134	144
davon aktiv	96	104	115	121	122
nicht im Dienst	13	16	14	13	22

Arbeitnehmer					
	2007	2008	2009	2010	2011
gesamt	271	260	261	274	278
männlich	81	78	74	75	72
davon aktiv	72	69	65	64	64
nicht im Dienst	9	9	9	11	8
weiblich	190	182	187	199	206
davon aktiv	169	161	163	174	176
nicht im Dienst	21	21	24	25	30

*Es handelt sich jeweils um Kopfzahlen, Stand: 31. Dezember 2011

ABTEILUNG BUNDESBAU

Gesamt					
	2007	2008	2009	2010	2011
gesamt	35	31	30	33	35
männlich	23	21	19	21	21
davon aktiv	20	20	18	20	19
nicht im Dienst	3	1	1	1	2
weiblich	12	10	11	12	14
davon aktiv	10	10	11	12	14
nicht im Dienst	2	0	0	0	0

Beamte					
	2007	2008	2009	2010	2011
gesamt	6	6	6	6	6
männlich	6	6	6	6	5
davon aktiv	5	5	5	5	4
nicht im Dienst	1	1	1	1	1
weiblich	0	0	0	0	1
davon aktiv	0	0	0	0	1
nicht im Dienst	0	0	0	0	0

Arbeitnehmer					
	2007	2008	2009	2010	2011
gesamt	29	25	24	27	29
männlich	17	15	13	15	16
davon aktiv	15	15	13	15	15
nicht im Dienst	2	0	0	0	1
weiblich	12	10	11	12	13
davon aktiv	10	10	11	12	13
nicht im Dienst	2	0	0	0	0

*Es handelt sich jeweils um Kopfzahlen, Stand: 31. Dezember 2011



LANDESBERKASSE

Die Landesoberkasse (LOK) ist als eine von vier Landeskassen in Rheinland-Pfalz für den Vollzug des Landeshaushalts zuständig. Sie führte an den Standorten Koblenz, Neustadt und Trier im Jahr 2011 für 220 Dienststellen alle anfallenden Kassengeschäfte aus. Die erforderlichen Buchungen (ca. 1,0 Mio.) wurden in zwölf Buchhaltungen der LOK durchgeführt.

Insgesamt leistete die LOK im Haushaltsjahr 2011 innerhalb des Landeshaushalts Ausgaben in Höhe von 11,58 Mrd. € und Einnahmen von 11,50 Mrd. €. Hinzu kamen im Jahr 2011 als Sonderrechnung Ausgaben in Höhe von 1,51 Mrd. € und Einnahmen in Höhe von 1,04 Mrd. €.

Die LOK ist eingebunden in das Erhebungsverfahren der 4 Finanzkassen des Landes. Mit den sonstigen Steuergläubigern wurde im Jahr 2011 wie folgt abgerechnet:
Bund: 7,90 Mrd. €, Kommunen: 1,57 Mrd. € und Kirchen: 0,52 Mrd. €.

Rund 32.000 Mahnungen und Zahlungserinnerungen wurden im Jahr 2011 erstellt. Im Berichtszeitraum sind im Aufgabengebiet Vollstreckung insgesamt 16.762 neue Vollstreckungsfälle angefallen. Gleichzeitig konnten 14.746 Vollstreckungsfälle erledigt werden. Schwerpunkte der Vollstreckungsfälle sind Bußgelder aus Verkehrsordnungswidrigkeiten der Polizeipräsidien (45 %), Bußgelder nach dem Güterkraftverkehrsgesetz (15 %) und Polizeikosten nebst Auslagenerstattungen (15 %). Der Rest der Vollstreckungsfälle verteilt sich auf Verwaltungsgebühren der staatlichen Behörden nach den besonderen Gebührenverzeichnissen sowie auf Zwangsgelder und Rückforderungen von BAföG-Leistungen.

Im Aufgabengebiet Zahlungsverkehr wurden bei neun verschiedenen Geldinstituten die Zahlungsvorgänge über 63 Konten abgewickelt und dabei ca. 13,8 Mio. Girodatensätze per Datenfernübertragung (DFÜ) ausgeführt. Zusätzlich zur vorhandenen DFÜ-Software für die Übertragungen im EBICS-Standard an Sparkassen und die Landesbank Baden-Württemberg wird für Einzelverfügungen das Online-Banking der Bundesbank

genutzt. Die Installation einer weiteren DFÜ-Software im EBICS-Standard, die auch die spezifischen Vorgaben der Bundesbank erfüllt, soll im Laufe des Jahres 2012 eingeführt werden.

Das neue Kassenverfahren EKV-RLP konnte nicht wie geplant zum 01.12.2011 in Produktion gehen. Grund hierfür sind aufgetretene Probleme bei der Umsetzung der geforderten Funktionalitäten. Der Umstieg ist jetzt zur Jahresmitte 2012 vorgesehen. Seit Implementierung von Testinstallationen des neuen einheitlichen Kassenverfahrens (EKV-RLP) sind insbesondere die im Aufgabengebiet Automation tätigen Personen der LOK durch intensive Tests gefordert, ebenso wie durch die parallele Einführung einer neuen Web-basierten IRM@-GATEWAY-R2-Software.

Die Aufgaben der LOK werden mit folgendem Personal bewältigt (Stichtag: 01.01.2012):

	LOK gesamt		Koblenz		Trier		Neustadt	
	Bedienstete	VZÄ	Bedienstete	VZÄ	Bedienstete	VZÄ	Bedienstete	VZÄ
LOK-Leitung	6	6,00	4	4,00	1	1,00	1	1,00
Ausbildungsbezirk	3	1,53	3	1,53	0	0,00	0	0,00
Buchführung/Organisation	67	59,77	35	34,01	13	11,30	19	14,46
Zahlungsverkehr/Autom.	14	12,44	8	7,80	3	2,15	3	2,49
AG Vollstreckung/Poststelle	16	14,01	16	14,01	0	0,00	0	0,00
Gesamt	106	93,75	66	61,35	17	14,45	23	17,95

VZÄ = Vollzeitäquivalent

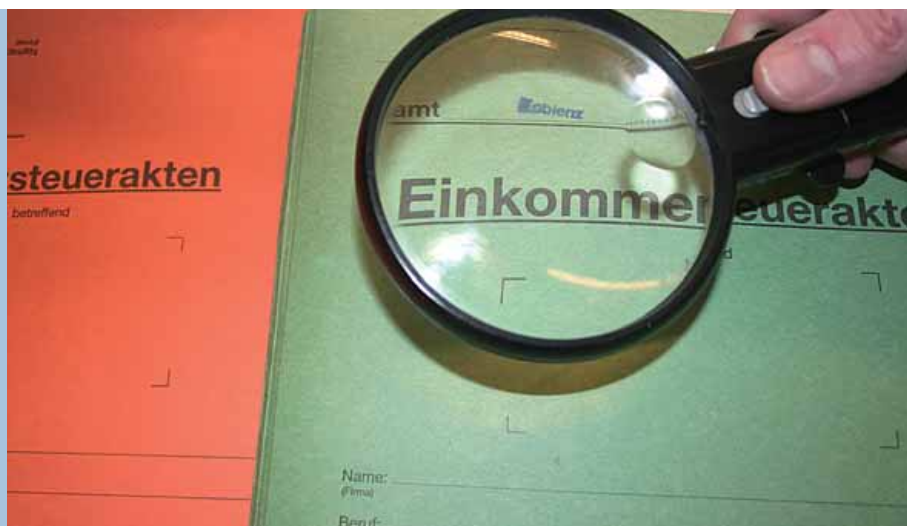
Landesoberkasse Koblenz

Steueraufkommen 2011 (in Tausend Euro)									
Finanzamt	Lohnsteuer Aufkommen	Veranl. Eink. Steuer Aufkommen	Körperschaftsteuer Aufkommen	Umsatzsteuer Aufkommen	Grunderwerbsteuer Aufkommen	Kraftfahrzeugsteuer Aufkommen	Übrige Steuern Aufkommen	Aufkommen	Anteil in % am Gesamtaufkommen
Bad Neuenahr-Ahrweiler	91.931	48.503	17.987	141.089	-	-	31.981	331.491	1,70
Altenkirchen-Hachenburg	205.032	52.416	27.035	210.737	-	-	36.390	531.610	3,11
Bad Kreuznach	163.170	45.220	16.388	174.547	-	-	27.089	426.414	2,49
Bingen-Alzey	316.556	271.235	125.088	192.331	-	-	60.762	965.972	5,65
Idar-Oberstein	76.564	26.397	1.904	85.643	-	27.404	9.952	227.864	1,33
Bitburg-Prüm	89.089	30.515	14.513	86.695	-	-	21.338	242.150	1,42
Daun	13.587	14.603	-	42.297	-	62.551	1.376	134.414	0,79
Frankenthal	131.147	30.926	10.851	134.940	-	-	22.599	330.463	1,93
Kaiserslautern	339.883	34.881	45.183	152.830	-	28.890	46.226	647.893	3,79
Koblenz	1.299.696	76.941	149.958	642.012	-	46.491	439.353	2.654.451	15,53
Kusel-Landstuhl	19.024	23.664	-6	55.116	-	-	-2.409	95.389	0,56
Landau	173.799	62.349	24.999	255.043	65.152	33.951	36.839	652.132	3,81
Mainz-Mitte	658.397	85.824	64.507	515.722	-	-	155.706	1.480.156	8,66
Ludwigshafen	945.370	21.460	86.299	37.148	-	35.980	618.749	1.745.006	10,21
Mainz-Süd	20.363	20.805	-	74.937	-	41.311	2.258	159.674	0,93
Mayen	137.794	36.543	29.869	39.040	54.524	-	25.586	323.356	1,89
Montabaur-Diez	230.920	61.903	88.502	271.474	-	39.219	48.805	740.823	4,33
Neustadt	284.059	109.461	17.140	188.038	-	-	39.002	637.700	3,73
Neuwied	273.206	76.801	49.335	228.848	-	60.116	56.619	744.925	4,36
Pirmasens-Zweibrücken	167.198	42.909	17.631	93.126	-	19.856	27.008	367.728	2,15
St. Goarshausen-St. Goar	29.364	27.404	-	15.401	-	-	2.767	74.936	0,44
Simmern-Zell	116.169	36.820	8.836	139.677	-	-	16.667	318.169	1,86
Speyer-Germersheim	277.087	116.928	32.794	299.945	-	27.297	43.272	797.323	4,66
Trier	312.059	100.950	36.827	947.842	35.319	-	39.533	1.472.530	8,61
Bernkastel-Wittlich	163.299	66.550	23.406	122.695	-	-	28.868	404.818	2,37
Worms-Kirchheimbolanden	215.930	37.530	22.754	144.429	82.962	32.147	53.058	588.810	3,44
Gesamtaufkommen	6.750.693	1.559.538	911.800	5.291.602	237.957	455.213	1.889.394	17.096.197	100,00
Summe LOK	13.627					293	302.799	316.719	
OFD	6.764.320	1.559.538	911.800	5.291.602	237.957	455.506	2.192.193	17.412.916	
Steueranteile Zerlegung	1.628.933	1.295	-78.605				153.630	1.705.253	
OFD zzgl. Zerlegung	8.393.253	1.560.833	833.195	5.291.602	237.957	455.506	2.345.823	19.118.169	

rotmarkierte Zahlen = höchstes Steueraufkommen

blaumarkierte Zahlen = niedrigstes Steueraufkommen

- = keine Erhebung



INNENREVISION

Die Innenrevision ist als Stabsstelle direkt dem Oberfinanzpräsidenten unterstellt. Sie setzt sich weiterhin aus acht Prüfern des gehobenen Dienstes und einem Leiter des höheren Dienstes zusammen.

Am 04.02.2011 hat die Innenrevision eine neue Dienstanweisung erhalten. Hierin wurde im Wesentlichen die bereits 2010 erfolgte Zuständigkeitserweiterung auf den gesamten Bereich der Geschäftsprüfungen für die Besitz- und Verkehrsteuerabteilung (mit Ausnahme der Kassenprüfung) umgesetzt.

Als Ausfluss dieser Zuständigkeitserweiterung sind in 2011 die Vollstreckungsstellen von drei Finanzämtern geprüft worden. Außerdem erfolgte bei sechs Finanzämtern eine Geschäftsprüfung der dortigen Lehrbezirke.

Im materiell-rechtlichen Bereich wurde die bereits 2010 begonnene Schwerpunktprüfung der Grunderwerbsteuerstellen abgeschlossen. Daneben erfolgte noch eine Prüfung im Bereich der Einkünfte aus Kapitalvermögen sowie eine Präventivprüfung zur Aufdeckung fiktiver Steuerfälle.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt war die Unterstützung der Steuerfachgruppe im Bereich des Risikomanagements. Hier erfolgte eine Prüfung der Risikohinweise, die nur in geringem Umfang zu einer Abweichung geführt haben. Weiterhin wurde das Fachreferat beim landesweiten Aufgriff der Pflichtveranlagungsfälle aufgrund nicht abgerufener elektronischer Lohndaten unterstützt.

Im Jahr 2011 ist weiterhin noch eine Sonderprüfung wegen des Verdachts der unerlaubten Hilfe in Steuersachen durch einen Bediensteten durchgeführt worden. Schließlich richtete die Stabsstelle Innenrevision am 8. und 9. November 2011 den diesjährigen Erfahrungsaustausch der Innenrevisionen der Finanzressorts der Länder Hessen, Thüringen, Saarland und Rheinland-Pfalz in der OFD Koblenz aus.





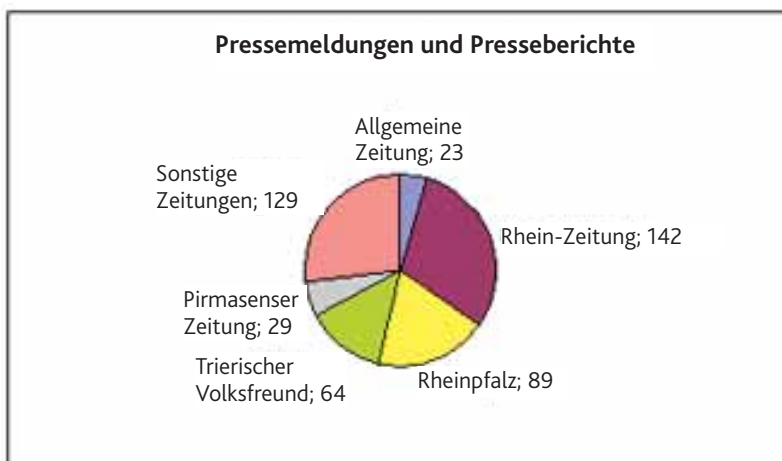
PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

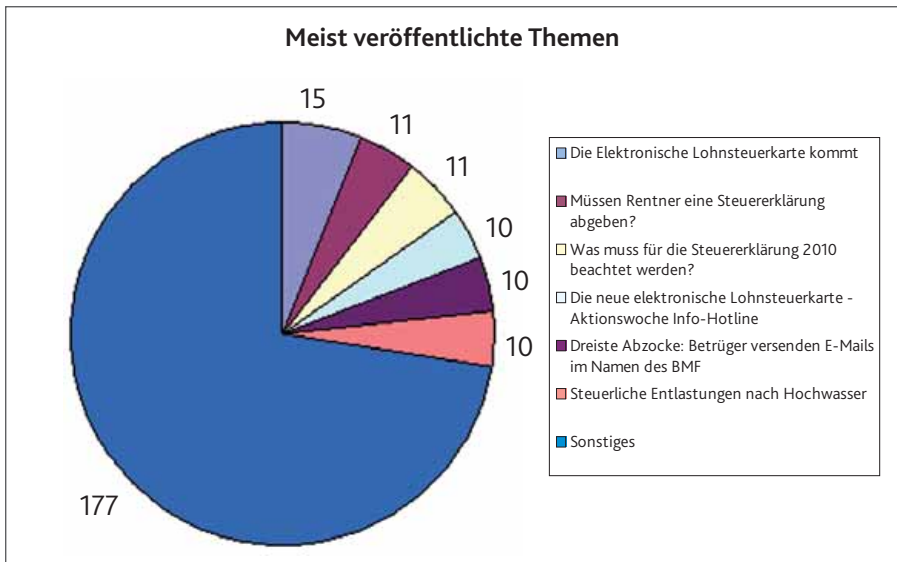
Die Pressestelle der OFD ist zuständig für die Pressearbeit der Abteilungen der OFD, Besitz- und Verkehrssteuer, Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle sowie Abteilung Bundesbau und koordiniert die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Finanzämter.

Pressearbeit

Aufgrund der eigenen Pressemeldungen und Muster-Pressemeldungen für die Finanzämter, der Beantwortung zahlreicher Presseanfragen und Interviews, konnten im Jahr 2011 476 Veröffentlichungen in überregionalen aber auch regionalen Print-Medien verzeichnet werden. Hinzu kommen zahlreiche Veröffentlichungen in Form von Hörfunkbeiträgen und Online-PR.

Die mit der landesweiten Pressearbeit erzielte Medienresonanz ist damit ungebrochen hoch. Die Presseresonanzanalyse ergab dabei, dass 49,5% der durch die Pressemeldungen veröffentlichten Themen eine positive Darstellung der Finanzverwaltung und 37,5% der Veröffentlichungen eine nachrichtlich wertneutrale Darstellung bewirkten.





Ausweitung des klassischen PR- und Marketing-Mix auf die Online-Medien

Um dem gestiegenen Informationsbedarf auch über Online-Medien Rechnung zu tragen, verbreitet die Pressestelle seit September 2010 auch über den Kurznachrichtendienst „Twitter“ unter „rlpFinanzNews“ aktuelle Pressemeldungen und Veranstaltungstipps. Diese werden vor allem von Fachzeitschriften, Steuerberatern und Journalisten regelmäßig verfolgt. Darüber hinaus wird mit einer eigenen Facebookseite unter dem Titel „Ausbildung und Studium@Finanzverwaltung Rheinland-Pfalz“ gezielt versucht, potenzielle Nachwuchskräfte über das Thema „Ausbildung und Studium“ zu informieren.



Videoclip „Finanzverwaltung rockt“

Parallel dazu wurde gemeinsam von zwölf Bundesländern und dem Bundeszentralamt für Steuern eine länderübergreifende Internetseite zur Werbung für die Ausbildung und das Studium in der Finanzverwaltung im September 2011 online gestellt: www.finanzverwaltung-rockt.de

Als Blickfang enthält diese Seite einen Videoclip, der gleichzeitig auch über Youtube abspielbar ist.

Wenn auch dieser gerade innerhalb der eigenen Finanzverwaltung eher kritisch gesehen wird, so erreichte der Film die bezweckte Aufmerksamkeit, auf die das bewusst Vorurteile aufgreifende und überspitzt darstellende Video abzielte. Lob erntete der Film vor allem in der externen Öffentlichkeit und bei Fachleuten.





Nachhaltige Öffentlichkeitsarbeit durch die Aktion „Schule und Steuern“

Die Aktion „Schule und Steuern“ wird weiterhin durch die Pressestelle begleitet und ist nunmehr in allen 26 Finanzämtern etabliert. Allein im abgelaufenen Jahr konnten weit mehr als 1.000 Schüler erreicht werden.

Das Unterrichtskonzept kommt sowohl bei den befragten Schülern als auch Lehrern sehr positiv an und vermittelt ein positives Bild der Steuerverwaltung bei den potentiellen Nachwuchskräften und führt zu mehr Verständnis für das Thema „Steuern“.

Unterstützung und Anerkennung erhält die Aktion nun auch vom Bildungsministerium. Gemeinsam mit den dortigen Verantwortlichen ist vorgesehen, das Konzept und die Inhalte stärker in den Lehrplänen der Schulen zu verankern und die Finanzämter durch die Schulen bei ihren Unterrichtseinheiten zu unterstützen.

Gestaltung von Druckerzeugnissen

Neben der klassischen Pressearbeit nimmt ein Großteil der Tätigkeit des Referats weiterhin die Gestaltung von Flyern, Plakaten und Broschüren sowohl für die Finanzämter als auch die OFD ein.

Zu den regelmäßigen Publikationen gehören neben dem Jahresbericht auch die quartalsweise erscheinenden OFD-Nachrichten sowie die Flyer mit verschiedenen „Steuertipps“.



BESITZ- UND
VERKEHRSTEUER-
ABTEILUNG

Personalangelegenheiten

Neben den Finanz- und Steueranwärtinnen (siehe nachfolgende Tabelle: Einstellungen von Nachwuchskräften) wurden sechs Beamte des höheren Dienstes, ein Beamter des gehobenen Dienstes, zwei Beamte des mittleren Dienstes und 16 Arbeitnehmer neu eingestellt.

Von der rheinland-pfälzischen Steuerverwaltung in andere Verwaltungen versetzt wurden 22 Bedienstete und zwar fünf Beamte an Steuerverwaltungen anderer Länder, elf Beamte an das Ministerium der Finanzen, drei Beamte an Bundesbehörden und drei Beamte an andere Landesbehörden.

EINSTELLUNGEN VON NACHWUCHSKRÄFTEN

Einstellungen			nachrichtlich: Bewerbungen		
insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich
Gehobener Dienst zum 01.07.2011					
142	90	52	1.732	926	806
Mittlerer Dienst zum 01.10.2011					
104	60	44	1.804	1.073	731

ZULASSUNGEN ZUR EINFÜHRUNG IN DIE AUFGABEN DER NÄCHSTHÖHEREN LAUFBAHN GEMÄSS §§ 22, 27 UND 34 LBVO

für den höheren Dienst	2
für den gehobenen Dienst	1 Beamtin des mittleren Dienstes

IN 2011 BEFANDEN SICH INSGESAMT IN AUSBILDUNG ODER EINFÜHRUNG:

(Diese Zahlen beinhalten **alle** bei den Finanzämtern ausgebildeten/eingewiesenen Nachwuchskräfte einschließlich Abteilung Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle -ZBV- und Bundeszentralamt für Steuern -BZSt-)
In Klammern [] Werte des Vorjahres.

7 Nachwuchskräfte für den höheren Dienst [14]; davon
7 Regierungsräte [14] und 0 Arbeitnehmer [0]
2 Aufstiegsbeamte für den höheren Dienst [2]
518 Finanzanwärter [522]
26 Aufstiegsbeamte für den gehobenen Dienst [27]
307 Steueranwärter [316]
17 Arbeitnehmer im Rahmen der Probezeit [3]
4 Rechtsreferendare in der Wahlstage "Steuerrecht" [5]
9 Rechtsreferendare in der Verwaltungspflichtstation [14] sowie
7 Rechtsstudenten [2].

380 Schülerpraktika wurden durchgeführt [384].

PRÜFUNGEN

(Diese Zahlen beinhalten **alle** bei den Finanzämtern ausgebildeten/eingewiesenen Nachwuchskräfte einschließlich Abteilung ZBV und BZSt)

Von den bei den Finanzämtern und den Bildungseinrichtungen in Edenkoben ausgebildeten Beamten haben im Jahr 2011

- 126 Prüflinge des gehobenen Dienstes - Studiengang 01.07.2008 - sowie
- 75 Prüflinge des mittleren Dienstes - Ausbildungsgang 01.10.2009 - die Laufbahnprüfung erfolgreich abgelegt.

Punktesystem lt. StBAPO:

0-600 Punkte entspricht
0-15 nach dem Punktesystem
der gymnasialen Oberstufe

Die Prüfungsgesamtnote "sehr gut" wurde bei den Laufbahnprüfungen des Jahres 2011 beim gehobenen Dienst dreimal und beim mittleren Dienst einmal erzielt.

Die **Absolventen des Studienganges 01.07.2008** erzielten im Durchschnitt eine Endpunktzahl i.S.d. § 6 Abs. 4 StBAPO von 402,28 Punkten [vergleichbar = „10,06“]; mit diesem Ergebnis wird das Vorjahresergebnis (= 393,42 [= 9,84] Punkte) um 8,86 Punkte [= 0,22] übertroffen.

Dies findet seinen Niederschlag auch in der prozentualen Verteilung auf die einzelnen Notenstufen. Bei den Noten „sehr gut“ und „gut“ ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um 3,1 Prozentpunkte zu verzeichnen. In etwa dem gleichen Umfang hat der Anteil bei der Note „befriedigend“ abgenommen.

Lehrgangsbester beim Studiengang 01.07.2008 ist Carmen Plattner. Sie hat ihre berufspraktischen Studienzeiten beim Finanzamt Bitburg-Prüm absolviert und erzielte die Endpunktzahl '545,03' [= 13,63].

Die **Absolventen des Ausbildungsganges 01.10.2009** erzielten in der Laufbahnprüfung ein Durchschnittsergebnis von 374,28 Punkten [vergleichbar = „9,36“].

Dieser Wert liegt damit leicht unter dem Ergebnis beim vorhergehenden Ausbildungsgang (= 394,44 [= 9,86] Punkte) -20,16 Punkte [= 0,50].

Zu den 75 Prüfungsabsolventen zählen vier Beamte, die für das Bundeszentralamt für

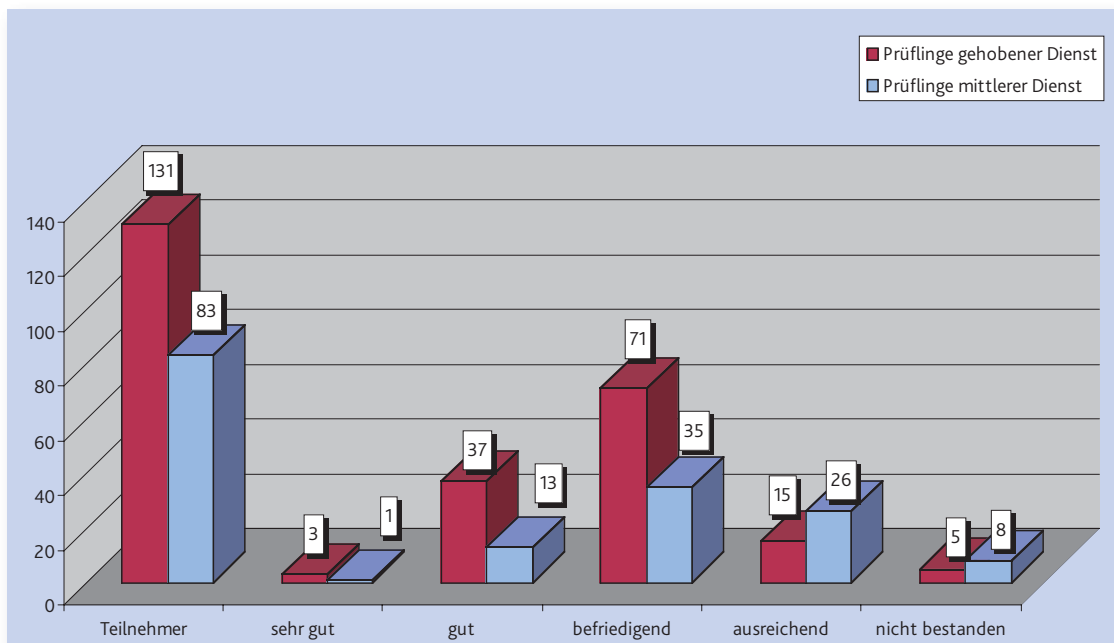
Finanzen in Bonn ausgebildet wurden sowie ein Beamter aus der Abteilung „Zentrale Besoldungs- und Versorgungstelle“ (ZBV).

Im Vergleich mit dem Vorjaheresergebnis ist der Anteil bei der Prüfungsgesamtnote „sehr gut“ und „gut“ um über 14 Prozentpunkte gefallen.

Beste rheinland-pfälzische Absolventin beim Ausbildungsgang 01.10.2009 ist Nina Kessler. Die Beamtin war für ihre berufspraktische Ausbildung dem Finanzamt Kaiserslautern zugewiesen und belegt mit der von ihr erzielten Endpunktzahl von '542,04' [= 13,55] in der Hitliste der Prüfungsabsolventen des mittleren Dienstes, die diese Laufbahnprüfung seit der Einführung des Punktesystems mit der Note „sehr gut“ bestanden haben - zusammen mit zwei weiteren Absolventen aus den Vorjahren - Rang 39.

Die weiteren Prüfungsergebnisse ergeben sich aus der nachfolgenden Grafik.

SCHAUBILD: ERGEBNISSE DER LAUFBAHNPRÜFUNGEN 2011



FORTBILDUNG - INHALTE

Basierend auf unserem Verständnis von Fortbildung als „[...] organisierter Lernprozess, der im Anschluss an eine Erstausbildung (Berufsausbildung/ Studium) alle Maßnahmen umfasst, die darauf abzielen, berufliche Handlungskompetenz zu erhalten, zu aktualisieren, zu vertiefen und zu erweitern“ (gemeinsame Definition der Fortbildungsleiter vom 14.06.2011) wurden in 2011 sowohl steuerliche als auch außersteuerliche Fortbildungsveranstaltungen angeboten. Im Folgenden werden ausgewählte Aspekte des außersteuerlichen Bereichs beschrieben, da die Zuständigkeit für die steuerliche Fortbildung den Fachreferaten obliegt.

Schatztruhe

Nach der Initiierung der „Schatztruhe“ im Jahr 2010 wurden in 2011 entscheidende Weichen zum Ausbau des Konzepts gelegt. So konnte das Seminar „Der leichtere Einstieg als Sachbearbeiter“, dank fünf Dozententeams, die in 2010 intensiv auf ihre Tätigkeit vorbereitet worden waren, insgesamt zehnmal durchgeführt werden. Damit konnte erstmals jedem Interessenten eine Teilnahme ermöglicht werden. Auch die Seminare „Zeit- und Selbstmanagement“ und „Projektmanagement“ werden mittlerweile vollständig durch Mitglieder der Schatztruhe durchgeführt.



Im Rahmen eines Konzeptionsworkshops der Schatztruhenmitglieder, der im September in der Pfalzakademie in Lambrecht stattfand, haben weitere Seminarideen ihren Anfang gefunden. So sind folgende Themen derzeit in Planung bzw. stehen bereits für 2012 zur Umsetzung an:

- Der leichtere Einstieg als Mitarbeiter
- Der leichtere Einstieg in die Betriebsprüfung
- Zeit- und Selbstmanagement für den Außendienst
- Zeit- und Selbstmanagement für Sachgebietsleiter
- Zeit- und Selbstmanagement für Fortgeschrittene
- Zeit- und Selbstmanagement für Mitarbeiter
- Telefontraining – effektive Gesprächsführung
- Ziele, Motivation, Wege
- Modulare Qualifizierungsreihe für interne Dozenten

Regionales Fortbildungsbudget

Auch im Bereich des regionalen Fortbildungsbudgets wurde im Berichtsjahr umfangreich fortgebildet. Zum Thema „Erfolgreich führen zwischen fördern und fordern“ schulte Dipl. Pädagoge Uwe Straß nicht nur die Sachgebietsleiter sondern auch die Sachbearbeiter.

In dem Seminar „Agieren statt reagieren“ wurde die Selbstwahrnehmung und die eigene Wirkung auf Kollegen und Steuerpflichtige in den Mittelpunkt gestellt.

Aus wirtschaftlichen Gründen steht das regionale Fortbildungsbudget im Jahr 2012 nicht mehr zur Verfügung.

Selbstverständnis

Das Thema Selbstverständnis prägte auch die Fortbildungsarbeit in 2011. So haben, nachdem in 2010 bereits neun Finanzämter und die Oberfinanzdirektion ihre Umsetzungsworkshops zum Thema Selbstverständnis durchgeführt hatten, in 2011 die übrigen Finanzämter nachgezogen. Die Ideen und Konzepte mit denen die einzelnen Ämter das Selbstverständnis füllen sind vielfältig und wurden Ende November in einem Feedbackworkshop der Vorsteher gemeinsam besprochen.



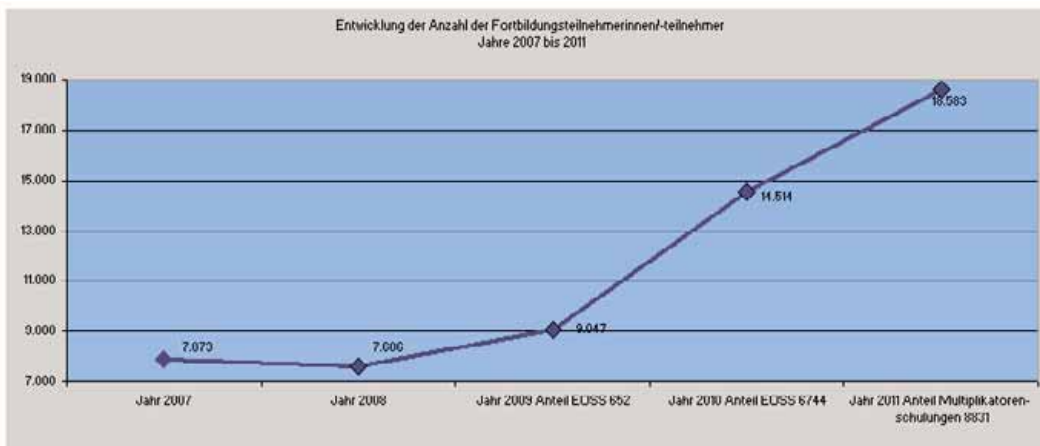
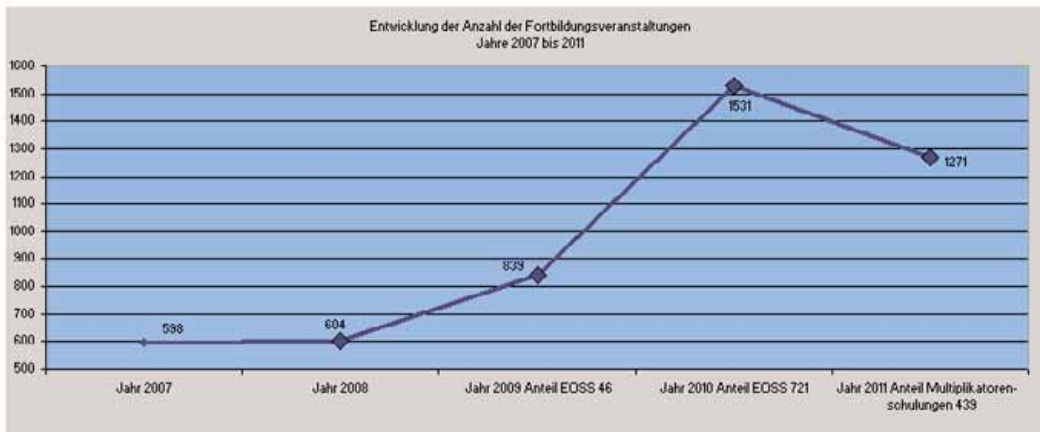
FORTBILDUNG IN ZAHLEN

Im Berichtszeitraum wurden von den verschiedenen Referaten der Besitz- und Verkehrssteuerabteilung sowie der ZDFin insgesamt 542 Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt. Zusätzlich wurden Angehörige der Steuerverwaltung zu 290 externen Fortbildungsveranstaltungen entsandt. Externe Anbieter sind im Wesentlichen die Bundesfinanzakademie in Brühl, das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur sowie die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Mayen.

Ohne Berücksichtigung der Multiplikatorenveranstaltungen ergeben sich für das Kalenderjahr 2011 insgesamt:

- 832 Fortbildungsveranstaltungen
- 9.752 Fortbildungsteilnehmer
- 19.868 Fortbildungstage

Weitere Einzelheiten hierzu sowie zur Entwicklung der Fortbildung seit dem Jahr 2007 ergeben sich aus den nachfolgenden Diagrammen.



Aufstockung

Die Möglichkeit, für die Dauer einer Fortbildungsveranstaltung eine Aufstockung der Teilzeitbeschäftigung zu beantragen, wurde im Jahr 2011 wie folgt genutzt:

mittlerer Dienst	8
gehobener Dienst	25
höherer Dienst	7
Beschäftigte	1
gesamt	41

Multiplikatorenschulungen

Im Jahr 2011 fanden in den Finanzämtern 439 Multiplikatorenveranstaltungen statt. Folgende Themen wurden geschult:

Thema	Anzahl der Veranstaltungen	Teilnehmer
ELSTAM Dialog II	29	499
Doppelte Haushaltsführung	83	2154
Datenbank Rechtsbehelfe	114	1348
Festsetzungsnahe Daten	95	2059
Sonstige Veranstaltungen	118	2771
Gesamt	439	8831

Aufgrund der EOSS-Einführung fanden im Jahr 2010 in den Finanzämtern fast keine Multiplikationen von Fachthemen statt. Teilweise wurden diese ins Jahr 2011 verschoben, welches die hohe Anzahl von Veranstaltungen im Berichtsjahr begründet.



IPEMA LEARNING SOLUTION

Seit Mitte 2011 wird im Bereich der Fortbildung die integrierte Veranstaltungssoftware IPEMA® Learning Solution (LSO) eingesetzt. Alle Trainings seit Juli 2011 werden im neuen System erfasst.

Anfang April wurden vier regionale Schulungen für die Fortbildungsleiter und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der Finanzämter angeboten sowie zwei weitere Schulungsveranstaltungen für die internen Veranstaltungsanbieter der OFD.

Die Fortbildungsleiter und Geschäftsstellenleiter wurden befähigt direkt im System Buchungen vorzunehmen sowie Berichte abzurufen.

Seit Ende des Jahres ist es für alle Kollegen im Land möglich, interne und externe Veranstaltungen über das Lernportal des SAP-LSO Systems einzusehen und ihr Interesse für offene Trainings anzuzeigen. Diese Interessensmeldungen können von den Fortbildungsleitern anhand eines Berichts aufgerufen, befürwortet oder abgelehnt werden.

Die Korrespondenz, wie zum Beispiel Einladungen zu Trainings, Absagen und Evaluationen werden ebenfalls über IPEMA® Learning Solution abgewickelt. Eine schnellere Bearbeitungszeit wird somit gewährleistet.

Mit Einführung der neuen Veranstaltungssoftware haben sich verschiedene Änderungen im Arbeitsablauf ergeben, auch bei der Zustellung der Korrespondenzen. Diese erfolgen systembedingt direkt an den Teilnehmer und nicht mehr über die Geschäftsstelle oder den Fortbildungsleiter. Über den Aufruf der Berichte kann jedoch dienststellenbezogen jederzeit eingesehen werden, wann, wer, wo, an welchem Training teilnimmt.

WISSENSMANAGEMENT

Unter dem Oberbegriff Wissensmanagement wurden in 2011 die Instrumente Wissensdokumentationen und Aufgabenlandkarten eingesetzt.

Bei einer Wissensdokumentation wird ein Mitarbeiter, der die Stelle wechselt oder verlässt, mittels strukturiertem Interview über seinen gesamten Aufgabenbereich befragt. Dabei werden neben Arbeitsabläufen Beispiele, wichtige Hinweise, der aktuelle Stand der Aufgabe, Informationsquellen und auch wichtige Ansprechpartner erfasst. Das Ergebnis dieser Befragung wird in einem Handbuch abgebildet, das den kompletten Aufgabenbereich des Mitarbeiters und den aktuellen Stand seiner Arbeit enthält.

Aufgabenlandkarten bilden die aktuellen Aufgaben einer ganzen Stelle ab und zeigen Schnittstellen zu anderen Bereichen auf. Sie können als Basis einer Aufgaben- und Prozesskritik aber auch als Planungsgrundlage herangezogen werden.

Die Wissensdokumentationen wurden zunächst durch ein externes Unternehmen erstellt. Nach Ausbildung von drei internen Prozessbegleitern erfolgte die Erstellung dann auch aus den eigenen Reihen. Die Erstellung der Aufgabenlandkarten wurde komplett von den internen Prozessbegleitern übernommen.

Insgesamt wurden in 2011 zwölf Wissensdokumentationen (9 x extern/ 3 x intern) und zehn Aufgabenlandkarten erstellt.

Die durchgeführten Dokumentationen werden in Kürze evaluiert. Das zukünftige Konzept soll dann auf diesen Erkenntnissen aufbauen.



AUDIT BERUFUNDFAMILIE

AUDIT BERUFUNDFAMILIE

Angesicht der demografischen Entwicklung, von der auch die Finanzverwaltung Rheinland-Pfalz betroffen ist, bedarf es einer familienbewussten Personalpolitik.

Die familienbewusste Personalpolitik ist durch die intensive Arbeit im Rahmen des audit berufundfamilie ein fester Bestandteil in der Finanzverwaltung geworden. Eine Weiterentwicklung ist für eine zukunftsfähige Personalentwicklung zwingend notwendig.

Seit 2006 befinden sich Oberfinanzdirektion und Finanzämter in einem kontinuierlichen Weiterentwicklungsprozess im Rahmen des audit berufundfamilie der berufundfamilie gGmbH®. Erste Re-Zertifizierungen wurden bereits durchlaufen. Derzeit befindet sich die Oberfinanzdirektion gemeinsam mit den Finanzämtern und der Fachhochschule für Finanzen / Landesfinanzschule Rheinland-Pfalz im neu eingeführten Verfahren „Re-Auditierung Konsolidierung“. Bei der weiteren Optimierung der familienbewussten Ausrichtung geht es nicht mehr um grundsätzliche Fragen und Aufgabenstellungen im Vereinbarkeitskontext, sondern im Vordergrund steht die **nachhaltige und flächendeckende Implementierung**.

Nach Abschluss des Verfahrens wird die Finanzverwaltung Rheinland-Pfalz berechtigt sein, bis Mai 2015 das Zertifikat „audit berufundfamilie“ zu tragen und auch damit zu werben – ein stolzer Erfolg für alle Mitwirkenden.

Flexible Arbeitszeitregelung

Einer der wichtigsten Meilensteine der durch das audit berufundfamilie erreicht wurde, ist die Einführung von Service- und Funktionszeiten.

Für die Mitarbeiter bedeuten die neuen Arbeitszeitmodelle eine erhebliche Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Doppelbelastung aus beruflichen und familiären Verpflichtungen können so leichter bewältigt werden. Für den Dienstherrn bedeutet die Einführung u. a. auch eine Reduzierung des Verwaltungsaufwands für die Arbeits- und Urlaubsverwaltung (z. B. bei Teilzeitkräften).

Die zu Beginn des Zertifizierungsprozesses eingeführten individuellen und flexiblen Arbeitszeitregelungen wurden kontinuierlich weitergeführt und angepasst.

Bei der Mitarbeiterbefragung im Rahmen des Leistungsvergleichs wurden die derzeitigen Arbeitszeitregelungen durchweg mit Bestnoten versehen.



Eine einheitliche Dienstvereinbarung über die Regelung der Arbeitszeit bei der Oberfinanzdirektion Koblenz und den nachgeordneten Dienststellen wurde Ende 2011 geschlossen. Dieses Regelwerk sieht ein einheitliches Arbeitszeitmodell mit Funktions- und Servicezeiten, gleichmäßiger Verteilung der Sollzeiten auf eine 5-Tage-Woche sowie Sonderregelungen für Betreuungssituationen vor.



Bedarfsgerechte Ausstattung der Telearbeitsplätze und Einführung der neuen Arbeitsform „Arbeit von zu Hause“

Zu einer modernen und dienstleistungsorientierten Verwaltung gehören motivierte Menschen, die in ihr arbeiten. Die Möglichkeit, flexible Arbeitsformen in Anspruch zu nehmen, kann hierbei ein wichtiger Bestandteil sein. Die bisher landesweit zur Verfügung stehenden 100 Telearbeitsplätze werden nun kontinuierlich bedarfsgerecht aufgestockt. Daneben wurde die neue Arbeitsform „Arbeit von zu Hause“ flächendeckend eingeführt.

„Arbeit von zu Hause“ soll die Möglichkeit eröffnen, bei Vorliegen der Voraussetzungen und der entsprechenden Rahmenbedingungen, Arbeiten in einem kurzen Zeitraum von zu Hause zu erledigen. Dazu wird den Bediensteten eine BootCD (LiveSystem) zur Verfügung gestellt, mit der ein gesicherter Zugang zum Netz der Finanzverwaltung vom privaten PC aus ermöglicht wird.

Vereinbarkeit von Beruf und Pflege

Ein Schwerpunkt der Arbeit der Leitstelle der Vereinbarkeit von Beruf und Familie der Oberfinanzdirektion Koblenz war auf die Unterstützung von pflegenden Angehörigen ausgelegt. Infolge des demografischen Wandels wird es zunehmend wichtiger, pflegende Angehörige frühzeitig zu unterstützen.

InfoSchachtel „Demenz“

Die InfoSchachtel Demenz ist als erste Orientierungshilfe für Betroffene gedacht. Mit Hilfe von Informationsbroschüren, Ratgebern, Checklisten sowie Begriffsdefinitionen bietet die InfoSchachtel ein Sammelsurium an Erstinformationen an.

Der integrierte Leitfaden "Demenz - Was nun?" bietet daneben u.a. einen umfassenden Überblick über allgemeine Beratungsstellen und Beratungsangebote rund um das Thema Demenz in Rheinland-Pfalz.

Spezielle Fortbildungsangebote

- Seminar „Pflegebedürftig – was nun“ für pflegende Angehörige
- Seminar für Führungskräfte „Pflegende Angehörige als Mitarbeiter“

Weitere familienbewusste Maßnahmen, die in 2011 umgesetzt bzw. begonnen wurden

- Organisatorische Unterstützung der Flexibilisierung von Arbeitszeit und Arbeitsort
- Ganzheitliches Gesundheitsmanagement unter Berücksichtigung familienbezogener Aspekte
- Unterstützung der Finanzämter bei der Umsetzung ihrer Zielvereinbarungen
- Neugestaltung der Intranetseite „Beruf und Familie“
- Aktive Mitarbeit im Koblenzer Bündnis für Familie und in Netzwerken
- Unterstützung der Führungskräfte beim Umgang mit dem Thema „Vereinbarkeit“
- Unterstützungsangebote bei Betreuungsglücken, insbesondere in der Ferienzeit
- Unterstützungsangebote „Aktive Vaterschaft“

- Evaluation des 4-Phasen-Konzepts zur Förderung eines früheren und erfolgreichen beruflichen Wiedereinstieg
- Bedarfsgerechte Ausstattung der Beurlaubten mit der BootCD

Veranstaltungen 2011

Insgesamt wurden im Jahr 2011 in den Finanzämtern und der OFD Besitz- und Verkehrssteuerabteilung vier Workshops, zehn Seminare, einen Erfahrungsaustausch und diverse Informationsveranstaltungen und Fachvorträge angeboten, welche regen Zuspruch fanden. Dabei wurden Themen wie z.B. „Umgang mit vereinbarkeitsinduzierten Konflikten - Interessenausgleich Teilzeit - Vollzeit“, „Balance finden - beruflich und privat“, „Familienorientierung im Arbeitsalltag - Herausforderungen und Ansätze für die Gestaltung von Teamprozessen“, „Führen in Teilzeit“, „Vereinbarkeit von Beruf und Familie - Was bedeutet dies für die Führungskräfte“, „Erste Hilfe am Kind für Betreuer der Ferienbetreuung“, „Aktive Vaterschaft“, „Patientenverfügung“ oder „Gut vorbereitet auf die Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen“ angesprochen.



Organisationsangelegenheiten

SANIERUNG DES HAUPTGEBÄUDES IN EDENKOBEN ABGESCHLOSSEN



Hauptgebäude mit zusätzlichem Geschoss und neuer Fassade.

Mit dem Rückumzug der Fachhochschule von Neustadt nach Edenkoben am ersten Augustwochenende wurde die Sanierung des Hauptgebäudes der FHFin/LFS Edenkoben abgeschlossen.

Die Maßnahme, mit der im April 2009 begonnen worden war, umfasste u.a. die Aufstockung des Hauptgebäudes, die Anbringung einer energetisch hochwertigen Fassade sowie die Einrichtung einer neuen Bibliothek, zusätzlicher Lehrsäle und zusätzlicher Parkplätze. Darüber hinaus wurde das Gebäude umfassend modernisiert.

Auch den inhaltlichen Veränderungen des Studiums wurde Rechnung getragen. So wurden für die „neuen Fächer“ zusätzliche Seminarräume geschaffen. Darüber hinaus wurde jeder Lehrsaal mit einem elektronischen Tafelsystem ausgestattet.



Lehrsaal mit elektronischem Tafelsystem.



Bibliothek mit Lesebereich.

ERHEBUNGSVERFAHREN 2011 IN DEN FINANZKASSEN

Arbeitsbelastung durch personelle Buchungsanweisungen

Nach dem Umstieg auf EOSS hat sich die Anzahl der personellen Buchungsanweisungen durch die Finanzkassen wie folgt verändert:

- 2009 (Verarbeitung im IABV) 4.818.965
- 2011 (Verarbeitung unter EOSS) 3.731.122

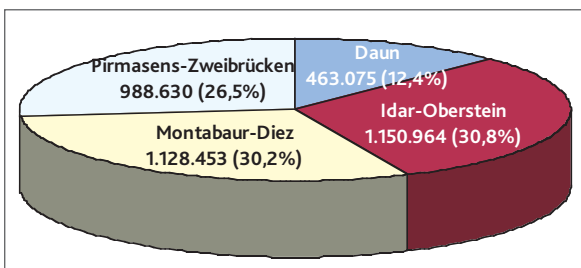
Der Rückgang ist auf eine Verlagerung der Eingaben zu Stundungen und Aussetzungen der Vollziehung sowie die weitestgehend automatisierte Buchung der Rücklastschriften zurückzuführen.

Im Jahresdurchschnitt beträgt die Istbesetzung bei den vier Finanzkassen 138,83 Mitarbeiter. Damit hat jeder Kassenmitarbeiter arbeitstäglich im Mittel 130 Buchungsanweisungen personell angewiesen.

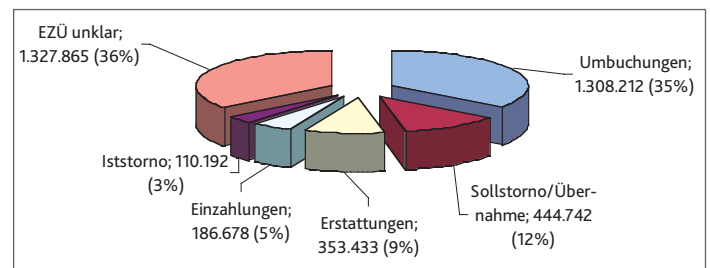
Aus den nachfolgenden Übersichten ergeben sich die Anlässe (Vorgang) und Anzahl der personellen Buchungsanweisungen pro Finanzkasse sowie ihr jeweiliger landesweiter Anteil.

Statistik über die Fallzahlen personeller Eingaben in den Finanzkassen im Kalenderjahr 2011					
Vorgang	Daun	Idar-Oberstein	Montabaur-Diez	Pirmasens-Zweibrücken	insgesamt OFD Koblenz
Elektronischer Zahlungsverkehr					
Überweisung unklar					
Fallzahl pro Finanzkasse	135.682	429.653	405.135	357.395	1.327.865
Landesweiter Anteil	10,2 %	32,4 %	30,5 %	26,9 %	
Umbuchungen					
Fallzahl pro Finanzkasse	216.080	387.897	402.547	301.688	1.308.212
Landesweiter Anteil	16,5 %	29,7 %	30,8 %	23,1 %	
Sollstorno/Übernahme					
Fallzahl pro Finanzkasse	35.100	141.274	135.831	132.537	444.742
Landesweiter Anteil	7,9 %	31,8 %	30,5 %	29,8 %	
Erstattungen					
Fallzahl pro Finanzkasse	42.117	107.116	109.840	94.360	353.433
Landesweiter Anteil	11,9 %	30,3 %	31,1 %	26,7 %	
Einzahlungen					
Fallzahl pro Finanzkasse	23.699	49.389	43.124	70.466	186.678
Landesweiter Anteil	12,7 %	26,5 %	23,1 %	37,7 %	
Iststorno					
Fallzahl pro Finanzkasse	10.397	35.635	31.976	32.184	110.192
Landesweiter Anteil	9,4 %	32,3 %	29,0 %	29,2 %	
Zusammenfassung					
Fallzahl pro Finanzkasse	463.075	1.150.964	1.128.453	988.630	3.731.122
Landesweiter Anteil	12,4 %	30,8 %	30,2 %	26,5 %	

Personelle Eingaben pro Finanzkasse:
Fallzahlen pro Finanzkasse/landesweiter Anteil



Personelle Eingaben aller Finanzkassen:
Fallzahlen/Anteil





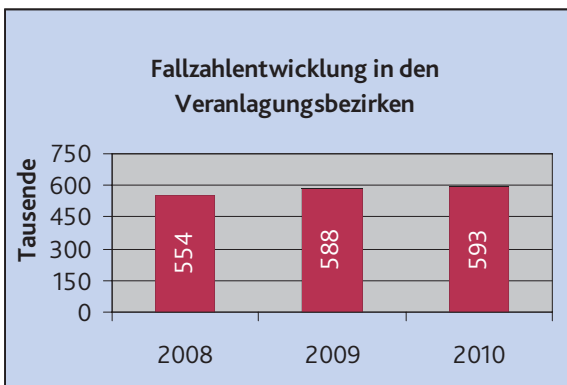
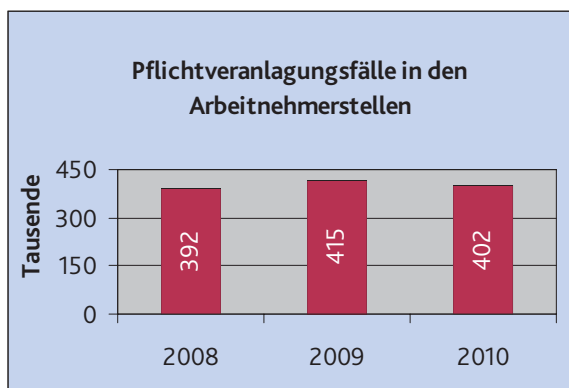
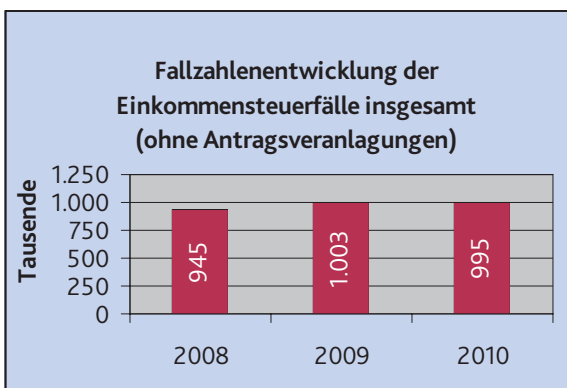
Fachbereiche

FALLZAHLENENTWICKLUNG BEI DEN ERTRAGSTEUERN

Die Arbeitsergebnisse der Veranlagungsstellen sind in den folgenden Diagrammen und Erläuterungen dargestellt:

Quelle: Leistungsvergleich oder Daten des Leistungsvergleichs

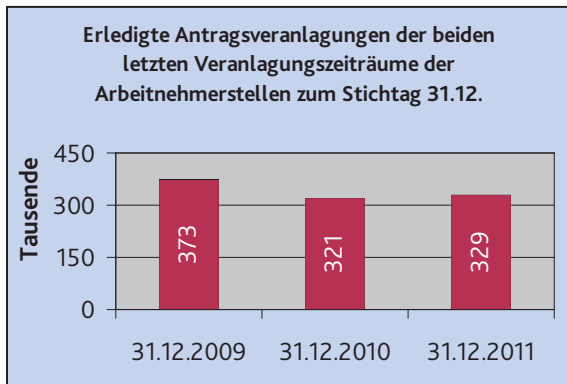
Einkommensteuer



Die Fallzahl in den Veranlagungsbezirken und die Zahl der Pflichtveranlagungsfälle hat sich im Veranlagungszeitraum 2010 um 8.150 (-0,81%) auf 995.165 (Vorjahr: 1.003.315) in nicht nennenswertem Umfang reduziert.

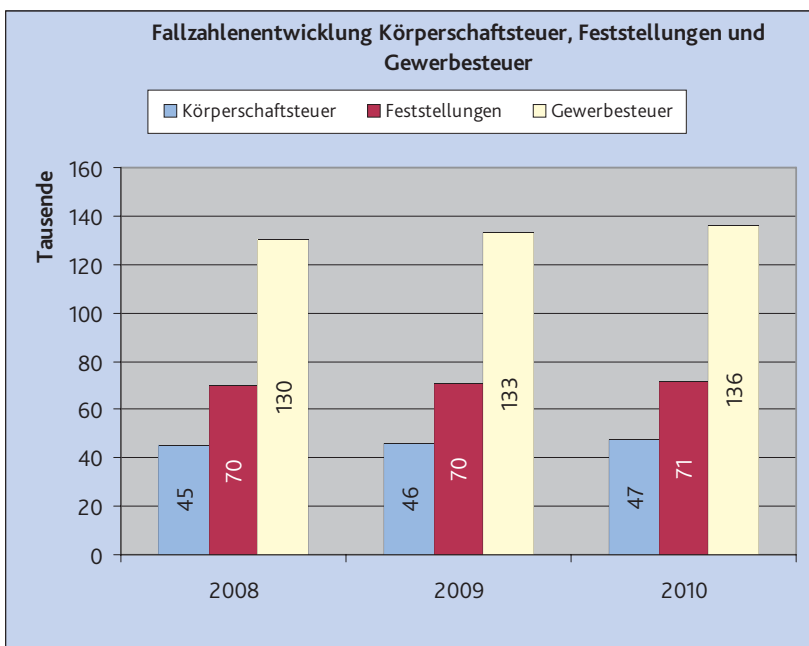
In den Arbeitnehmerstellen ist die Zahl der Pflichtveranlagungsfälle des Veranlagungszeitraums 2010 gegenüber dem Vorjahr um 13.321 (3,21%) auf 401.889 (Vorjahr: 415.220) gesunken. Die Zahl der Einkommensteuerfälle der Veranlagungsbezirke hat sich im gleichen Zeitraum um 5.171 (0,8%) erhöht.

Bis zum 31.12.2011 waren - ohne Antragsveranlagungsfälle - 678.723 Einkommensteuer-Veranlagungen 2010 (68,20%) durchgeführt, was einen gegenüber dem Vorjahr um 0,24% unbedeutend gestiegenen Veranlagungsstand zur Folge hat.



Die Anzahl der im maßgebenden Zeitraum von vier Jahren gestellten Anträge und durchgeführten Antragsveranlagungen wird statistisch nicht mehr ermittelt. Im Kalenderjahr 2011 wurden für den Veranlagungszeitraum 2009 und 2010 insgesamt 329.086 Fälle (Vorjahr 321.146) erledigt. Die Zahl der erledigten Fälle hat sich somit um 7.940 (2,47%) leicht erhöht.

Körperschaftsteuer



Quelle: Leistungsvergleich

Die Anzahl der Körperschaftsteuerfälle hat sich im Veranlagungszeitraum 2010 gegenüber 2009 um 802 Fälle (+1,72%) wiederum leicht erhöht.

Bis zum 31.12.2011 waren 23.588 Veranlagungen 2010 (= 49,87%) durchgeführt. Gegenüber dem Vorjahr ist ein leichter Rückgang um 1,53% zu verzeichnen.

Feststellungen

Die Anzahl der Feststellungsfälle (siehe obiges Diagramm) hat sich im Veranlagungszeitraum 2010 gegenüber 2009 wiederum um 946 Fälle (+1,34%) etwas erhöht.

Bis zum 31.12.2011 waren 34,682 Feststellungen 2010 (= 48,59 %) durchgeführt. Im Vergleich zu dem Vorjahr bedeutet dies einen fast identischen Bearbeitungsstand (Anstieg um 0,05%).

Gewerbesteuer

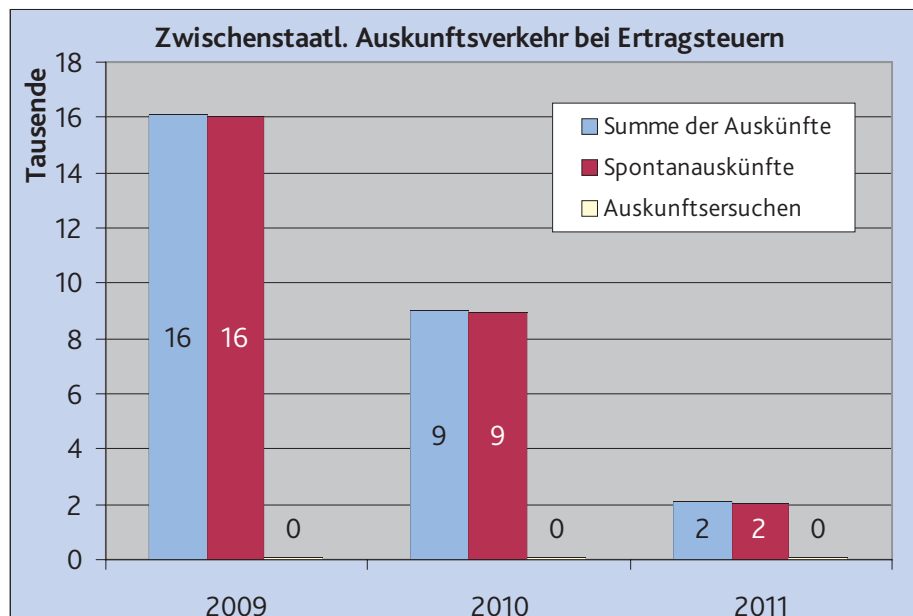
Die Anzahl der Gewerbesteuerfälle (siehe Diagramm Seite 31) hat sich im Veranlagungszeitraum 2010 gegenüber 2009 erneut um 2.823 Fälle (+2,12%) etwas erhöht.

Bis zum 31.12.2011 waren 54.630 Veranlagungen 2010 (= 40,10%) durchgeführt. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr wiederum eine geringe Minderung um 1,40%.

Freistellung bei Bauleistungen

Die Zahl der Anträge konnte für den Veranlagungszeitraum 2010 wegen der Umstellung auf EOSS maschinell nicht ermittelt werden. Für den Veranlagungszeitraum 2011 wurden 12.757 Anträge auf Freistellung bei Bauleistungen gestellt und 12.608 Bescheinigungen ausgestellt. Ablehnungsbescheide wurden in 149 Fällen erteilt.

Zwischenstaatlicher Auskunftsverkehr bei Ertragsteuern



Die Anzahl der Spontanauskünfte und Auskunftsersuchen im Bereich der Ertragsteuern ist im Kalenderjahr 2011 gegenüber dem Vorjahr um 6.903 Anfragen bzw. Auskünfte (-76,63%) erneut erheblich gesunken.

FORTBILDUNG IM ERTRAGSTEUERRECHT

Im Kalenderjahr 2011 wurde die Fortbildung im Ertragsteuerrecht mit hohem Zeit- und Arbeitsaufwand weiter intensiv fortgeführt. Die Fortbildungsthemen waren über das gesamte Rechtsgebiet breit gefächert und umfassten sowohl aktuelle Fragen und Rechtsänderungen, insbesondere im Einkommen-, Körperschaft-, Umwandlungs- und Lohnsteuerrecht sowie im Internationalen Steuerrecht als auch jeweils einwöchige Lehrgänge für dienstjunge Sachgebietsleiter, Sachbearbeiter und Mitarbeiter zur Einführung in besondere Bereiche des Ertragsteuerrechts.

In den Bereichen des Körperschaftsteuer-, Gewerbesteuer- und Umwandlungssteuerrechts sowie bei der Anteilseignerbesteuerung erfolgte die Fortbildung überwiegend durch Großveranstaltungen, bei denen die Bediensteten durch Referat St 33 unmittelbar fortgebildet wurden. Neben den Schulungen für den Innendienst fanden Fortbildungsveranstaltungen für den Außendienst statt. Letztere bilden inzwischen den Schwerpunkt der Fortbildungstätigkeit des Referats St 33.

Im Einkommensteuerrecht wurde die Fortbildung zum Thema doppelte Haushaltsführung durch den Einsatz von Multiplikatoren durchgeführt, damit möglichst alle Bediensteten der von dem Thema betroffenen Veranlagungs- und Rechtsbehelfsstellen geschult werden konnten. Das im Kalenderjahr 2002 eingeführte Multiplikatorenmodell hat sich in der Praxis bestens bewährt, weil dadurch eine große Zahl von Bediensteten mit vergleichsweise sehr geringem Kostenaufwand fortgebildet werden kann.

Das Zwölfte Steuerforum Rheinland-Pfalz - ein hochkarätiger zweitägiger Steuerkongress - fand 2011 erstmals in der Mittelrheinhalle Andernach statt und erzielte bei den insgesamt über 300 Zuhörern aus den Ertragsteuerabteilungen des gesamten Bundesgebietes sowie der steuerberatenden Berufe wiederum ein ausgezeichnetes Echo.

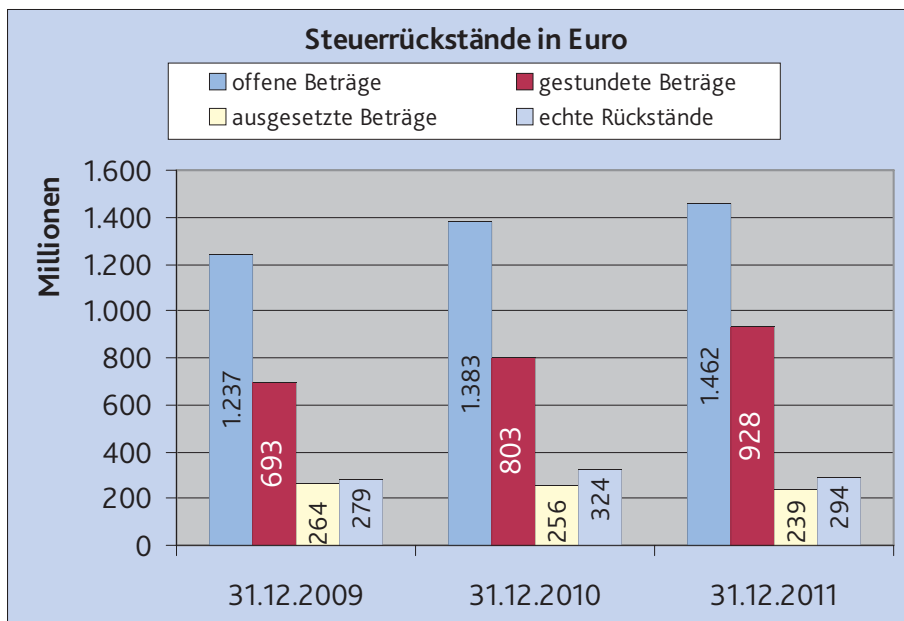


VOLLSTRECKUNG

Die Steuerrückstände und die Arbeitsergebnisse der Vollstreckung sind in den folgenden Diagrammen und Erläuterungen dargestellt:

Volumen der Steuerrückstände

Im Berichtszeitraum 2011 betrug das Kassensoll 18.750 Mio. € (Vorjahr 18.701 Mio. €). Die noch offenen Beträge haben sich wie folgt entwickelt:



Die Erhöhung des Stundungsvolumens ist auf das Stundungsverfahren nach § 6 Abs. 5 Außensteuergesetz (AStG) zurückzuführen (rd. 911 Mio. €).

Beitreibung der Steuerrückstände

Zur Beitreibung der Steuerrückstände waren im vergangenen Jahr neben 106 Sachbearbeiter und 181 Mitarbeiter im Innendienst (in 2010: 191 Mitarbeiter) noch 41 Vollziehungsbeamte im Außendienst und zehn Liquiditätsprüfer eingesetzt.

Insgesamt hatten die Vollstreckungsstellen Rückstände (BT 92) im Gesamtvolumen von ca. 541 Mio. € zu bewältigen. Hiervon hat jeder Vollziehungsbeamte im Durchschnitt 0,6 Mio. € beigetrieben.

Die Intensität, mit der im Berichtszeitraum vollstreckt wurde, ergibt sich aus folgenden Zahlen:

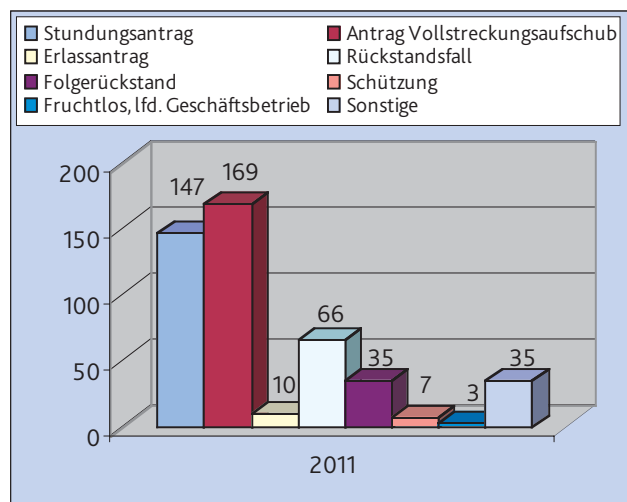
Sachpfändungen	16.843
Pfandverwertungen	839
erwirkte Durchsuchungsbeschlüsse	790
Forderungspfändungen	57.539
eingeleitete Verfahren nach § 284 AO	886
erwirkte Haftbefehle	286
Antrag auf Eintragung einer Zwangshypothek	1.034
Antrag auf Zwangsabmeldung von Kfz	14.831

Liquiditätsprüfung

Im Berichtszeitraum 2011 wurden die Liquiditätsprüfer in 472 Fällen von den Finanzämtern mit der Prüfung beauftragt.

In 60 Fällen wurden die bestehenden Abgabenforderungen bereits nach Prüfungsankündigung vollständig gezahlt. Neue - bislang unbekannte Vollstreckungsmöglichkeiten - wurden in 159 Fällen, anfechtbare Rechtshandlungen in sieben Fällen festgestellt.

Die Prüfungsgründe ergeben sich aus der nachfolgenden Darstellung:



VO-System

In 2011 fanden drei einwöchige Einführungsschulungen in das VO-System statt. Allen Teilnehmern wurde eine eintägige Nachbetreuung in ihrem jeweiligen Finanzamt angeboten.

Zudem fand in 2011 wieder ein zweitägiges Einführungsseminar für Sachgebietsleiter im Finanzamt Koblenz statt.

Fortbildung in der Vollstreckung

In 2011 wurden Einführungsveranstaltungen für dienstjunge Sachbearbeiter sowie dienstjunge Mitarbeiter durchgeführt, die erstmals in der Vollstreckung eingesetzt waren.

Die dienstjungen Sachbearbeiter wurden vom 14.11. - 25.11.2011 in der OFD geschult. Der aktualisierte Schulungsfall „Stich“ wurde abgearbeitet und die jungen Kollegen wurden mit vielen praktischen Themen, u. a. Besuch des Insolvenzgerichts Koblenz, auf den Praxiseinsatz vorbereitet. Daneben wurden die neuen Kollegen auch in der Bearbeitung der Stundung- und Erlassanträge geschult. Unter fachlicher Begleitung durch das Vollstreckungsreferat fand am 15.08. und 16.08.2011 für die dienstjungen Sachbearbeiter ein zweitägiges Seminar in der Gesprächs- und Verhandlungsführung statt.

Die dienstjungen Mitarbeiter wurden im Februar 2011 in Koblenz eine Woche lang auf die Vollstreckungspraxis vorbereitet. Darüber hinaus wurden sie in einem zweitägigen Seminar vom 13.12. - 14.12.2011 in der Gesprächs- und Verhandlungsführung geschult.

Am 07.04.2011 fand eine Fortbildungsveranstaltung für dienstjunge Vollziehungsbeamte in der OFD statt.

Zum Erfahrungsaustausch wurden am 13.04. 2011 alle Liquiditätsprüfer in die OFD eingeladen. Aus dem Bereich Betriebsprüfung berichtete Referent Werner Reichert zu Fragen der Bilanzierung.

In der Polizeischule auf dem Flughafen Hahn fand am 05.07.2011 ein Trainingstag für die Vollziehungsbeamten statt. Schwerpunkt war die richtige Handhabung des Pfeffersprays sowie die Themen Eigensicherung und Abwehrverhalten.

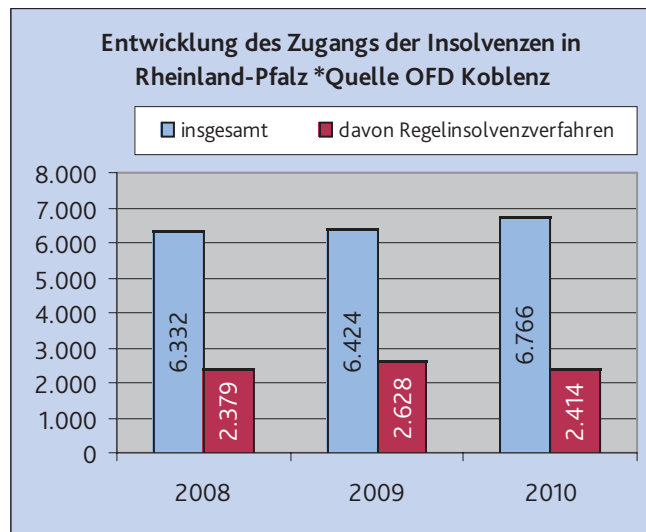
Am 30. und 31.05.2011 fand in Bad Münster am Stein/Eberburg ein Seminar für dienstjunge Sachgebietsleiter statt. Als Gastdozent mit dem Schwerpunkt Insolvenzrecht referierte Prof. Dr. Jens Schmittmann, Essen.

Zum Thema dinglicher Arrest und Anfechtung nach dem Anfechtungsgesetz (AnfG) wurde für die Sachbearbeiter der Vollstreckungsstellen und die Liquiditätsprüfer am 09.11.2011 eine Fortbildungsveranstaltung in der OFD angeboten. Als externer Kollege konnte hierzu Jörn Gerull vom Finanzamt Hamburg berichten.

Insolvenzrecht

Das Jahr 2011 war geprägt von zahlreichen Änderungen der Insolvenzordnung, die massive Auswirkungen auf die Arbeitsweise der Finanzämter haben. U. a. wurde mit der Neuschaffung des § 55 Abs. 4 Insolvenzordnung (InsO) die Begründung von Masseverbindlichkeiten aus dem Steuerschuldverhältnis auf die Bestellung des vorläufigen schwachen Insolvenzverwalters vorverlagert.

In 2010 ist die Anzahl der eröffneten Insolvenzverfahren weiter ansteigend, wobei erstmals ein leichter Rückgang an eröffneten Regelinsolvenzverfahren zu verzeichnen war. Für das Jahr 2011 setzt sich diese Entwicklung fort.



Fortbildung im Insolvenzrecht

Im September 2011 fanden in Koblenz und in Edenkoben vier Insolvenzworkshops für Insolvenzsachbearbeiter statt. Hierzu wurden zwei externe Insolvenzverwalter, Herr Prof. Dr. Dr. Thomas Schmidt und Prof. Dr. Jens Schmittmann eingeladen.

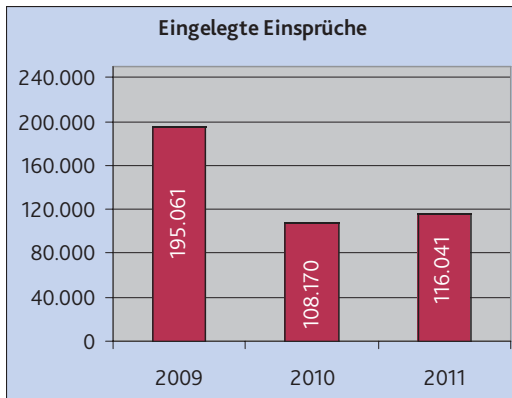
Am 09.08. und 10.08.2011 wurden in der OFD und am 23.08. und 24.08.2011 im Finanzamt Frankenthal Fortbildungen im Insolvenzrecht für die Sachbearbeiter der Veranlagungsstellen durchgeführt.

FALLZAHLENENTWICKLUNG IM RECHTSBEHELFSVERFAHREN

Die dargestellten Zahlen basieren auf Erhebungen für die Bundesstatistik im Rechtsbehelfsverfahren.

Einspruchsverfahren

Die Zahl der Einsprüche hat in den letzten Jahren stark zugenommen. So waren am 01.01.2011 357.758 Einsprüche anhängig (01.01.2004 nur 82.514 Einsprüche). 91,4% dieser Einsprüche ruhten am 01.01.2011; zum weit überwiegenden Teil wegen anhängiger Musterverfahren (sog. Masseneinsprüche).

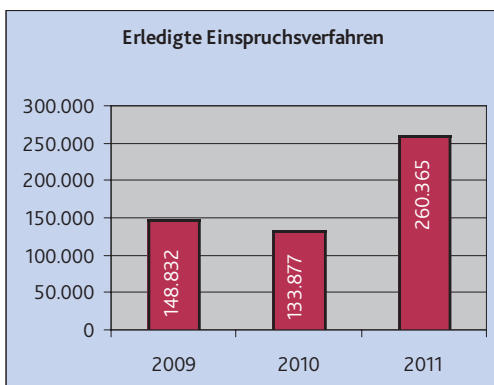


In 2011 wurden insgesamt 116.041 neue Einsprüche eingelegt. Im Vergleich zum Vorjahr macht dies eine Steigerung von 7,28% aus. Dabei ist zu beachten, dass die Zugangszahlen stark davon abhängen, welche neuen Musterverfahren mit Breitenwirkung bei den Gerichten im Berichtszeitraum anhängig geworden sind, auf die sich die Einspruchsführer in ihrem Einspruch berufen. Im Vergleich zu Jahren wie 2008 oder 2009 - mit Zugangszahlen von je etwa 200.000 Einsprüchen - stellt sich die Situation in 2011 eher „moderat“ dar. Dies ist auch damit zu begründen, dass die Steuerbescheide vielfach bereits mit Vorläufigkeitsvermerken versehen sind, die den Steuerfall punktuell offen halten, ohne dass ein Einspruch eingelegt werden muss.

Nach wie vor wird aber trotzdem - insbesondere im Veranlagungsbereich - ein erheblicher Anteil der Einsprüche nicht mit Fehlern bei der individuellen Steuerfestsetzung begründet, sondern es wird ausschließlich auf anhängige gerichtliche Musterverfahren verwiesen, die die Verfassungsmäßigkeit oder die einzelgesetzliche Auslegung einer Steuerrechtsnorm betreffen (= reine Masseneinsprüche). Auf diesem Wege möchten die Einspruchsführer von möglichen günstigen Entscheidungen der Finanzgerichte, des Bundesfinanzhofs oder des Bundesverfassungsgerichts auch in ihrem Steuerfall profitieren.

Bei der Einkommensteuer gingen z. B. Masseneinsprüche zu folgenden Streitfragen ein:

- Verfassungsmäßigkeit des Ansatzes einer zumutbaren Belastung bei der steuerlichen Berücksichtigung von Krankheitskosten als außergewöhnliche Belastung mit ca. 3.650 Einsprüchen,
- Reichweite der Vorläufigkeitsvermerke unter Bezug auf das Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht (unter Az. 1 BvR 1359/11) mit ca. 1.200 Fällen,
- Einsprüche im Hinblick auf die unterschiedlichsten anhängigen EGMR-Verfahren (EGMR = Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) im Anschluss an Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts mit ca. 700 Fälle,
- Steuerpflicht von Erstattungszinsen i. S. d. § 233a Abgabenordnung (AO) mit ca. 650 Einsprüchen.

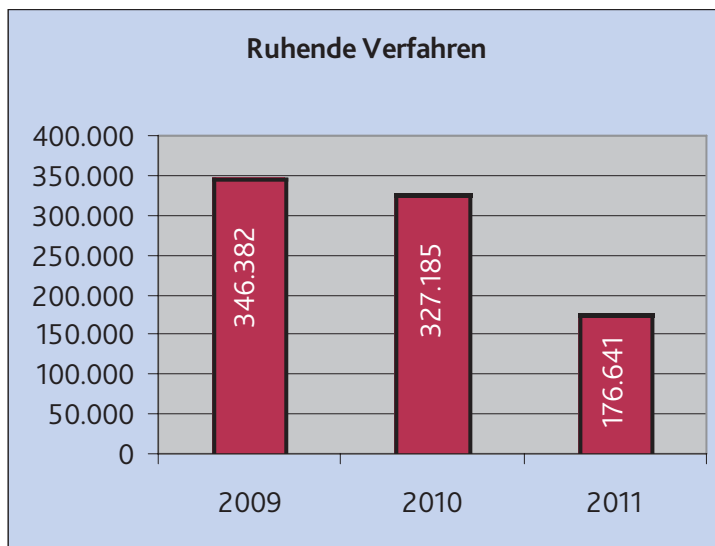


In 2011 wurden 260.365 Einsprüche erledigt. Dies entspricht im Vergleich zu 2010 (= 133.877 Fälle) einem Anstieg von 94,48%. Es handelt sich um die höchste Erledigungsquote aller bisherigen Statistikzeiträume.

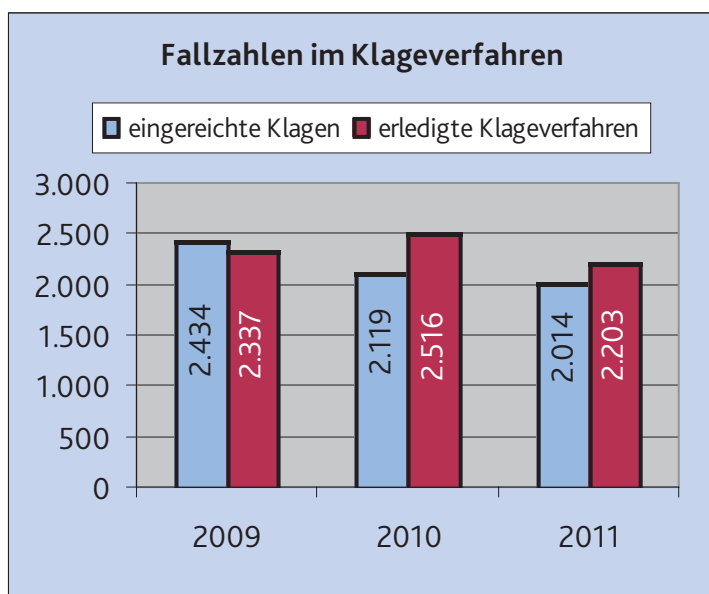
Diese enorme Steigerung lässt sich mit der sog. **SonderaktionVV** (VV = Vorläufigkeitsvermerke) begründen. Hierdurch wurden im Sommer 2011 mit Automationsunterstützung reine Masseneinsprüche durch das nachträgliche Setzen von Vorläufigkeitsvermerken in Vollabhilfebescheiden erledigt. Auf die Erledigung durch diese Sonderaktion entfielen allein mehr als 116.000 Einsprüche.

Diese Vorgehensweise hat im Vergleich zu den Vorjahren dazu geführt, dass die Abhilfequote stark angestiegen ist (2010: 53,8 %; 2011: 75,8 %), wobei dies nicht darauf zurückzuführen ist, dass die angegriffenen Steuerbescheide tatsächlich fehlerhaft waren. Vielmehr wurden die jeweiligen Vorläufigkeitsvermerke, die nun die Abhilfemöglichkeit bieten, erst nach Einlegung des Einspruchs eingeführt.

Durch diese Sonderaktion und die großflächige Erledigung von Masseneinsprüchen wurde auch die Zahl der ruhenden Verfahren heruntergefahren, von 91,4 % am Anfang des Jahres 2011 auf 82,8 % zum 31.12.2011.



Klageverfahren



Die Anzahl der eingelegten Klagen ist gegenüber dem Vorjahr um 115 Klagen (– 5%) auf 2.014 Klagen gesunken. Bei insgesamt 2.203 erledigten Klagen erfolgte in 111 Fällen (= 5,04%) eine volle Stattgabe durch das Finanzgericht. Im Vergleich zu den Vorjahren ist diese Stattgabequote 2011 unauffällig (2008 = 6,7%; 2009 = 5,5%; 2010 = 4,45%).

In 2011 wurden die Entscheidungen des Finanzgerichts in 52 Fällen (Vorjahr 35) mit Revision und in 225 Fällen (Vorjahr 253) mit Nichtzulassungsbeschwerde angegriffen.

Fortbildung zur Abgabenordnung

Zur Überwachung der Rechtsbehelfsbearbeitung wurde im Kalenderjahr 2011 die neue KONSENS-Datenbank für Rechtsbehelfe (DB-Rb) eingeführt. Der Einsatz wurde zunächst bei zwei Finanzämtern geschult und pilotiert. Die restlichen Finanzämter wurden im Dezember 2011 migriert.

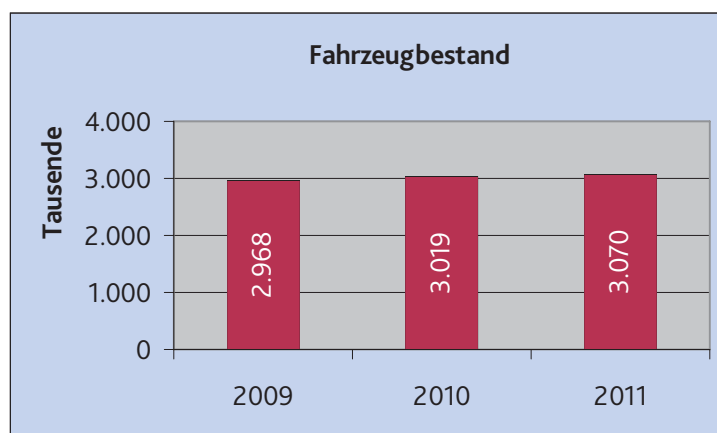
Bei der DB-Rb handelt es sich um ein komplexes Datenbanksystem. Diesbezügliche Schulungen wurden im Multiplikatorenmodell durchgeführt, wobei insgesamt 65 Multiplikatoren in vier 2-tägigen Schulungen durch das Fachreferat AO geschult wurden und diese haben dann in den Finanzämtern wiederum ca. 1.600 Sachbearbeiter aus diversen Bereichen geschult.

VERKEHRSTEUERN UND EINZELSTEUERN

Die Arbeitsergebnisse der Stellen für die Verkehrs- und Einzelsteuern ergeben sich aus den folgenden Tabellen und Erläuterungen:

Kraftfahrzeugsteuer

Fahrzeugbestand



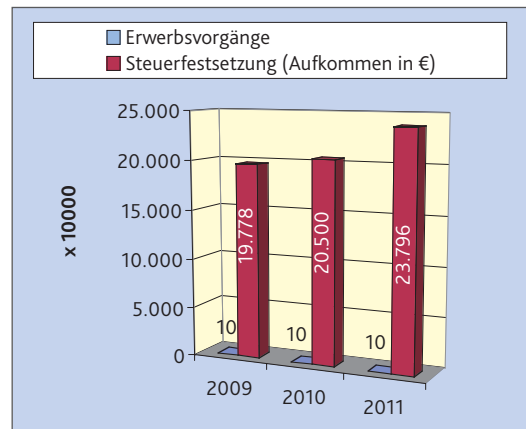
Zum 01.01.2011 waren bei den Finanzämtern 3.069.998 Fahrzeuge steuerlich erfasst. Der Bestand erhöhte sich in 2011 wiederum geringfügig um 50.592 Fahrzeuge (+1,70%).

Fortbildung zur Kraftfahrzeugsteuer

Für die Sachgebietsleiter und Sachbearbeiter der Kraftfahrzeugsteuerstellen wurde ein Erfahrungsaustausch durchgeführt, in dem über aktuelle Rechtsentwicklungen informiert wurde.

Grunderwerbsteuer

Fallzahlen und Aufkommensentwicklung



Die Zahl der Erwerbsvorgänge ist im Vergleich zum Vorjahr um 2.083 (- 2,09%) geringfügig gefallen und das Steueraufkommen dennoch um 32.952.964 (+16,07%) deutlich gestiegen.

Fortbildung zur Grunderwerbsteuer

Es wurden Fortbildungsveranstaltungen für alle Sachgebietsleiter und Sachbearbeiter sowie die Mitarbeiter durchgeführt. Die Veranstaltungen dienten der Unterrichtung über aktuelle Rechtsentwicklungen, der Schulung in bestimmten Schwerpunktthemen sowie dem allgemeinen Erfahrungsaustausch.

Darüber hinaus wurden die Vorträge über die gesetzlichen Grundlagen und gesellschaftsrechtlichen Besonderheiten der Grunderwerbsteuer im Rahmen der regionalen regelmäßigen Prüferbesprechungen der Betriebsprüfer fortgesetzt.

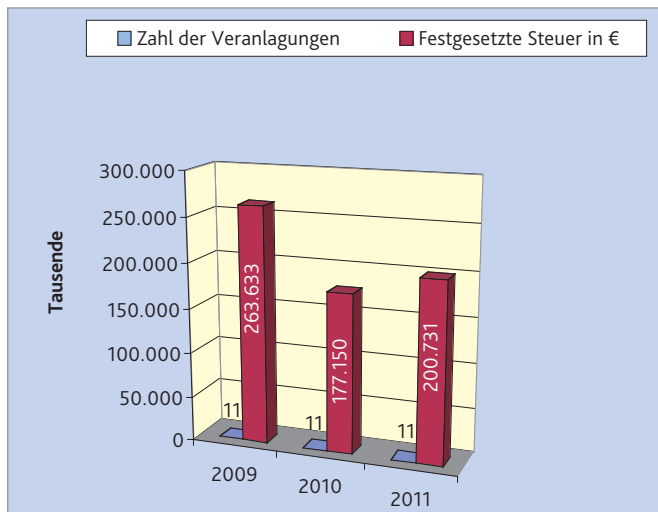
Erbschaftsteuer/Schenkungsteuer

Fallzahlen und Aufkommensentwicklung

Nachdem im Kalenderjahr 2009 aus verschiedenen Gründen ein deutlicher Rückgang der Zahl der Veranlagung zu verzeichnen war, hat sich die Zahl Veranlagungen in 2011 um 428 (+3,94%) erhöht und dem Wert vor Inkrafttreten des Erbschaftsteuerreformgesetzes wieder angenähert. Die festgesetzte Erbschaft- und Schenkungsteuer bleibt jedoch trotz einer deutlichen Steigerung in 2011 (+13,31%) weiter hinter dem Wert aus 2008 zurück.

Das Steueraufkommen betrug im Kalenderjahr 2011 89.018.589,90 €. Der drastische Rückgang des Steueraufkommens gegenüber den Vorjahren (Aufkommen 2010: 145.503.858,16 EUR bzw. 2009: 196.149.167,35 EUR) ist auf einen Einzelfall zurückzuführen.

In 25 Fällen (Vorjahr 32 Fällen) wurde im Kalenderjahr 2011 für einzelne Erwerbe Erbschaft- und Schenkungsteuer von jeweils mehr als 500.000 € festgesetzt.



Fortbildung

Im September 2011 wurde ein eintägiger Erfahrungsaustausch mit den - mit der Erbschaft- und Schenkungsteuer befassten - Sachgebietsleitern und Hauptsachbearbeitern der Finanzämter Koblenz und Kusel-Landstuhl durchgeführt.

Des Weiteren fand im Kalenderjahr 2011 sowohl für alle Mitarbeiter als auch für die Sachgebietsleiter und Sachbearbeiter jeweils eine eintägige Fortbildungsveranstaltung statt. Schwerpunkt der Fortbildungsveranstaltungen waren die Änderungen durch das Erbschaftsteuerreformgesetz sowie durch das Jahresteuergesetz 2010. Ferner haben die Beteiligten allgemeine Erfahrungen ausgetauscht.

Die Auster Sondernutzer der Finanzämter Koblenz und Kusel-Landstuhl nahmen darüber hinaus zusammen mit den Kollegen aus den anderen Bundesländern an einem zweitägigen Workshop im Bildungszentrum des Landes Brandenburg in Königs-Wusterhausen teil.

Drei neu im Bereich der Erbschaft- und Schenkungsteuer eingesetzte Kollegen haben darüber hinaus an einem einwöchigen Grundkurs in der Bedienung des Programms Auster im Landesamt für zentrale Dienste in Saarbrücken teilgenommen.

Organisatorische Veränderungen

Der Abschluss des Jahres 2011 wurde durch die Entscheidung geprägt, die Festsetzung der Erbschaft- und Schenkungsteuer im Verlauf der nächsten Jahre am Standort Kusel zu zentralisieren.

In diesem Zusammenhang soll auch eine engere Zusammenarbeit mit dem Saarland erfolgen.

Bereich Spielbankaufsicht

Mit den Leitenden Aufsichtsbeamten der Spielbanken und deren Stellvertretern wurde ein Erfahrungsaustausch zur Erörterung aktueller Rechtsentwicklungen und Probleme in den Spielbanken des Landes durchgeführt.

Weiter haben dieser Personenkreis und das Fachreferat an dem jährlichen Bundeserfahrungsaustausch der Spielbankenaufsichten aller Länder teilgenommen.

EINHEITS- UND BEDARFSBEWERTUNG

Personaleinsatz in den Bewertungsstellen

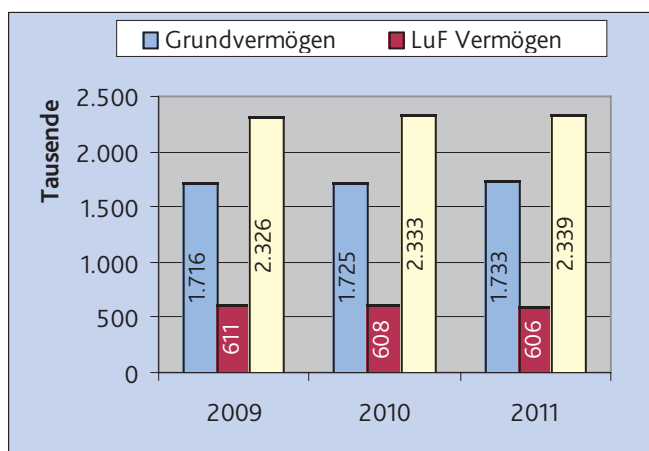
	Bedienstete
31.12.2009	197,46
31.12.2010	192,64
31.12.2011	185,97

Im Jahr 2011 wurde der Personalbestand demnach um weitere sieben Arbeitskräfte abgebaut.

Die Arbeitsergebnisse der Bewertungsstellen sind in den folgenden Diagrammen dargestellt:

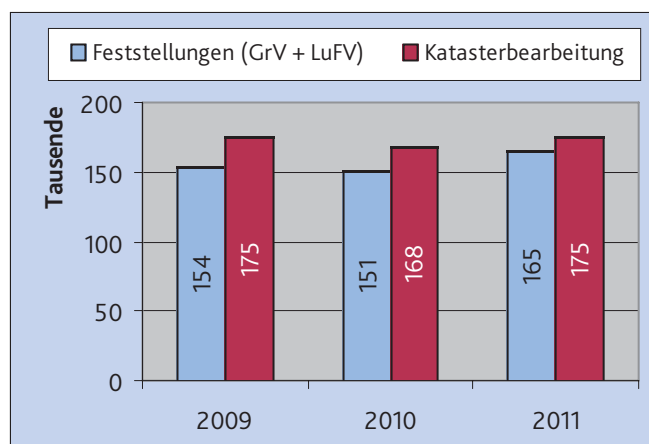
Einheitsbewertung

Zahl der wirtschaftlichen Einheiten



Auch in 2011 ist die Anzahl der wirtschaftlichen Einheiten angestiegen. Damit hat sich der Trend der vergangenen Jahre fortgesetzt. Dem Anstieg der Fallzahl im Grundvermögen steht ein leichtes Absinken der Zahl der wirtschaftlichen Einheiten bei der Land- und Forstwirtschaft gegenüber.

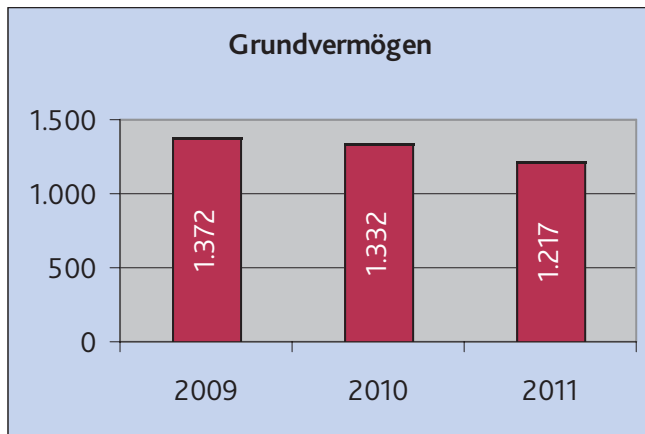
Feststellungen, Bestandspflege, Kataster



Waren die Feststellungszahlen und Katasterbearbeitung im Jahr 2010 gegenüber 2009 leicht rückläufig, so ist in 2011 im Bereich der Feststellungen ein starker Anstieg zu verzeichnen. Dennoch konnte der Bestand an unbearbeiteten Fortführungsmitteln (Arbeitsanstoß durch das Kataster) von 17.560 (am 31.12.2010) auf 15.844 (am 31.12.2011) reduziert werden.

Der Anstieg der Fallzahlen wird vor dem Hintergrund eines einhergehenden Personalarückgangs mit Hilfe der Automation, u. a. durch eine weitgehende Fallselektion, kompensiert. Hierbei werden nur solche Arbeitsanstöße aus dem Kataster an die Bewertungsstelle weitergegeben, die tatsächlich auch bewertungsrelevant sind und überwiegend maschinell in Eingabedatensätze umgewandelt werden. Dieses maschinelle Verfahren ist allerdings untrennbar mit dem IBM-Großrechner verbunden. Eine vergleichbare Alternative unter UNIFA gibt es aktuell nicht.

Einspruchsverfahren (erledigt) zur Einheitsbewertung

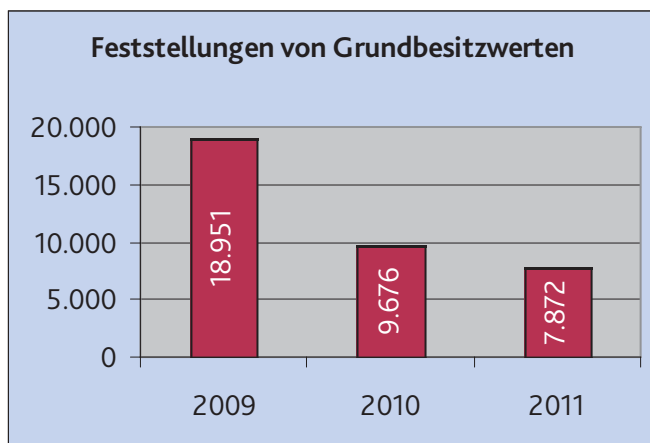


Da die Verfassungsmäßigkeit der Einheitsbewertung nunmehr auch in der breiten Öffentlichkeit diskutiert wird, sind die Einheitswertbescheide zunehmend streitbehaftet.

Bedarfsbewertung

Feststellungen der Grundbesitzwerte

Dies ist die Summe der Feststellungen von Grundbesitzwerten für Zwecke der Erbschaft-/ Schenkung- und Grunderwerbsteuer:

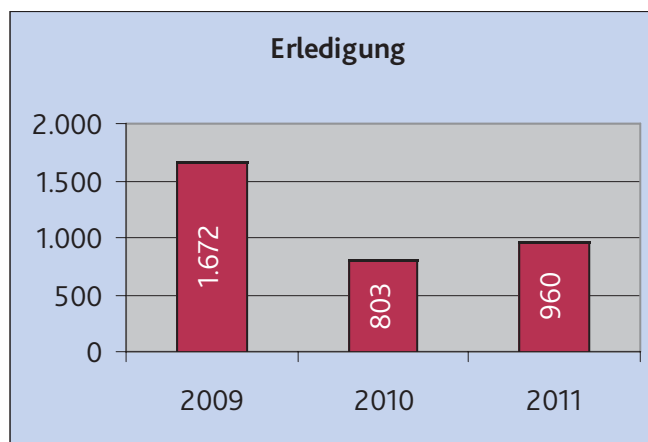


Die Fallzahlen des Jahres 2011 beinhalten aus technischen Gründen nicht die Bedarfsbewertungen nach neuem Recht für den Bereich der Land- und Forstwirtschaft. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes dürften sich die Fallzahlen des Jahres 2011 auf dem Niveau des Jahres 2010 bewegen.

Volumen der Grundbesitzwerte aller Bedarfswertfeststellungen aller Ämter

Das Volumen der Grundbesitzwerte der Bedarfswertfeststellungen aller Ämter lag in 2011 bei 1.965.333.098 €. Diese Werte dienen als Grundlage für die Feststellungen der Erbschaftsteuer- bzw. Grunderwerbsteuerstellen.

Einspruchsverfahren (erledigt) zur Bedarfsbewertung



Die Zahl der Rechtsbehelfe ist in 2011 leicht gestiegen. Ein Grund hierfür liegt an der Möglichkeit, einen von der Finanzverwaltung typisiert ermittelten Bedarfswert durch ein Privatgutachten zu widerlegen. Von dieser Möglichkeit wird zunehmend Gebrauch gemacht.

Fortbildung

Im Jahr 2011 wurde sowohl ein Erfahrungsaustausch zwischen Erbschaftsteuerstellen und den Zentralstellen für die Bewertung von Betriebsvermögen als auch ein Erfahrungsaustausch zwischen Erbschaftsteuerstellen und Bewertungsstellen durchgeführt. Daneben erfolgte eine Fortbildung im Bereich der Unternehmensbewertung. An diesen Maßnahmen nahmen ca. 140 Bedienstete teil.

TÄTIGKEITSBERICHT DER SACHVERSTÄNDIGEN

Allgemein

Nach der zum 01.10.2010 erfolgten Zuordnung der Bausachverständigen (BSV) zum Referat St 37 hat am 16. und 17.03.2011 im Europahaus in Bad Marienberg erstmals eine gemeinsame Fortbildungsveranstaltung mit den Sachverständigen aus den Berei-

chen Land- und Forstwirtschaft sowie Gartenbau und Weinbau stattgefunden. Externe Referenten vom Ministerium der Finanzen und der Hessischen Landgesellschaft mbH (staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung) ergänzten die Vorträge der Fachreferate. Neben dem Erfahrungsaustausch stand die Intensivierung der Zusammenarbeit in der Wertermittlung bebauter und unbebauter Grundstücke bei Betriebsaufgaben im Vordergrund.

Das Fachreferat St 36 war auf Bundesebene in zwei Arbeitsgruppen engagiert. Die Aufgabenstellung galt neuen Verwaltungsrichtlinien zum Bodenschätzungsgesetz vom 20.12.2007 sowie einem Revisionsantrag zur GeoInfoDok (Dokumentation zur Modellierung der Geoinformationen des amtlichen Vermessungswesens) der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV). Dieser Antrag soll sicher stellen, dass Daten des Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystems (ALKIS) weiterhin uneingeschränkt für Zwecke der Finanzverwaltung genutzt werden können.

Fachgebiete

Landwirtschaft und Gartenbau

Die Gesamtfläche der Bodenschätzung, die im Jahr 2011 von elf Amtlichen Landwirtschaftlichen Sachverständigen (ALS) und deren vermessungstechnischen Mitarbeitern bearbeitet wurde, betrug 7.386 ha; darin sind die Wertermittlungen von 4.020 ha in 31 Flurbereinigungsverfahren enthalten.

Die Beauftragung der Sachverständigen für ertragsteuerliche Zwecke fällt nach wie vor regional sehr unterschiedlich aus. Einflussgrößen hierbei sind die Personalfuktuation sowie zunehmend komplexe Sachverhalte. Nach Fortbildungsveranstaltungen für dienstjunge Sachbearbeiter und Mitarbeiter in der Besteuerung der Land- und Forstwirtschaft ist bei den Sachverständigen vorübergehend ein verstärkter Auftragseingang festzustellen. Arbeitsschwerpunkte im steuerlichen Bereich sind nach wie vor Wertermittlungen bei Betriebsaufgaben und Entnahmen. Die Anzahl der Gutachten zur Frage der Liebhaberei ist zwar überschaubar, im Einzelfall erfordern sie aber einen sehr großen Arbeitsaufwand. In der Regel reicht die Anfertigung einer umfangreichen Stellungnahme nicht aus. Rechtsbehelfs- und Klageverfahren führen fast ausnahmslos zu umfassenden Folgearbeiten. Dabei ist es Vertretern von Veranlagung und Betriebsprüfung mit fachlich fundierter Unterstützung von Sachverständigen gerade in jüngster Zeit mehrfach gelungen, Steuerpflichtigen aufgrund eindeutiger Sachverhalte die Aussichtslosigkeit ihrer Rechtsauffassung aufzuzeigen und beispielsweise einen Liebhabereibetrieb anzunehmen ohne ein nachfolgendes Rechtsbehelfs- oder Klageverfahren.

Forstwirtschaft

Insgesamt wurden 19 Anmeldungen zu kalamitätsbedingten Holznutzungen infolge höherer Gewalt vorgelegt. Eine abschließende Bearbeitung der Anträge auf Anwendung der ermäßigten Steuersätze nach § 34 b EStG wurde in 21 Fällen durchgeführt. Zur Feststellung der steuerlichen Nutzungssätze der privaten Forstbetriebe wurden 18 Betriebswerke überprüft. In 18 Fällen wurden Kaufpreisaufteilungen (Aufwuchs, Grund und Boden) abschließend bearbeitet. Für 17 Forstbetriebe waren Neubewertungen zur Feststellung der Einheitswerte erforderlich. Daneben wurde eine umfangreiche gutachtliche Stellungnahme zur Liebhaberei erarbeitet.

Weinbau

Auf Einladung des Bundesministeriums der Finanzen fand vom 17. bis 19.08.2011 eine Tagung der Weinbausachverständigen der weinbautreibenden Bundesländer in Edenkoben statt. Neben Sachstandsberichten zur Reform der Grund- und Erbschaftsteuer standen aktuelle steuerliche Zweifelsfragen der Teilnehmer im Vordergrund der Veranstaltung.

Wie in den vergangenen Jahren lag ein Arbeitsschwerpunkt im Fachreferat in der Erstellung und Überprüfung von Einzelgutachten. Im Übrigen standen Fälle mit unmittelbarem Grundstücksbezug im Vordergrund der Recherchen. Dabei wurden bei besonders werthaltigen Flurstücken wiederholt Flächen- oder Wertdifferenzen zu den Angaben der Steuerpflichtigen festgestellt. Des Weiteren wurden Betriebsanalysen und Ertragsprognosen zur Liebhabereiproblematik vorgenommen und in umfangreichen Stellungnahmen ausgearbeitet. Daneben wurden Kaufpreisaufteilungen, Pachtpreisgestaltungen und Teilwertermittlungen bearbeitet sowie Betriebsaufgabeerklärungen auf Plausibilität, Vollständigkeit und zutreffende Wertfindung überprüft.

Bausachverständige

Nachdem eine über mehrere Jahre vakante Stelle im Finanzamt Bad Kreuznach wieder besetzt wurde, sind in der Finanzverwaltung nunmehr 18 BSV - Architekten und Bauingenieure - mit insgesamt 17,75 Stellen beschäftigt. Das Wertvolumen der von ihnen bearbeiteten Verkehrswertgutachten betrug 385 Mio. €.

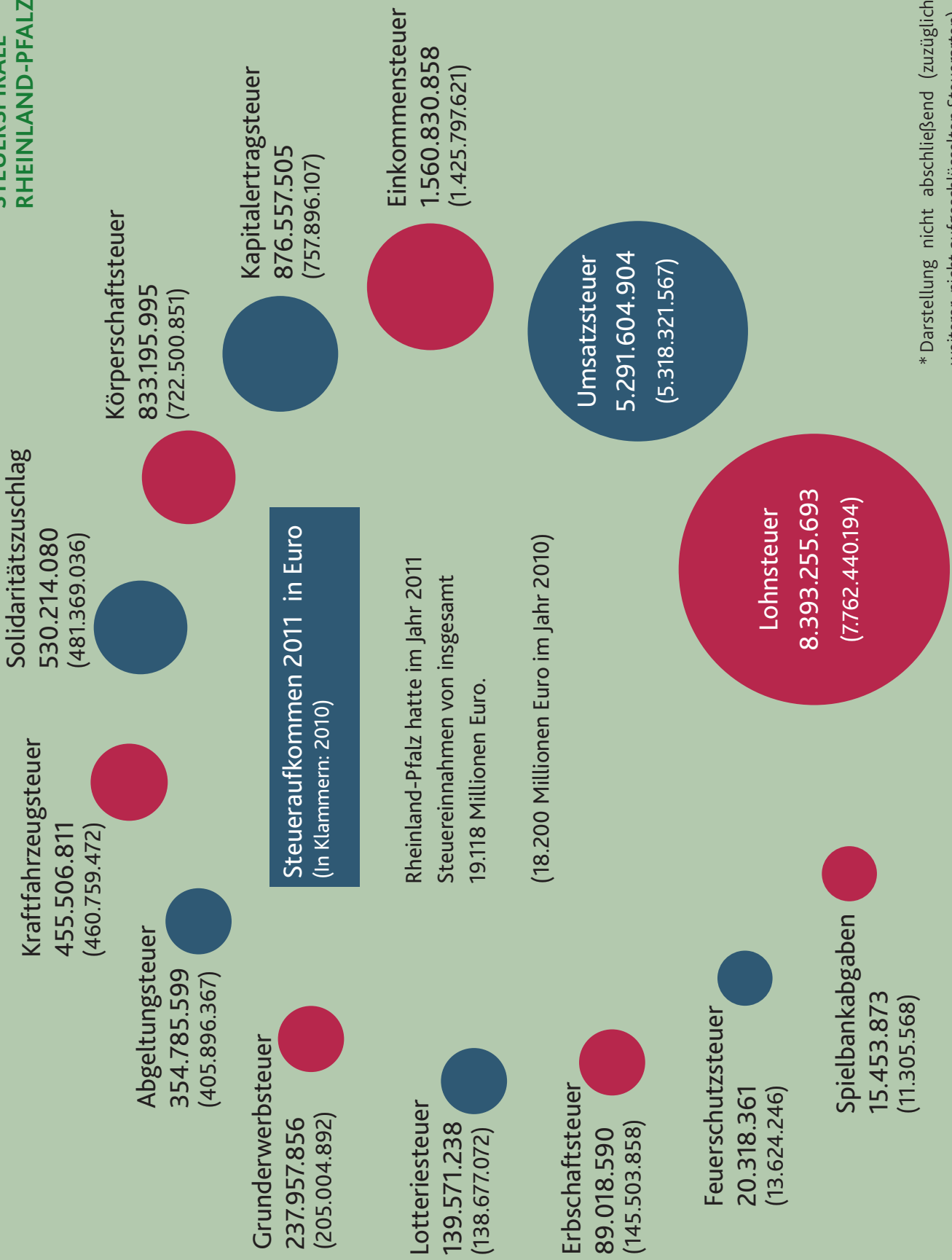
Wie bereits im vergangenen Jahr nahmen auch im Jahr 2011 im Zuge der Reform des Erbschaftsteuer- und Bewertungsrechts die Aufträge aus der Bedarfsbewertung zur Überprüfung von Wertgutachten im Zusammenhang mit § 198 BewG (Bewertungsgesetz) - Nachweis eines niedrigeren gemeinen Werts - weiter zu. Die Tätigkeit der BSV beschränkt sich hierbei nicht nur auf die Beurteilung der Wertermittlungen hinsichtlich Nachvollziehbarkeit und Schlüssigkeit, sondern erfordert in vielen Fällen auch die weitere Bearbeitung des Falls im Rahmen der Einspruchsverfahren. Dabei ist es erfahrungsgemäß oftmals erst durch Einschaltung des BSV möglich, das Gutachten eines externen Sachverständigen zu entkräften.

Auf dem Gebiet der Einheitsbewertung erforderte ein Urteil des Bundesfinanzhofs aus dem Jahr 2010 zur Bewertung von Lebensmittelmärkten eine zeitaufwendige Überprüfung derjenigen Einheitswerte, bei denen Gebäude in der Gebäudeklasse Markt- und Messehallen eingruppiert waren. Neben der erforderlichen Neubewertung bearbeiteten die BSV zudem auch die aufgrund der damit verbundenen enormen Werterhöhung verstärkter eingehenden Einsprüche. Die im Rahmen der Wertfortschreibung aufgetretenen zahlreichen Zweifelsfälle wurden in den vom Fachreferat St 37 für die Nord- und Südgruppe veranstalteten Erfahrungsaustauschen geklärt.

Eine weitere interne Schulung wurde im Zuge der Einführung einer neu angeschafften Wertermittlungssoftware im Herbst 2011 durchgeführt.

Im Berichtszeitraum wurden auf die BSV insgesamt 5.092 Fälle übertragen.

**STEUERSPIRALE *
RHEINLAND-PFALZ**



* Darstellung nicht abschließend (zuzüglich weiterer, nicht aufgeschlüsselten Steuerarten)
Quelle: Landesoberkasse

BETRIEBSPRÜFUNG



Vorhandene Betriebe und Sonstige Fallarten

Nach der Einordnung der Betriebe in Größenklassen ist die Zahl der vorhandenen Betriebe und „Sonstigen Fallarten“ ist zum 01.01.2010 neu festgeschrieben worden. Dieser Bestand ist die Grundlage für die Berechnung des Personalbedarfs und die Ermittlung des Prüfungsturnus. Zu diesem Stichtag wurden folgende Fallzahlen erfasst.

Gewerbliche Betriebsprüfung

Stichtag	G1-Betriebe	G2-Betriebe	G3-Betriebe	G-Betriebe / ges.
01.01.2010	654	1.673	4.991	7.318

Stichtag	M-Betriebe	K-Betriebe	KSt-Betriebe	Gesamt
01.01.2010	37.077	48.949	254.756	340.782

Sonstige Fallarten

Stichtag	BHG ¹	bE ²	VZG ³	BKÖ ⁴
01.01.2010	259	668	38	2

Land- und forstwirtschaftliche Betriebsprüfung

Stichtag	G1-Betriebe	G2-Betriebe	G3-Betriebe	G-Betriebe / ges.
01.01.2010 ⁵	--	--	1.010	1.010

Stichtag	M-Betriebe	K-Betriebe	KSt-Betriebe	Gesamt
01.01.2010	2.914	4.813	28.946	36.673

¹ Bauherrengemeinschaften

² Steuerpflichtige mit bedeutenden Einkünften

³ Verlustzuweisungsgesellschaften

⁴ Steuerbegünstigte Körperschaften und Berufsverbände

⁵ Lt. Beschluss der Bp-RL zu TOP 12 der Sitzung Bp II/09 vom 15.-17.09.2009 sind alle land- u. forstwirtschaftlichen Betriebe dem Bereich G3 zuzuordnen

Vorhandene Prüfer

Im Hinblick darauf, dass die Ermittlung des Prüferinsatzes (siehe Tabelle „Eingesetzte Prüfer“ auf dieser Seite) in den Ländern nicht nach einheitlichen Kriterien erfolgt, ist nach der ab dem 01.01.2006 geltenden Neuregelung auch die Zahl der vorhandenen Prüfer darzustellen. Bei der Ermittlung der nachstehenden Werte wurde von 250 Arbeitstagen ausgegangen. Dabei wurden lediglich Zeiten der Freistellung, der Dauererkrankung und solche Zeiten, in Abzug gebracht, die nicht für die Betriebsprüfung verwendet worden sind.

In den Jahren	2010	2011
betrug die Zahl der vorhandenen Prüfer (in Vollzeitäquivalenz)		
in der gewerblichen Betriebsprüfung (Bp)		
im gehobenen Dienst	535,56	534,97
im mittleren Dienst	10,32	9,57
insgesamt in der gewerblichen Bp	545,88	544,54
in der land- und forstwirtschaftlichen Bp		
im gehobenen Dienst	29,94	30,69
im mittleren Dienst	1,91	2,00
insgesamt in der land- und forstwirtschaftlichen Bp	31,85	32,69
in der gesamten Bp	577,73	577,23

Eingesetzte Prüfer

Unter Berücksichtigung der von der Arbeitszeit insgesamt abzusetzenden Zeiten stellt sich der Prüferinsatz wie folgt dar:

In den Jahren	2010	2011
betrug die Zahl der vorhandenen Prüfer (in Vollzeitäquivalenz)		
in der gewerblichen Bp		
im gehobenen Dienst	446,27	441,07
im mittleren Dienst	8,72	8,87
insgesamt in der gewerblichen Bp	454,99	449,94
in der land- und forstwirtschaftlichen Bp		
im gehobenen Dienst	26,30	26,28
im mittleren Dienst	1,55	1,86
insgesamt in der land- und forstwirtschaftlichen Bp	27,85	28,14
in der gesamten Bp	482,84	478,08

Prüfungen

Verglichen mit dem Vorjahr wurden im Jahr 2011 in den verschiedenen Betriebsgrößenklassen und Betriebsarten folgende Prüfungen abgeschlossen:

	2010	2011
Größtbetriebe (G1-Betriebe)	171	181
bedeutende Großbetriebe (G2-Betriebe)	408	455
übrige Großbetriebe (G3-Betriebe)	1.277	1.324
Stpfl. mit bedeutenden Einkünften (bE)	44	50
Bauherrengemeinschaft und Verlustzuweisungsgesellschaft (BHG u. VZG)	16	9
Summe der geprüften Großbetriebe	1.916	2.019
Sonstige Prüfungen	68	100
Zwischensumme	1.984	2.119
Mittelbetriebe	3.437	3.315
Kleinbetriebe	2.299	2.250
Kleinstbetriebe	3.424	3.000
insgesamt	11.144	10.684

Mehrergebnisse

Bei der Prüfung gewerblicher, freiberuflicher sowie land- und forstwirtschaftlicher Betriebe wurden folgende Mehr-/Mindersteuern einschließlich Zinsen erzielt:

	2010	2011
insgesamt	791.853.016 €	565.160.826 €
pro Prüfung	71.056 €	52.898 €
pro vorhandener Prüfer	1.370.652 €	979.092 €
pro eingesetzter Prüfer	1.639.991 €	1.182.147 €

Änderungen der Bemessungsgrundlagen zum Ende des Prüfungszeitraums

Als Abweichung von den jeweiligen Bemessungsgrundlagen wurden im Jahr 2011 Verluständerungen im Sinne des § 10 d EStG/KStG zum Ende des Prüfungszeitraums in folgender Höhe erfasst.

Verluständerungen zum Ende des Prüfungszeitraums in Tausend €							
	Größt- betriebe (G1)	Groß- betriebe (G2)	Groß- betriebe (G3)	Mittel- betriebe	Klein- betriebe	Kleinst- betriebe	Summe
gewerbliche Bp	23.478 €	42.265 €	57.921 €	37.333 €	1.660 €	11.231 €	173.888 €
land- und forstwirtschaftliche Bp	--	--	0 €	2 €	29 €	100 €	131 €
Gesamt	23.478 €	42.265 €	57.921 €	37.335 €	1.689 €	11.331 €	174.019 €

Verluständerungen zum Ende des Prüfungszeitraums in Tausend €				
	bE	BHG und VZG	Sonstige Prüf. gem. § 193 Abs. 2 Nr. 2 AO	Summe
Sonstige Fallarten	278 €	43 €	248 €	569 €

Durchschnittlicher Prüfungszeitraum

Im Jahr 2011 wurden in allen Größenklassen im Durchschnitt etwa drei bis vier Jahre in einem Prüfungszeitraum zusammengefasst.

Durchschnittlicher Prüfungszeitraum in Jahren						
	Größt- betriebe (G1)	Groß- betriebe (G2)	Groß- betriebe (G3)	Mittel- betriebe	Klein- betriebe	Kleinst- betriebe
gewerbliche Bp	3,5	3,5	3,3	3,0	3,0	3,0
land- und forstwirtschaftliche Bp	--	--	3,5	3,0	3,0	2,9

Durchschnittlicher Prüfungszeitraum in Jahren			
	bE	BHG und VZG	Sonstige Prüf. gem. § 193 Abs. 2 Nr. 2 AO
Sonstige Fallarten	3,1	3,2	2,4

Durchschnittlich letztes Prüfungsjahr

Bei den im Jahr 2011 abgeschlossenen Prüfungen enden die Prüfungszeiträume in der Mehrheit der Fälle im Jahr 2008.

Durchschnittlich letztes Prüfungsjahr						
	Größt- betriebe (G1)	Groß- betriebe (G2)	Groß- betriebe (G3)	Mittel- betriebe	Klein- betriebe	Kleinst- betriebe
gewerbliche Bp	2007,90	2008,55	2008,25	2008,43	2008,40	2008,22
land- und forstwirtschaftliche Bp	--	--	2008,22	2008,22	2008,03	2008,04

Durchschnittlich letztes Prüfungsjahr			
	bE	BHG und VZG	Sonstige Prüf. gem. § 193 Abs. 2 Nr. 2 AO
Sonstige Fallarten	2008,09	2005,38	2006,59

Zahl der abgekürzten Außenprüfungen

Da in den Fällen, in denen eine Beschränkung auf die wesentlichen Besteuerungsgrundlagen geboten erscheint, vorrangig Schwerpunktprüfungen durchgeführt werden, wurde das Instrument der abgekürzten Außenprüfung im Jahr 2011 kaum in Anspruch genommen:

Zahl der abgekürzten Außenprüfungen							
	Größt- betriebe (G1)	Groß- betriebe (G2)	Groß- betriebe (G3)	Mittel- betriebe	Klein- betriebe	Kleinst- betriebe	Summe
gewerbliche Bp	0	0	1	3	1	6	11
land- und forstwirtschaftliche Bp	--	--	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	1	3	1	6	11

Zahl der abgekürzten Außenprüfungen				
	bE	BHG und VZG	Sonstige Prüf. gem. § 193 Abs. 2 Nr. 2 AO	Summe
Sonstige Fallarten	0	0	0	0

Prüfungsturnus

Bei den gewerblichen und land- und forstwirtschaftlichen Betrieben stellte sich die Prüfungsdichte im Jahr 2011 wie folgt dar:

Prüfungsturnus							
	Größt- betriebe (G1)	Groß- betriebe (G2)	Groß- betriebe (G3)	Mittel- betriebe	Klein- betriebe	Kleinst- betriebe	gewichteter Mittelwert
gewerbliche Bp	3,61	3,68	4,23	11,79	22,71	89,70	34,96
land- und forstwirtschaftliche Bp	--	--	7,06	17,14	50,66	180,91	66,34
Gesamt	3,61	3,68	4,53	12,06	23,89	94,57	36,65

Quote der qualifiziert abgesetzten Fälle

Der Anteil der qualifiziert abgesetzten Fälle entwickelte sich bezogen auf die Zahl der Prüfungen einschließlich der Absetzungen im Jahr 2011 wie folgt:

Absetzungsquote							
	Größt- betriebe (G1)	Groß- betriebe (G2)	Groß- betriebe (G3)	Mittel- betriebe	Klein- betriebe	Kleinst- betriebe	gewichteter Mittelwert
gewerbliche Bp	2,16 %	3,81 %	7,59 %	8,50 %	11,72 %	16,32 %	11,16%
land- und forstwirtschaftliche Bp	--	--	8,92 %	7,61 %	5,00 %	12,57 %	8,97 %
Gesamt	2,16 %	3,81 %	7,74 %	8,45%	11,45 %	16,13 %	11,05%

Aus- und Fortbildung

In 2011 wurden in 68 Veranstaltungen 1.209 rheinland-pfälzische Prüfer und 61 Prüfer aus anderen Bundesländern aus- und fortgebildet. Darüber hinaus wurden in verschiedenen Workshops sowohl aktuelle Themenbereiche des Steuerrechts als auch aus dem Bereich EDV analysiert und weiterentwickelt.

Die Ausbildung der dienstjungen Bezirksbetriebsprüfer erfolgte in der ersten Phase in zwei Einführungslehrgängen "Modellfall Ulmer", 13 PC-Kursen ("BpA-Euro", "IDEA" und "Indirekte Prüfungsmethoden - Verprobung der Einnahmen") sowie in drei Strafrechtslehrgängen. In der 2. Phase wurde die Ausbildung durch neun steuerliche sowie drei PC-Seminare ergänzt.

Die Ausbildung der dienstjungen Großbetriebsprüfer sowie der dienstjungen Sachgebietsleiter der Betriebsprüfung erfolgte in insgesamt vier steuerlichen Lehrgängen.

Das Ausbildungskonzept für die dienstjungen Sachgebietsleiter der Betriebsprüfung des höheren Dienstes wurde nach erfolgter Anpassung an die aktuellen Anforderungen in 2011 in der neuen Form erstmals eingesetzt.

Die Fortbildung der bereits eingesetzten Prüfer sowie der Sachgebietsleiter wurde in 13 steuerrechtlichen und 21 PC-Fortbildungsveranstaltungen vorgenommen.

■ Steuerrechtliche Fortbildungsveranstaltungen

Neben der Fortführung der in 2010 aufgenommenen Veranstaltungen

- „Einführungslehrgang Groß-Bp“ (1 Veranstaltung)
- der Veranstaltungsreihe „Unternehmensbewertung“ (3 Veranstaltungen)
- Erfahrungsaustausch für Fachprüfer Umsatzsteuer“ (1 Veranstaltung)

wurde je ein länderübergreifender Erfahrungsaustausch der Fachprüfer für betriebliche Altersversorgung (dreitägig - BZSt / Baden-Württemberg / Bayern / Bremen / Hamburg / Hessen / Niedersachsen / Nordrhein-Westfalen / Saarland / Sachsen / Thüringen) als auch ein länderübergreifender Erfahrungsaustausch der Fachprüfer für Kreditinstitute (zweitägig - BZSt / Hessen / Niedersachsen / Nordrhein-Westfalen / Saarland / Thüringen) in Mainz durchgeführt. Darüber hinaus wurden für die Fachprüfer für betriebliche Altersversorgung erstmals eine zweitägige Fallstudie zum Thema „Unterstützungskassen“ aufgelegt und durchgeführt.

Die länderübergreifenden Seminare "Fortbildung für neu eingesetzte Sachgebietsleiter der Betriebsprüfungsstellen" (Hessen / Thüringen) und „Bilanzbuchhaltung und Prüfungstechnik für dienstjunge Bp-Sachgebietsleiter“ (Hessen / Thüringen) fanden in der Fachhochschule für Finanzen in Edenkoben (Teilnahme von sechs rheinland-pfälzischen Bp-Sachgebietsleitern) und im Finanzamt Fulda (Teilnahme von fünf Bp-Sachgebietsleiter) statt.

An der „Aufbauschulung Internationales Steuerrecht“ für Bp-Sachgebietsleiter und Auslandsfachprüfer nahmen 25 Teilnehmer aus anderen Bundesländern sowie aus Österreich, den Niederlanden und den Vereinigten Staaten von Amerika teil.

■ **PC-Fortbildungsveranstaltungen**

Neben den jährlich durchzuführenden Veranstaltungen (in der Einarbeitung, in der Fortbildung Körperschaftsteuer, Workshops "Systemverwalter", SAP) wurde in acht eintägigen Schulungen den Prüfer die neuen Kalkulationsprogramme sowie in sieben eintägigen Seminaren die Neuerungen in den eingesetzten PC-Programmen vorgestellt.

Das in Rheinland-Pfalz entwickelte Kalkulationsprogramm „Eisdielen“ wurde in einer zweitägigen Veranstaltung interessierten Teilnehmern der anderen Bundesländer vorgestellt.

Zur Durchführung der genannten Veranstaltungen wurden überwiegend Dozenten aus der rheinland-pfälzischen Finanzverwaltung eingesetzt (FHFin Edenkoben, Bereiche Einkommen-/Körperschaft- und Umsatzsteuer sowie Betriebsprüfung).

Aus der nachstehenden Übersicht ergibt sich die Entwicklung der Aus- und Fortbildungen der letzten Jahre:

Jahr	Zahl der Seminare	Teilnehmerzahl insgesamt	Summe der Fortbildungstage	Fortbildungstage je Prüfer*
2007	108	1.937	4.445	7,29
2008	110	1.982	4.438	7,32
2009	113	1.871	4.012	6,63
2010	81	1.838	4.957	8,35
2011	68	1.209	3.541	5,92

* Die Wertermittlung basiert auf dem zum 01.07. eines jeden Jahres vorhandenen Prüferbestand - ohne Berücksichtigung von Ausfallzeiten.

(In den vorgenannten Veranstaltungen sind die externen Seminare, z.B. der Bundesfinanzakademie in Brühl und die Fortbildungsveranstaltungen anderer Gruppen nicht enthalten).

LOHNSTEUER



Statistik zur Lohnsteuer-Außenprüfung

In den Jahren	2010	2011
betrug die Zahl der Arbeitgeber	109.398	113.096
betrug die Anzahl der durchgeführten Prüfungen	6.225	6.163
Gesamtmehrergebnis in Euro	33.313.822	33.942.118
Durchschnittliches Mehrergebnis je Prüfung in Euro	5.352	5.183
Anzahl der tatsächlich eingesetzten Prüfer (in Vollzeitäquivalenz)	102,46	100,94
Durchschnittliches Mehrergebnis je Prüfer in Euro	325.140	316.447



STEUERFAHNDUNG BUSSGELDER UND STRAFSACHEN

Steuerfahndung

In den vergangenen Jahren haben die Steuerfahnder in folgendem Umfang geprüft und Amtshilfe geleistet:

Jahr	Fälle	Veränderung gegenüber Vorjahr
2007	2.035	+1,39 v.H.
2008	2.010	+1,23 v.H.
2009	2.212	+10,05 v.H.
2010	2.507	+13,34 v.H.
2011	3.132	+24,93 v.H.

Die Prüfungen führten in diesem Zeitraum zu rechtskräftig festgesetzten Mehrsteuern, einschließlich der Mehrsteuern, für die von einer Festsetzung nach § 156 Abs. 2 AO abgesehen wurde, von:

Jahr	Betrag	Veränderung gegenüber Vorjahr
2007	86.561.026 €	-0,33 v.H.
2008	84.708.960 €	-2,14 v.H.
2009	88.362.503 €	+4,31 v.H.
2010	101.004.715 €	+14,31 v.H.
2011	145.312.928 €	+43,87 v.H.

Im Einzelnen wurden pro Fall folgende Mehrsteuern ermittelt:

Jahr	Betrag	Veränderung gegenüber Vorjahr
2007	42.270 €	-1,70 v.H.
2008	42.144 €	-0,92 v.H.
2009	48.417 €	+14,88 v.H.
2010	49.354 €	+1,94 v.H.
2011	59.422 €	+20,40 v.H.

Die von den Steuerfahndungsdiensten erzielten Mehrergebnisse beruhen in der Mehrzahl auf strafbarem oder ordnungswidrigem Verhalten der Steuerpflichtigen, enthalten aber auch die Ergebnisse von Prüfungen im Besteuerungsverfahren.

Aufgrund der Ermittlungen der Steuerfahndungsdienste wurden Geldbußen, Geldstrafen und Geldbeträge nach § 153 a StPO rechtskräftig festgesetzt:

Jahr	Betrag	Veränderung gegenüber Vorjahr	Geldstrafen Betrag	Veränderung gegenüber Vorjahr	Geldbeträge nach 153a StPO	Veränderung gegenüber Vorjahr
2007	16.000 €	-93,39 v.H.	1.641.765 €	+70,66 v.H.	1.174.806 €	+18,24 v.H.
2008	40.620 €	+153,88 v.H.	1.054.375 €	-35,78 v.H.	1.044.027 €	-11,13 v.H.
2009	11.900 €	-70,70 v.H.	2.131.075 €	+102,12 v.H.	1.520.857 €	+45,67 v.H.
2010	182.350 €	+1.432,35 v.H.	1.302.020 €	-38,90 v.H.	1.695.925 €	+11,51 v.H.
2011	106.000 €	-41,87 v.H.	1.068.960 €	-17,90 v.H.	1.298.678 €	-23,42 v.H.

Außerdem führten die Ermittlungen zur Verhängung von Freiheitsstrafen:

Jahr	Zeitraum (Jahre/Monate)	Veränderung gegenüber Vorjahr
2007	104/02	+20,40 v.H.
2008	77/02	-25,92 v.H.
2009	94/02	+22,03 v.H.
2010	94/02	+/-0,00 v.H.
2011	93/10	-0,35 v.H.

Ein Zusammenhang zwischen den im Jahre 2011 rechtskräftig abgeschlossenen Straf- und Bußgeldverfahren und den rechtskräftig festgesetzten Strafen und Geldbußen einerseits und den im selben Jahr rechtskräftig gewordenen Mehrsteuern andererseits besteht nicht, da die Mehrsteuern auch frühere Jahre betreffen können.

Ergebnisse der Bußgeld- und Strafsachenbearbeitung

Zusammenstellung der von den Bußgeld- und Strafsachenstellen im Jahr 2011 und in den vier davor liegenden Jahren bearbeiteten Vorgängen:

Eingegangene Meldungen

Jahr	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr
2007	7.152	+2,26 v.H.
2008	8.918	+24,69 v.H.
2009	8.184	-8,23 v.H.
2010	10.919	+33,42 v.H.
2011	8.796	-19,44 v.H.

Strafprozessuale Maßnahmen der Bußgeld- und Strafsachenstellen

Eingeleitete Strafverfahren

Jahr	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr
2007	2.508	-4,24 v.H.
2008	3.035	+21,01 v.H.
2009	3.328	+9,65 v.H.
2010	5.771	+73,41 v.H.
2011	4.215	-26,96 v.H.

Der Anstieg in den Jahren 2010 und 2011 ist insbesondere durch die eingegangenen Selbstanzeigen zu Kapitaleinkünften begründet. Dies gilt auch für die nachfolgenden Übersichten.

Abgeschlossene Strafverfahren

Jahr	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr
2007	2.595	-11,01 v.H.
2008	2.728	+5,13 v.H.
2009	3.100	+13,64 v.H.
2010	4.218	+36,06 v.H.
2011	4.757	+12,78 v.H.

Nach § 170 Abs. 2 StPO eingestellte Strafverfahren aufgrund von Selbstanzeigen

Jahr	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr
2007	109	-37,36 v.H.
2008	109	+/- 0 v.H.
2009	425	+289,91 v.H.
2010	1.206	+183,76 v.H.
2011	1.297	+7,55 v.H.

Nach § 153 a StPO eingestellte Verfahren

Jahr	Eingestellte Verfahren	Veränderung gegenüber Vorjahr	Geldbeträge nach § 153a StPO	Veränderung gegenüber Vorjahr
2007	1.016	-8,80 v.H.	2.022.679 €	+9,18 v.H.
2008	1.071	+5,41 v.H.	1.964.250 €	-2,89 v.H.
2009	1.079	+0,75 v.H.	2.030.865 €	+3,39 v.H.
2010	1.206	+11,77 v.H.	2.314.560 €	+13,97 v.H.
2011	1.314	8,96 v.H.	2.355.216 €	+1,76 v.H.

Beantragte Strafbefehle und Abgaben an die Staatsanwaltschaft

Jahr	Strafbefehle Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr	Abgaben an die Staatsanwaltschaft Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr
2007	156	-18,32 v.H.	379	-20,04 v.H.
2008	162	+3,85 v.H.	412	+8,71 v.H.
2009	164	+1,23 v.H.	409	+1,23 v.H.
2010	213	+29,88 v.H.	500	+29,88 v.H.
2011	206	-3,29 v.H.	454	-3,29 v.H.

Bußgeldfestsetzungen und Urteile

wegen leichtfertiger Steuerverkürzung, Steuergefährdung und Gefährdung von Abzugsteuern

Jahr	Anzahl Bußgeldbescheide	Veränderung gegenüber Vorjahr	Verhängte Geldbußen	Veränderung gegenüber Vorjahr
2007	52	+92,59 v.H.	59.443 €	+39,55 v.H.
2008	51	-1,92 v.H.	68.720 €	+15,61 v.H.
2009	79	+54,90 v.H.	64.308 €	-6,42 v.H.
2010	35	-55,70 v.H.	91.830 €	+42,80 v.H.
2011	61	+74,29 v.H.	81.831 €	-10,89 v.H.

Bußgelder gegen juristische Personen und Personenvereinigungen (§ 30 OWiG) und wegen der Verletzung der Aufsichtspflicht in Betrieben und Unternehmen (§ 130 OWiG)

Jahr	Anzahl Bußgeldbescheide	Veränderung gegenüber Vorjahr	Verhängte Geldbußen	Veränderung gegenüber Vorjahr
2007	0	+/- 0,00 v.H.	0 €	+/- 0,00 v.H.
2008	0	+/- 0,00 v.H.	0 €	+/- 0,00 v.H.
2009	1	--	2.850 €	--
2010	1	+/- 0,00 v.H.	6.000 €	+110,53 v.H.
2011	2	+100,00 v.H.	80.000 €	+1.233,33 v.H.

Straferkenntnisse wegen Steuerhinterziehung

Geldstrafen

Jahr	Zahl der Tagessätze	Veränderung gegenüber Vorjahr	Betrag der Geldstrafe in Euro	Veränderung gegenüber Vorjahr
2007	38.651	-15,94 v.H.	1.448.482	-9,06 v.H.
2008	40.935	+5,91 v.H.	1.476.244	+1,92 v.H.
2009	40.929	-0,01 v.H.	2.518.098	+70,57 v.H.
2010	42.489	+3,81 v.H.	1.548.907	-38,49 v.H.
2011	49.185	+15,76 v.H.	1.968.150	+27,07 v.H.

Gesamtdauer der rechtskräftig verhängten Freiheitsstrafen wegen Steuerhinterziehung

Jahr	Dauer J/M	Veränderung gegenüber Vorjahr
2007	107/01	-19,28 v.H.
2008	90/07	-15,41 v.H.
2009	80/10	-10,76 v.H.
2010	115/05	+42,78 v.H.
2011	142/03	+23,25 v.H.

STEUERPRÜFUNG

Aus- und Fortbildung

In 2011 wurden in 31 Fortbildungsveranstaltungen für insgesamt 438 teilnehmende Steuerfahndungsprüfer und Sachbearbeiter der Bußgeld- und Strafsachenstellen durchgeführt.

18 Seminare fanden im Rahmen des steuerstrafrechtlichen Ausbildungsverbundes Süddeutscher Oberfinanzdirektionen statt, dem neben Rheinland-Pfalz die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen angehören. Bei sechs dieser Veranstaltungen lag die Organisation und Durchführung bei der Oberfinanzdirektion Koblenz.

UMSATZSTEUERBETRUGSBEKÄMPFUNG ALS QUERSCHNITTAUFGABE DER REFERATE STEUERFAHNDUNG UND UMSATZSTEUER

Die Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs ist eine Querschnittsaufgabe der Referate St 43 (Steuerfahndung) und St 44 (Umsatzsteuer). Die Aufgabe wird wahrgenommen durch die Zentralstelle für Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung bei der OFD Koblenz, in der unter Federführung des Steuerfahndungsreferats Sachbearbeiter aus beiden Referaten zusammenarbeiten. Die Zentralstelle ist zuständig für die Außenkontakte zu anderen Ländern und dem Bund sowie die landesweite Koordinierung der Aktivitäten der Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung.

Das Umsatzsteuerreferat betreut federführend die Fortbildung von Prüfern aus den Bereichen BP, Steuerfahndung und Umsatzsteuersonderprüfern (Fallstudie Rotenburger) sowie die Datenbank Zauber.

Das Steuerfahndungsreferat sammelt und koordiniert u.a. die Kontakte zur „Koordinationsstelle für Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung durch Sonderprüfung und Steuerfahndung (KUSS)“ beim Bundeszentralamt für Steuern.

Das operative Geschäft der Fallbearbeitung wird von den Umsatzsteuersonderprüfern in den Finanzämtern sowie den aus Steuerfahnder und Umsatzsteuersonderprüfern zusammengesetzten „Operativen-Ermittlungs-Teams (OET)“ wahrgenommen.

Bundeseinheitliche Fallstudie Rotenburger

Seit 2008 werden die rheinland-pfälzischen Betriebsprüfer und Umsatzsteuer-Sonderprüfer im Rahmen einer einwöchigen Fortbildungsveranstaltung an Hand dieser Fallstudie frühzeitig für typische Betrugsmuster sensibilisiert.

In 2011 konnte die Fallstudie in der neuen Version II einmal in der Jugendherberge Kaub durchgeführt werden. Nach der Evaluierung der Seminarbeurteilungen zählt die Fallstudie Rotenburger wieder zu der bestbewerteten Fortbildungsveranstaltung im Bereich der Umsatzsteuer. Neben der Bildung von gemischten Prüfer-Teams, bestehend aus je einem Betriebsprüfer und Umsatzsteuer-Sonderprüfer und der guten Teambetreuung werden die positiven Rahmenbedingungen an den externen Fortbildungseinrichtungen (z. B. Jugendherbergen) von den Teilnehmern hervorgehoben. Seit Herbst 2009 werden die Fallstudien Düssel und Rotenburger nur noch in kostengünstigen Fortbildungseinrichtungen durchgeführt, die neben der Vollverpflegung und Unterbringung auch den Erfahrungsaustausch fördern.

Datenbank Zauber

Programmänderungen

Das Online-Verfahren des Bundeszentralamts für Steuern hat im Jahre 2011 mit der Programmversion 7.40 im Wesentlichen zwei Programmanpassungen erfahren.

- Die Fallgruppe „**Mehrergebnis**“, in der Fälle mit einem festgestellten umsatzsteuerlichen Mehrergebnis von mehr als 25.000 Euro je Prüfungsfall eingestellt wurden, wird unter Berücksichtigung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses **nicht mehr fortgeführt**.

Die Suche nach den in der Datenbank bereits gespeicherten Mehrergebnisfällen ist mit dem entsprechenden Suchkriterium unter „Klassifizierung“ möglich.

- **Die Bemessungsgrundlage bei grenzüberschreitenden Kfz-Lieferungen**, die bei Außenprüfungen festgestellt werden und als Fall in die Fallgruppe K eingegeben werden sollen (ausgenommen Lieferungen der Kfz-Hersteller und Fälle der Fahrzeugeinzelbesteuerung [§ 1b UStG]), **wird von 5.000 Euro auf 15.000 Euro pro Fahrzeug erhöht.**

Nutzung der Datenbank ZAUBER

Quartal	aktive Benutzer	zugel. Benutzer	Anmeldungen (Login)	Suche mit Treffer	Suche ohne Treffer	Lesezugriffe auf Fallebene	Neuaufnahmen Fälle	Änderungen Fälle
I/2011	551	3.889	3.852	2.815	6.041	4.492	158	457
II/2011	512	3.909	3.515	2.196	5.327	3.407	185	417
III/2011	530	3.921	3.652	2.107	6.153	3.817	118	360
IV/2011	520	3.951	3.460	2.480	5.691	3.921	79	563
Summe			14.479	9.598	23.212	15.637	540	1.797
Vergleich auf Bundesebene								
Bund			457.873	257.228	830.535	413.525	15.776	44.675
Anteil RLP			3,16 %	3,73 %	2,79 %	3,78 %	3,42 %	4,02 %

Eingegebene Fälle in die Datenbank ZAUBER

Quartal	eingegebene Fälle	allgemeine Betrugsfälle	Scheinrechnungen	Kfz-Fälle	Scheinunternehmen	Mehrergebnisfälle	Gründungs-täter
I/2011	158	25	9	12	98	19	1
II/2011	185	29	9	5	146	0	1
III/2011	118	38	7	6	76	0	0
IV/2011	79	32	6	4	44	0	0
Summe	540	124	31	27	364	19	2
Vergleich auf Bundesebene							
Bund	15.776	6.660	673	778	8.444	329	26
Anteil RLP	3,42 %	1,86 %	4,61 %	3,47 %	4,31 %	5,78 %	7,69 %

Die Statistiken zur Datenbank Zauber werden jedes Quartal auf der Zauber-Startseite und im Intranet der OFD Koblenz eingestellt.

Länderübergreifende Zusammenarbeit im Rahmen des KUSS-Konzepts

Aus der Statistik der zentralen Stelle zur Koordinierung der Prüfungsmaßnahmen der Länder im Bereich der Umsatzsteuer (KUSS), die leider erst für 2010 vorliegt, ergeben sich aus Sicht des Bundes für Rheinland-Pfalz folgende Fallmeldungen:

Falleingänge (01.01.2010 – 31.12.2010)

	Koordinierungs-fälle	Unterrichtungs-fälle	Summe der gemeldeten Fälle	Anteil USt-Sopr	Anteil Steufa
Bund	495	215	710	458	178
Anteil RLP Fälle	26	17	43	14	29
Anteil RLP in %	5,25	7,91	6,06	3,06	16,29

Aufteilung der Falleingänge

	länder- und staaten- übergreifende Koordinierung	länderüber- greifende Koordinierung	staatenübergreifende Koordinierung	gesamt
Bund	210	302	198	710
Anteil RLP Fälle	12	22	9	43
Anteil RLP in %	5,71	7,28	4,55	6,06

Ergebnisse der OET

Die von den anderen Bundesländern über die KUSS geleiteten Überprüfungsfälle werden in Rheinland-Pfalz von den Operativen Ermittlungs-Teams (OET) zur Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung sowie von den Umsatzsteuersonderprüfern bearbeitet. Die von den OET bearbeiteten KUSS-Fälle sind in der nachfolgenden Aufstellung enthalten:

OET beim Finanzamt	Gesamteingang seit Gründung	Eingang 2011	Abschluss 2011	Mehrergebnis	Tatsächlich vorhandene Prüfer 31.12.
Kaiserslautern	195	47	15	2.113 T€	1,75
Koblenz	678	109	50	8.424 T€	1,90
Mainz-Süd	308	86	18	1.422 T€	0,87
Neustadt	343	68	39	4.565 T€	1,83
Trier	299	45	37	4.228 T€	1,87
OFD Koblenz	1.823	355	159	20.754 T€	8,22

UMSATZSTEUER



Fallzahl - Entwicklung

Besteuerungszeitraum	Stichtag	Zahl der Fälle	(gegenüber Vorjahr)	
			+/-	in %
2009	31.12.2010	285.121	+2.637	+0,93
2010	31.12.2011	291.995	+6.874	+2,41

Im Fünfjahresvergleich ist die Zahl der Umsatzsteuerfälle (von 276.815 auf 291.995) um 15.180 = rd. 5,48 % gegenüber 2006 angestiegen.

Entwicklung des Umsatzsteueraufkommens im Dreijahresvergleich

Haushaltsjahr	Betrag	(gegenüber Vorjahr)	
		+/-	in %
2009	5.475.364.778,24 €	+351.922.745,71 €	+6,87 %
2010	5.318.321.566,53 €	-157.043.211,64 €	-2,95 %
2011	5.291.604.903,76 €	-26.716.662,77 €	-0,50 %

Umsatzsteuer-Sonderprüfung

	2010	2011
Anzahl der durchgeführten Prüfungen	6.657	6.403
Gesamtergebnis in Euro	140.950.828	93.971.051
Durchschnittliches Mehrergebnis je Prüfung in Euro	21.173	14.676
Zahl der im Kalenderjahr vorhandenen USt-Sonderprüfer	110	106
Durchschnittliches Mehrergebnis je Prüfer in Euro	1.282.070	884.433
nachrichtlich:		
durchgeführte Umsatzsteuer-Nachschaun	1.571	1.473
Prüfungsergebnis in Euro	7.261.852	5.039.936

Aus- und Fortbildung

Der Vorrang der Arbeiten lag - wie in den Vorjahren - bei der Aus- und Fortbildung. Fortbildungen wurden für die Umsatzsteuer-Sonderprüfung, die Umsatzsteuerstellen, die USt-Hauptsachgebietsleiter und USt-Hauptsachbearbeiter sowie für die Betriebsprüfung und die Steuerfahndung durchgeführt. Insgesamt wurden **für 563 Bedienstete an 63 Fortbildungstagen 29 Fortbildungen** durch das Umsatzsteuer-Referat organisiert und durchgeführt. Schwerpunkte der Fortbildung lagen bei der Vermittlung von

Umsatzsteuerwissen im Rahmen von mehrtägigen Fallstudien (Düssel und Rotenburger) sowie im Bereich des Datenzugriffs.

An den Veranstaltungen haben zusätzlich **54 Bedienstete** aus anderen Bundesländern (Saarland, Hessen) sowie aus dem Bereich der Zollverwaltung und des Finanzgerichts teilgenommen.

Dabei zeichnet sich insbesondere die Fortbildungsveranstaltung „Aktuelle Fragen des Umsatzsteuerrechts für den Außendienst“ durch die Beteiligung eines breiten Teilnehmerforums über mehrere Entscheidungsebenen als besonders wertvoll aus. Neben Finanzrichtern des 6. Senats des Finanzgerichts Rheinland-Pfalz (RLP) - Umsatzsteuer-Senat - haben auch Vertreterinnen der Prozessvertretung sowie Vertreter des Umsatzsteuer-Referats des Finanzministeriums RLP an dieser Fortbildungsveranstaltung, die schwerpunktmäßig für Umsatzsteuer-Sonderprüfer konzipiert ist, teilgenommen. So konnte ein besonders intensiver Meinungs- und Erfahrungsaustausch auf kurzem Wege erreicht werden.

Bedienstete des Umsatzsteuer-Referats haben zudem in Kooperation mit der saarländischen Finanzverwaltung bei einer Fortbildungsveranstaltung im Saarland referiert sowie fachübergreifend bei Fortbildungsveranstaltungen im Bereich der Betriebsprüfung, der Körperschaftsteuer, der Besteuerung der Personengesellschaften, der Land- und Forstwirtschaft und bei Workshops zur Umsatzsteuer-Betrugsbekämpfung mitgewirkt.

Amtshilfe Umsatzsteuer

Direkte Amtshilfe

Durch die Ausdehnung der direkten Amtshilfe in Umsatzsteuer-Sachen auf die Interrégion Est in Frankreich, das Königreich Belgien sowie das Großherzogtum Luxemburg werden regelmäßig **bilaterale Sitzungen** der begleitenden Arbeitsgruppen im Bereich der zwischenstaatlichen Amtshilfe durchgeführt.

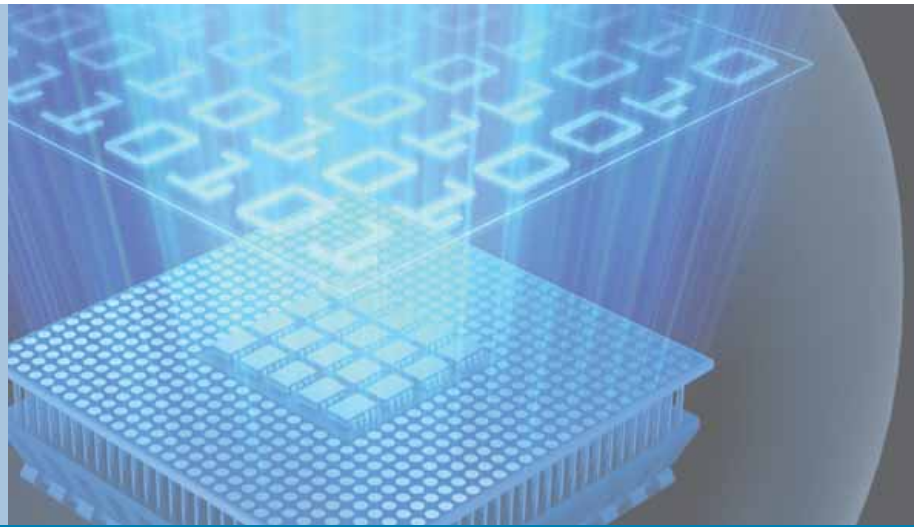
Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich haben im Jahr 2000 bzw. in 2003 einen direkten Auskunftsverkehr zwischen den beiden Staaten im Bereich der Umsatzsteuer und Ertragsteuern beschlossen. Auf deutscher Seite nehmen die Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz sowie das Saarland teil; auf französischer Seite vierzehn ostfranzösische Departements (Interrégion Est).

Auf der Grundlage dieser Abkommen fand im Mai 2011 die turnusmäßige Amtshilfe-tagung zwischen den Vertretern der deutschen und französischen Finanzverwaltung in Saarbrücken statt. Bei einem weiteren Treffen im Oktober 2011 in Straßburg wurden zudem Möglichkeiten einer Vertiefung der direkten Zusammenarbeit erörtert.

Auf rheinland-pfälzischer Seite nahmen Vertreter der Fachreferate der Oberfinanzdirektion Koblenz sowie Sachgebietsleiter und ein Sachbearbeiter des Finanzamts Trier an den Tagungen teil.

Multilaterale Prüfungen im Rahmen des FISCALIS-Programms

FISCALIS ist ein von der EU finanziertes Kooperationsprogramm zum steuerlichen Informations- und Erfahrungsaustausch. Auf der Rechtsgrundlage der Verordnung (EG) Nr. 1798/2003 des Rates vom 7. Oktober 2003 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer hat ein Bediensteter der Umsatzsteuer-Sonderprüfung des Finanzamts Altenkirchen-Hachenburg eine multilaterale Prüfung unter Beteiligung der Länder Spanien, Frankreich, Luxemburg, Rumänien und Deutschland beantragt. Weiterhin wurden eine bilaterale Prüfung mit Frankreich und eine bilaterale Prüfung unter Beteiligung von Kollegen der niederländischen Finanzverwaltung durchgeführt.



Zentrale Datenverarbeitung der Finanzverwaltung (ZDFin)

PROJEKT- UND AUFTRAGSMANAGEMENT IN DER ZDFIN

Seit November 2007 werden alle IT-Anforderungen an die ZDFin und die daraus resultierenden Aufträge, Projekte und Routinen im Projekt- und Auftragsbüro (PAB) der ZDFin verwaltet und dort auch das Projektcontrolling betrieben.

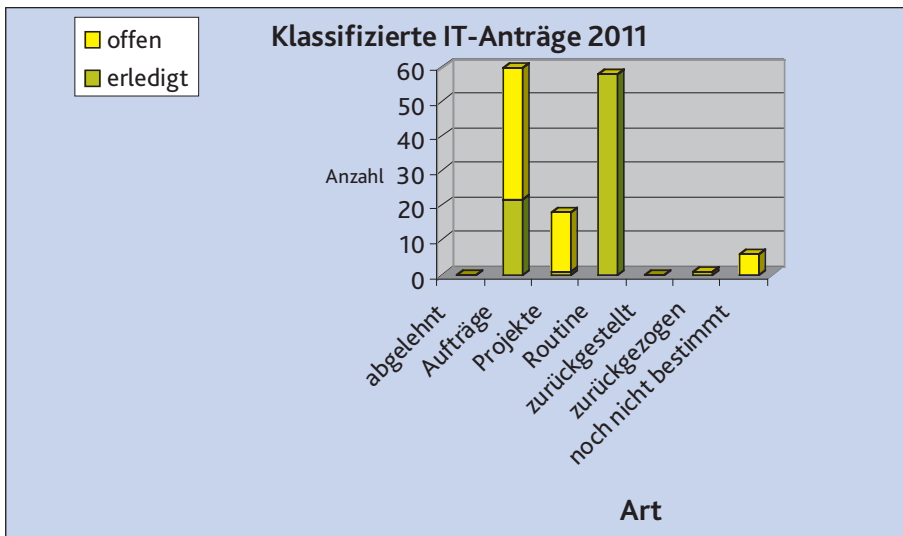
Die IT-Anforderungen von IT-Kunden werden vom Projekt- und Auftragsbüro in drei Stufen klassifiziert:

- **Routinetätigkeiten** sind definierte IT-Prozesse, die i.d.R. ohne Unterbrechung und ohne Abstimmungsaufwand von einer Person abgearbeitet werden können.
- Ein **Auftrag** ist ein Vorhaben, das aus den Routinetätigkeiten herausragt, das aber nicht die Kriterien eines Projekts erfüllt.
- Ein **Projekt** ist ein Vorhaben, das sich von Routinetätigkeiten und von Aufträgen durch bestimmte Kriterien, insbesondere hohe Dauer, Komplexität und Abstimmungsaufwand, unterscheidet.

Im Projekt- und Auftragsbüro (PAB) gingen im Jahr 2011 insgesamt 143 Anträge auf IT-Anforderung ein.

Von diesen wurden

■ 0 Anträge abgelehnt	(0%)			
■ 1 Antrag zurückgezogen	(1%),	davon erledigt	1	(100%)
■ 0 Anträge zurückgestellt	(0%)			
■ 58 Anträge als Routine eingestuft	(40%),	davon erledigt	58	(100%)
■ 60 Anträge zu Aufträgen klassifiziert	(42%),	davon erledigt	22	(37%)
■ 18 Anträge zu Projekten klassifiziert	(12%),	davon erledigt	1	(5%)
■ 6 Anträge noch nicht klassifiziert	(4%),	davon erledigt	0	(0%)
insges. 143 Anträge	(100%),	davon erledigt	82	(57%)



Aufträge

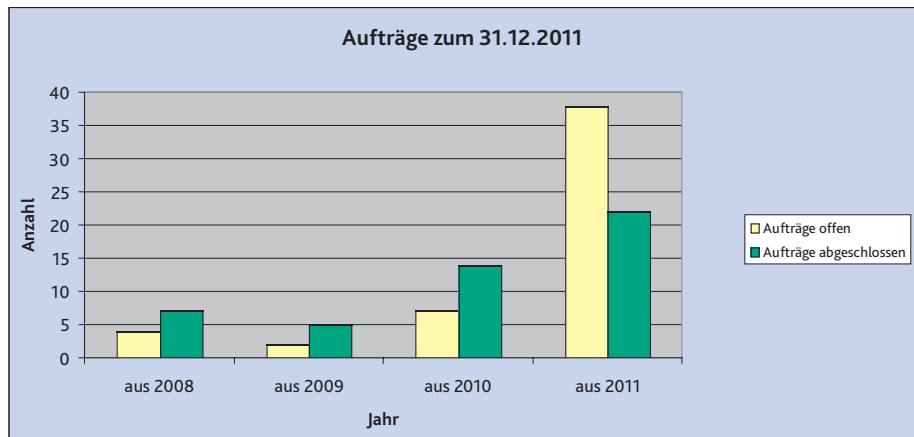
Aus den vor 2011 eingegangenen und als Aufträgen klassifizierten IT-Anträgen waren zum 31.12.2010 34 Aufträge noch nicht abgeschlossen. Zusammen mit den im Jahr 2011 65 neu klassifizierten Aufträgen konnten 48 Aufträge abgeschlossen werden, 51 Aufträge waren zum Stand 31.12.2011 noch in Bearbeitung und damit offen.

Stand Aufträge am 31.12.2010

Stand	Referat	aus Jahr	Aufträge offen	Aufträge abgeschlossen	Summe
31.12.2010	Gesamt		34	44	78
+ neu hinzu im Jahr 2011			65		
= zu bearbeiten			99		

Übersicht zum 31.12.2011 über Aufträge

Stand	Referat	aus Jahr	Aufträge offen	Aufträge abgeschlossen	Summe
31.12.2011	Gesamt	aus 2008	4	7	11
31.12.2011	Gesamt	aus 2009	2	5	7
31.12.2011	Gesamt	aus 2010	7	14	21
31.12.2011	Gesamt	aus 2011	38	11	60
31.12.2011	Gesamt		51	48	99



Projekte

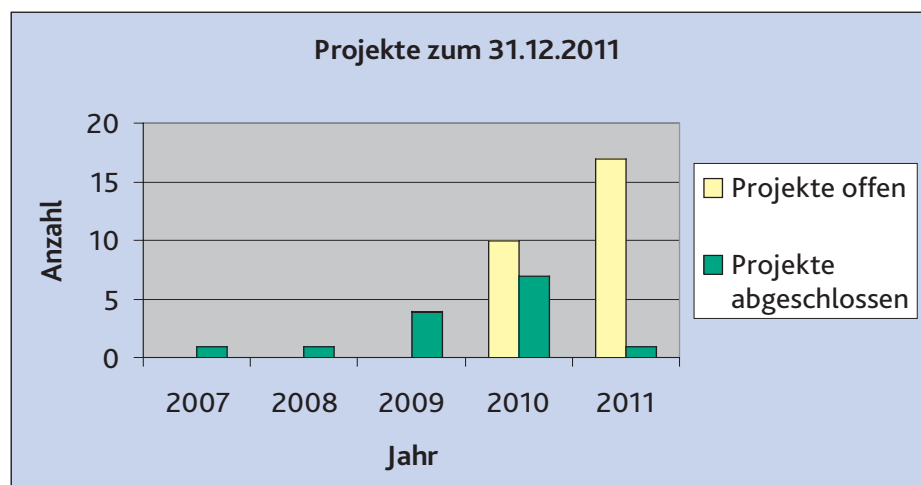
Aus den vor 2011 eingegangenen und als Projekten klassifizierten IT-Anträgen waren zum 31.12.2010 22 Projekte noch nicht abgeschlossen. Zusammen mit den im Jahr 2011 18 neu klassifizierten Projekten konnten 14 Projekte abgeschlossen werden, 27 Projekte waren zum Stand 31.12.2011 noch in Bearbeitung und damit offen.

Stand Projekte am 31.12.2010

Stand	Referat	aus Jahr	Projekte offen	Projekte abgeschlossen	Summe
31.12.2010	Gesamt		22	14	36
+ neu hinzu im Jahr 2011			18		
= zu bearbeiten			40		

Übersicht zum 31.12.2011 über Projekte

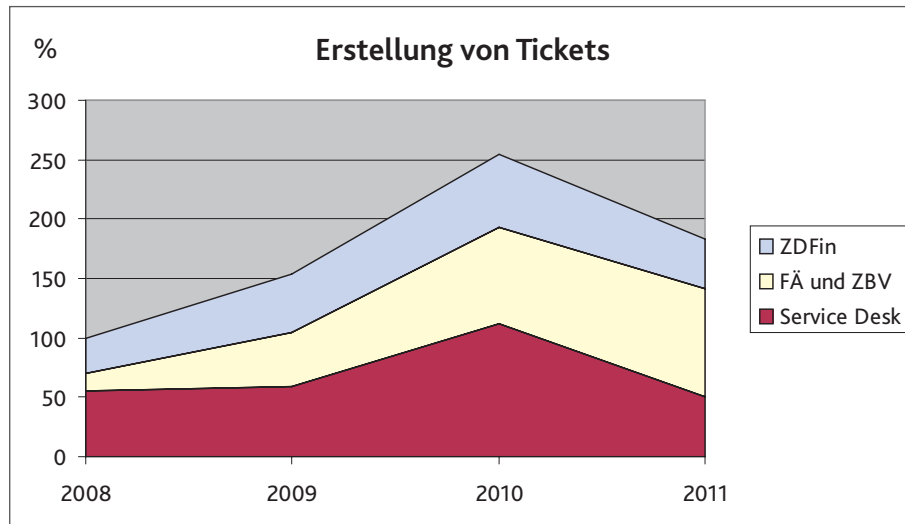
Stand	Referat	aus Jahr	Projekte offen	Projekte abgeschlossen	Summe
31.12.2011	Gesamt	aus 2007	0	1	1
31.12.2011	Gesamt	aus 2008	0	1	1
31.12.2011	Gesamt	aus 2009	0	4	4
31.12.2011	Gesamt	aus 2010	10	7	17
31.12.2011	Gesamt	aus 2011	17	1	18
31.12.2011	Gesamt		27	14	41



SERVICE-DESK DER ZDFIN

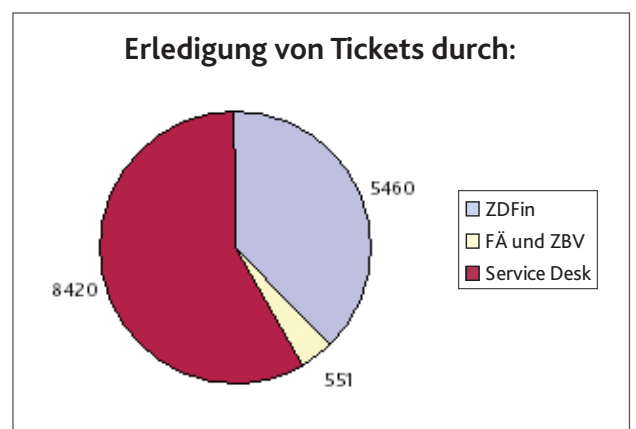
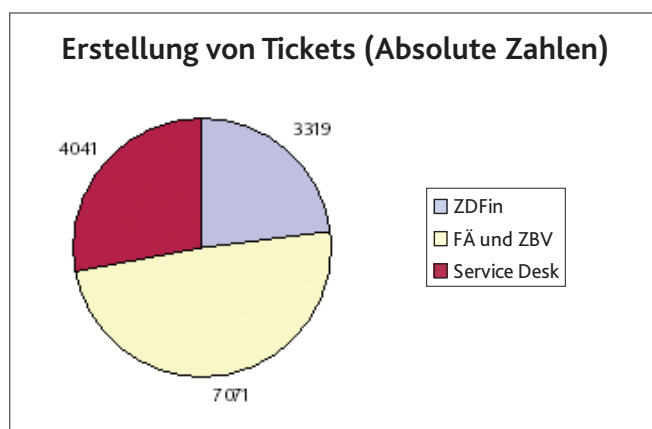
Im Jahr 2011 hat es zwei signifikante Änderungen der Kennzahlen gegeben.

Zum einen ist die Anzahl der jährlichen Tickets insgesamt um ca. 3500 niedriger als im Vorjahr. Berücksichtigt man allerdings die Menge der zusätzlichen Anfragen in den ersten Wochen des Umstiegs auf EOSS im Juni 2010 und zieht sie von der Jahressumme ab, so ergibt sich sogar eine leichte Steigerung.



Die zweite Änderung betrifft die Erstellung der Tickets. Wurde 2010 noch mehr als die Hälfte der Tickets vom Service Desk angelegt, so wurden 2011 die weitaus größere Anzahl Tickets von den Kollegen in den ADV-Stellen erstellt.

Diese Entwicklung lässt sich dadurch erklären, dass die ADV-Stellen den Service Desk als „first level support“ abgelöst haben und sich der Service Desk mehr und mehr zum „second level support“ entwickelt und primär nur noch für den Bereich der OFD die erste Anlaufstelle ist.



Bei der Erledigung von Tickets haben sich gegenüber 2010 keine größeren Verschiebungen ergeben.

Anwendung zur Durchführung von Vergabeverfahren im Nicht-IT-Bereich

Die ZDFin hat im Auftrag des Haushaltsreferats für das europaweite und nationale Vergabeverfahren eine Anwendung programmiert, die einheitliche Vergabevermerke und eine Vergabedatei zur Verfügung stellt. Bis zum Jahresende wurde die Anwendung für die Vergaben der OFD getestet und ab 2012 wird sie landesweit auch bei allen Ämtern eingesetzt.

Mit der Einführung dieses datenbankgestützten Programms werden einheitliche Vorgaben und Vorlagen zur Verfügung gestellt, so dass sichergestellt ist, dass die Dokumentation der Vergabeverfahren den gesetzlichen Grundlagen entspricht.

Die Vergaben erfolgen dezentral für jedes Amt. Mit dem landesweiten Einsatz der Anwendung werden alle Vergaben und deren Ergebnisse in der Datenbank Controlling erfasst. Dadurch wird eine landesweite Übersicht über die Vergabeverfahren ermöglicht und dient damit dem Haushaltsreferat als Grundlage für Einsparungen.

Information zur Einführung von UNIFA-Office 2007

Zum 01.03.2012 wird in UNIFA ein Umstieg von Microsoft Office XP auf Microsoft Office 2007 erfolgen. Dieses Office Release ist zwingend erforderlich, da für Office XP von Bayern ab der Unifa Version 5.4 der Support eingestellt wird.

Durch die umfangreichen Änderungen der Word-Oberfläche ist die Schulung aller Anwender in der Finanzverwaltung RLP notwendig. Um diesen Schulungsaufwand bewältigen zu können, wurden in den einzelnen Ämtern ca. 135 Multiplikatoren gewonnen, die in einer 2-tägigen Schulung in der OFD Koblenz und an der FHFIn Edenkoben von Sachbearbeitern des Ausbildungsteams, PC qualifiziert werden. Ab Ende Januar werden die Multiplikatoren die Anwenderschulungen vor Ort in den Ämtern durchführen.

Zum Anwenderkonzept gehört eine verpflichtende eintägige Schulung, gesplittet in je einen ½ Tag vor und einen ½ Tag nach der Migration.

Für interessierte Kollegen der OFD sind ab Ende Januar, zunächst in einem Zeitraum von 14 Tagen, eintägige Schulungen geplant. Sie können sich über IPEMA LSO (siehe Seite 24) zu den Seminaren anmelden.

EINFÜHRUNG DES LASTSCHRIFTRÜCKLÄUFERVERFAHRENS IN RHEINLAND-PFALZ

Bearbeiter der Finanzkassen werden durch die maschinelle Verarbeitung der Lastschriftrückläufer entlastet

Nach einem Monat Pilotierung in der Finanzkasse Daun wurde das maschinelle Lastschriftrückläuferverfahren am 09.05.2011 landesweit eingesetzt. Damit verbunden war ein Wechsel der Rückläuferbankverbindung von einem Konto der Bundesbank auf ein Konto der Landesbank. Anstelle von ausgedruckten Einzelnachweisen liefert die Landesbank seither einen elektronischen Datenbestand.

Das maschinelle Verfahren sucht zu jedem Rückläufer eine entsprechende Gutschrift aus dem Lastschrifteinzug. Bei erfolgreicher Zuordnung werden Buchungsdatensätze erzeugt, die die Rücklastschrift und die Rückstände im Speicherkonto ablegen.

Bei Rückläufergründen, die vom Steuerpflichtigen zu vertreten sind, ergeht zusätzlich eine besondere Mahnung. In dieser wird der Steuerpflichtige gebeten, die gegenüber dem Finanzamt angegebenen Bankverbindung zu überprüfen, weil ein Lastschrifteinzug fehlgeschlagen ist. Außerdem wird er aufgefordert, die in der Mahnung aufgeführ-

ten Beträge umgehend zu bezahlen, weil diese trotz gewährten Lastschriftinzugs nicht mehr eingezogen werden.

Rückläufergründe, die der Steuerpflichtige voraussichtlich nicht zu vertreten hat, führen zum Setzen eines sogenannten VT-Sperrvermerks. Dieser ermöglicht es der Finanzkasse die Gründe, die zur Rücklastschrift geführt haben, zu beseitigen, damit künftige Beträge erfolgreich eingezogen werden können.

Die anfallenden Gebühren und Beträge, die ausnahmsweise keinem Lastschriftinzug zugeordnet werden können, werden auf Vorschusskonten gebucht.

Die personalintensive Bearbeitung der nur in Papierform vorliegenden Einzelnachweise kann auf diese Weise fast vollständig entfallen, was zu einer spürbaren Entlastung in den Finanzkassen führt.

Im ersten Monat seit Verfahrensbeginn konnten von 10.381 gelieferten Lastschrifttrükläufers mit einem Betrag über 13.484.000 € 10.114 maschinell gebucht werden. Das entspricht einer Quote von 97,4 %. Dabei wurden 9.938 besondere Mahnungen und 175 „VT-Sperrvermerke“ erzeugt.

EINFÜHRUNG DER KONSENS DATENBANK FÜR RECHTSBEHELFE (DB-Rb)

Die Einführung der KONSENS Datenbank für Rechtsbehelfe (kurz: DB-Rb) wurde aus dem EOSS-Projekt heraus in ein eigenes Projekt überführt. Die DB-Rb wurde zunächst ab 09/2011 pilotiert und wird ab dem 07.12.2011 für alle Bereiche - außer den Bewertungsstellen - eingesetzt. Die Bewertungs-Rechtsbehelfe werden weiterhin in der DAVID-Datei RBL geführt. Die Pilotierung fand in den Finanzämtern Montabaur-Diez und Koblenz statt.

Die Einführung der DB-Rb beinhaltet auch die Überführung sämtlicher in der DAVID-Datei RBL bestehenden rechtlich offenen Rechtsbehelfe in die neue Datenbank.

Die Einführung der DB-Rb erforderte eine EDV-Schulung, welche im Multiplikatorenmodell erfolgte. Insgesamt wurden ca. 60 Multiplikatoren durch die OFD geschult.

Für das Projekt wurden 518 Projekttagge eingeplant und es waren insgesamt 40 Personen am Projekt beteiligt (davon 24 fest als Projektmitarbeiter, acht Kollegen aus anderen Bundesländern und die übrigen im Rahmen ihrer Linienarbeit).

ABGLEICH DER DATENBESTÄNDE ZWISCHEN DEN KFZ-ZULASSUNGSBEHÖRDEN UND DER FINANZVERWALTUNG

Täglich gehen in der ZDFin mehrere tausend Datensätze der Zulassungsbehörden ein, die zu Neuanmeldungen, Ummeldungen, Abmeldungen oder sonstigen Änderungen führen. Die Verarbeitung der Daten erfolgt vollmaschinell, und nur in Hinweisfällen muss der Bearbeiter im Finanzamt tätig werden. Der Übertragungsweg Zulassungsbehörde – Finanzverwaltung wird maschinell überwacht, so dass es eigentlich keine Unterschiede in den Beständen geben dürfte.

Dennoch kann es aufgrund von Datenübermittlungsfehlern sowie personellen Eingaben zu Abweichungen kommen hinsichtlich der Besteuerungsgrundlagen, aber auch bei der Frage des Beginns bzw. des Endes der Steuerpflicht.

Im Hinblick auf die zum 01.07.2014 anstehende Übernahme der Zuständigkeit der Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer durch die Zollverwaltung wurde nun von der ZDFin in Zusammenarbeit mit den Softwareanbietern der Zulassungsbehörden (dies sind in Rheinland-Pfalz der Landesbetrieb Daten und Information (LDI) und die Firma Telecomputer) ein Bestandsabgleich durchgeführt. Da dies erstmalig unter EOSS-Bedingungen geschehen musste, war der Testaufwand erheblich.

Die tatsächliche Durchführung erstreckte sich wegen der großen Datenmenge (mehr als 3 Mio. Speicherkonten) von August bis Oktober und musste für jedes der 12 betroffenen Finanzämter separat erfolgen.

Bis Mitte 2012 sind die Kraftfahrzeugsteuerstellen gefordert, zusammen mit den 37 Zulassungsbehörden, die im Schnitt 2.000 Hinweise pro Finanzamt abzuarbeiten.

REIKA ZBV


REIKA ZBV (REISEKOSTENABRECHNUNG ZBV)

Verfahrensablauf

REIKA ZBV ist eine Anwendung für Dienstreisende zur Erledigung aller anfallenden Vorgänge im Zusammenhang mit Dienstreisen. Dies sind der Dienstreiseantrag, der Antrag auf Abschlagszahlung sowie die Abrechnung einer Dienstreise. Die erfassten Daten werden elektronisch an die Abrechnungsstelle übertragen. Dadurch entfällt eine Mehrfacherfassung und Datensicherheit wird gewährleistet. Ein Papierausdruck ist bis zur Realisation der elektronischen Unterschrift weiterhin erforderlich.

Die **Navigation** erfolgt über die im Menüleiste im Kopfteil von jedem Formular. Die Funktionsknöpfe haben folgende Bedeutung:

Persönliche Daten	Diese müssen von Ihnen einmalig erfasst, kontrolliert und später nur im Bedarfsfall ergänzt werden. Wichtig: Die Erstattung von Reisekosten erfolgt auf die hier gespeicherte Bankverbindung.
Antrag	Dieser Funktionsknopf dient zum Erstellen und Ausdrucken Ihres Dienstreiseantrags. Geben Sie den Antrag unterschrieben in den üblichen Geschäftsgang.
Abschlagszahlung	Dieser Menüpunkt ermöglicht die Erstellung eines Antrages auf Auszahlung eines Abschlags. Die Daten des Dienstreiseantrages werden übernommen. Geben Sie den Antrag unterschrieben in den üblichen Geschäftsgang.
Abrechnung	Dieser Funktionsknopf dient zum Erstellen, Drucken und Übermitteln der Abrechnung einer Dienstreise. Die Daten des Dienstreiseantrages werden für die Abrechnung vorgehalten. Damit müssen Sie lediglich die tatsächlichen Reisedaten neu erfassen. Geben Sie die Abrechnung ausgedruckt und unterschrieben in den üblichen Geschäftsgang. Hinweis: AUSLANDSDIENSTREISEN können zur Zeit noch nicht in diesem System abgerechnet werden.
Historie	Diese bietet eine Übersicht der übermittelten Abschlagsanträge bzw. Dienstreiseabrechnungen.



Rheinland-Pfalz
OBERFINANZDIREKTION
KOBLENZ
ZENTRALE BESOLDUNGS- UND
VERSORGUNGSSTELLE
LANDESFAMILIENKASSE

weiter

Bild der Einstiegsseite REIKA ZBV

REIKA ZBV ist das neue Reisekosten-Online Erfassungssystem der Zentralen Besoldungs- und Versorgungsstelle (ZBV).

Die Anwendung nutzt das vom LDI im Rahmen der rlp-Middleware zentral betriebene Formular-Management-System und ist somit über das Internet erreichbar.

Sie wurde entwickelt, da die ZBV als Dienstleister Reisekosten für andere Verwaltungen und Landesbetriebe von Rheinland Pfalz außerhalb der Finanzverwaltung abrechnet.

Die Abrechnungsanträge dieser Kunden erfolgten bisher in Papierform, zum Teil noch handschriftlich ausgefüllt, und mussten vom dem Bearbeiter der Reisekostenstelle ins Abrechnungssystem CARLA eingetippt werden.

Um diesen Arbeitsprozess zu optimieren entwickelte die ZDFin REIKA ZBV. Die Funktionalität entspricht dem in der Finanzverwaltung eingesetzten Intranetverfahren CARIN (CARLA im Intranet).

Die Abrechnungsdaten werden elektronisch in das Abrechnungssystem CARLA übertragen. Der Bearbeiter muss die auf diesem Weg abgerechneten Dienstreisen in CARLA nur noch freigeben bzw. bei Abweichungen vom Antrag korrigieren. Der Erfassungsaufwand fällt weg und Übertragungsfehler sind somit ausgeschlossen.

Als erster Kunde nutzt seit dem 1. Oktober 2011 der Landesbetrieb LBB mit 1.535 Bediensteten die neue Anwendung. Von Oktober bis Dezember 2011 wurden 4.887 Dienstreiseanträge, 10 Abschlagsanträge und 1.717 Abrechnungen mit REIKA ZBV erstellt.

Projekt ALIBI (Analyse zur Ablösung der IBM-Großrechneranwendungen der ZBV)

Mit der Einführung von EOSS für den Betrieb der steuerlichen Verfahren und der damit verbundenen Verlagerung der Betriebsplattform vom IBM-Großrechner auf den Siemens-Großrechner (BS2000) ist der Anteil der Steuerverwaltung bei der Nutzung der IBM-Umgebung von ca. 75% auf 45% gesunken.

Dadurch ist der Kostenanteil der Restnutzer - trotz Kosteneinsparungen im IBM-Bereich - wegen der hohen Grundkosten derartiger Großrechnersysteme erheblich gestiegen.

Dieser Kostendruck hat dazu geführt, dass der LDI seine Verfahren auf andere Verfahren bzw. Plattformen verlagert hat.

Größter verbliebener Nutzer der IBM-Umgebung ist die ZBV, deren Kostenanteil sich aufgrund dieser Entwicklung - trotz Einführung von IPEMA und dem damit verbundenen Wegfall von DAISY - in 2011 und ab 2012 mit stark steigender Tendenz erhöhen wird, zumal die ZBV für die Beihilfe- und Reisekostenabrechnung ab 2011 einziger Nutzer einer kostenintensiven speziellen Software ist.

Zur Ermittlung möglicher Kosteneinsparungen dieser verbliebenen ZBV-Großrechneranwendungen wurde im Herbst 2010 das Projekt ALIBI (Analyse zur Ablösung der IBM-Großrechneranwendungen der ZBV) auf Wunsch der ZBV in der ZDFin aufgesetzt.

Hauptziel dieses Projektes war die Prüfung, ob und wie eine Kostenreduzierung der derzeitigen IBM-Verfahren auf mindestens den Stand vor EOSS-Einführung, z. B. durch Verlagerung der Verfahren auf kostengünstigere Plattformen/Betriebsumgebungen erreicht werden kann.

Die Untersuchung selbst wurde in der ZDFin mit Unterstützung der Firmen SVA und innowake im Zeitraum Mai/Juni 2011 durchgeführt und zeitnah zum 30. Juni 2011 - wie vom Kunden ZBV gewünscht - in Form einer Ergebnisdokumentation präsentiert.

Das Projekt war insoweit in der Summe erfolgreich, dass nahezu sämtliche möglichen Lösungswege ausführlich ermittelt und betrachtet wurden, die zu einer Kostenreduzierung führen könnten.

Im Ergebnis brachte die Untersuchung jedoch hervor, dass eine Kostenreduzierung auf mindestens den Stand vor EOSS-Einführung weder durch Beibehaltung noch durch Verlagerung der Verfahren auf kostengünstigere Plattformen/Betriebsumgebungen erreicht werden kann.

Die weitere Vorgehensweise, d.h. ob und wie einer der vorgeschlagenen Lösungswege umgesetzt wird oder ob es strategische Überlegungen gibt, die eine volle oder teilweise Umsetzung zum jetzigen bzw. erst zu einem späteren Zeitpunkt rechtfertigen, liegt nun in den Händen der ZBV als Kunde.

Speyer-Germersheim

Trier

Worms-Kirchheimbolanden

Altenkirchen-Hachenburg

Bad Kreuznach

Bad Neuenahr-Ahrweiler

Bernkastel-Wittlich

Finanzamt Altenkirchen-Hachenburg

Hauptstelle:

Frankfurter Str. 21
57610 Altenkirchen

Außenstelle:

Tilmanstr. 8
57627 Hachenburg

Telefon: 0 26 81 86 - 0

Telefax: 0 26 81 86 - 10 090

Telefon: 0 26 62 94 52 - 0

Telefax: 0 26 62 94 52 10 092

E-Mail: poststelle@fa-ak.fin-rlp.de

www.finanzamt-altenkirchen-hachenburg.de



Hauptstelle in Altenkirchen

Personal

Vorsteher:	Reinhard Wetzel
Zahl der aktiven Bediensteten:	218 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	23,85 %*
Durchschnittsalter:	45,77 Jahre*
Auszubildende:	21*
Anzahl der Sachgebiete:	11
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009

* Quelle: Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2011

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Altenkirchen, vom Westerwaldkreis die Verbandsgemeinden Bad Marienberg, Hachenburg, Rennerod und Westerburg
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	223.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Liquiditätsprüfung</u> auch für das Finanzamt Neuwied

Steueraufkommen 2011 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	205.032 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	52.416 €	Kraftfahrzeugsteuer:	-
Körperschaftsteuer:	27.035 €	Übrige Steuern:	36.390 €
Umsatzsteuer:	210.737 €	Aufkommen gesamt:	531.610 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2011):*	24,8 %
--	--------

Trier

Worms-
KirchheimbolandenAltenkirchen-
Hachenburg**Bad Kreuznach**Bad Neuenahr-
AhrweilerBernkastel-
Wittlich

Bingen-Alzey

Finanzamt Bad Kreuznach

Ringstraße 10
55543 Bad KreuznachTelefon: 06 71 7 00 - 0
Telefax: 06 71 7 00 - 11772E-Mail: poststelle@fa-kh.fin-rlp.de
www.finanzamt-bad-kreuznach.de

Personal

Vorsteher:	Hans-Dieter Wirth
Zahl der aktiven Bediensteten:	189 (Kopffzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	29,63 %*
Durchschnittsalter:	47,65 Jahre*
Auszubildende:	14*
Anzahl der Sachgebiete:	9
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009

* Quelle: Elektronischer Personalbericht
für die Finanzämter, Stand 31.12.2011

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Bad Kreuznach
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	156.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<i>Betriebsprüfung Land- und Forstwirtschaft</i> auch für das Finanzamt Bingen-Alzey <i>Liquiditätsprüfung</i> auch für die Finanzämter Idar-Oberstein und Kusel-Landstuhl <i>Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige</i> auch für die Finanzämter Mainz-Mitte, Mainz-Süd, Hauptstelle Bingen des Finanzamts Bingen-Alzey <i>Bausachverständige</i> auch für die Finanzämter Bingen-Alzey, Mainz-Mitte und Mainz-Süd

Steueraufkommen 2011 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	163.170 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	45.220 €	Kraftfahrzeugsteuer:	-
Körperschaftsteuer:	16.388 €	Übrige Steuern:	27.089 €
Umsatzsteuer:	174.547 €	Aufkommen gesamt:	426.414 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2011):*	25,6 %
--	--------

- Worms-Kirchheimbolanden
- Altenkirchen-Hachenburg
- Bad Kreuznach
- Bad Neuenahr-Ahrweiler**
- Bernkastel-Wittlich
- Bingen-Alzey
- Bitburg-Prüm

Finanzamt Bad Neuenahr-Ahrweiler

Römerstraße 5
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler

Telefon: 0 26 41 382 - 0
Telefax: 0 26 41 38 2 - 12 060

E-Mail: poststelle@fa-aw.fin-rlp.de
www.finanzamt-ahrweiler.de



Personal

Vorsteher:	Carolin Philipps
Zahl der aktiven Bediensteten:	155 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	20,00 %*
Durchschnittsalter:	46,12 Jahre*
Auszubildende:	15*
Anzahl der Sachgebiete:	7
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009

** Quelle: Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2011*

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Ahrweiler
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	129.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Spielbankaufsicht</u> für die Spielbank Bad Neuenahr-Ahrweiler und das Ring Casino am Nürburgring

Steueraufkommen 2011 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	91.931 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	48.503 €	Kraftfahrzeugsteuer:	-
Körperschaftsteuer:	17.987 €	Übrige Steuern:	31.981 €
Umsatzsteuer:	141.089 €	Aufkommen gesamt:	331.491 €

Sonstiges

** Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern*

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2011):*	26,5 %
--	--------

Altenkirchen-
Hachenburg

Bad Kreuznach

Bad Neuenahr-
Ahrweiler**Bernkastel-
Wittlich**

Bingen-Alzey

Bitburg-Prüm

Daun

Finanzamt Bernkastel-Wittlich

Hauptstelle:Unterer Sehlmet 15
54516 Wittlich**Außenstelle:**Cusanusstraße 21
54470 Bernkastel-Kues

Telefon: 0 65 71 95 36 - 0

Telefax: 0 65 71 95 36 - 13 400

Telefon: 0 65 31 506 - 0

Telefax: 0 65 31 506 - 13 600

E-Mail: poststelle@fa-wi.fin-rlp.dewww.finanzamt-bernkastel-wittlich.de

Hauptstelle in Wittlich

Personal

Vorsteher:	Wilhelm Simon
Zahl der aktiven Bediensteten:	142 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	24,65 %*
Durchschnittsalter:	47,65 Jahre*
Auszubildende:	21*
Anzahl der Sachgebiete:	9
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009

*Quelle: Elektronischer Personalbericht
für die Finanzämter, Stand 31.12.2011

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Bernkastel-Wittlich
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	113.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<i>Betriebsprüfung Mittelbetriebe und Besteuerung der Körperschaften</i> auch für das Finanzamt Daun

Steueraufkommen 2011 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	163.299 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	66.550 €	Kraftfahrzeugsteuer:	-
Körperschaftsteuer:	23.406 €	Übrige Steuern:	28.868 €
Umsatzsteuer:	122.695 €	Aufkommen gesamt:	404.818 €

Sonstiges

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2011):*	271%
--	------

*Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

- Bad Kreuznach
- Bad Neuenahr-Ahrweiler
- Bernkastel-Wittlich
- Bingen-Alzey**
- Bitburg-Prüm
- Daun
- Frankenthal

Finanzamt Bingen-Alzey

Hauptstelle: Rochusallee 10 55411 Bingen Telefon: 0 67 21 706 - 0 Telefax: 0 67 21 706 - 14 080 E-Mail: poststelle@fa-bi.fin-rlp.de www.finanzamt-bingen-alzey.de	Außenstelle: Römerstraße 33 55232 Alzey Telefon: 0 67 31 400 - 0 Telefax: 0 67 31 400 - 14 081
--	---



Hauptstelle in Bingen

Personal

Vorsteher:	Werner Boos
Zahl der aktiven Bediensteten:	222 (Kopffzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	31,98 %*
Durchschnittsalter:	43,14 Jahre*
Auszubildende:	15*
Anzahl der Sachgebiete:	11
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009

* Quelle: Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2011

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Vom Landkreis Mainz-Bingen die Städte Bingen und Ingelheim, die Verbandsgemeinden: Rhein-Nahe, Gau-Algesheim, Heidesheim/Rhein und Sprendlingen-Gensingen. Vom Landkreis Alzey-Worms die Stadt Alzey und die Verbandsgemeinden Alzey-Land, Wöllstein und Wörrstadt.
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	186.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Liquiditätsprüfung</u> auch für das Finanzamt Worms-Kirchheimbolanden

Steueraufkommen 2011 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	316.556 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	271.235 €	Kraftfahrzeugsteuer:	-
Körperschaftsteuer:	125.088 €	Übrige Steuern:	60.762 €
Umsatzsteuer:	192.331 €	Aufkommen gesamt:	965.972 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2011):*	25,5 %
--	--------

Bad Neuenahr-
AhrweilerBernkastel-
WittlichBingen-
Alzey

Bitburg-Prüm

Daun

Frankenthal

Idar-Oberstein

Finanzamt Bitburg-Prüm

Hauptstelle:

Kölner Straße 20
54634 Bitburg

Telefon: 0 65 61 603 - 0

Telefax: 0 65 61 603 - 15090

E-Mail: poststelle@fa-bt.fin-rlp.dewww.finanzamt-bitburg-pruem.de

Außenstelle:

Kreuzerweg 2
54595 Prüm

Telefon: 0 65 51 940 - 0

Telefax: 0 65 51 940 - 15 093



Hauptstelle in Bitburg

Personal

Vorsteher:	Hans-Dieter Natus
Zahl der aktiven Bediensteten:	104 (Kopffzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	31,73 %*
Durchschnittsalter:	46,78 Jahre*
Auszubildende:	16*
Anzahl der Sachgebiete:	5
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009

*Quelle: Elektronischer Personalbericht
für die Finanzämter, Stand 31.12.2011

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Vom Landkreis Bitburg-Prüm die Stadt Bitburg und die Verbandsgemeinden Bitburg-Land, Irrel, Kyllburg, Neuerburg und Speicher. Vom Landkreis Bitburg-Prüm die Verbandsgemeinden Arzfeld und Prüm.
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	95.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	-

Steueraufkommen 2011 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	89.089 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	30.515 €	Kraftfahrzeugsteuer:	-
Körperschaftsteuer:	14.513 €	Übrige Steuern:	21.338 €
Umsatzsteuer:	86.695 €	Aufkommen gesamt:	242.150 €

Sonstiges

*Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2011):*	26,1 %
--	--------

Bernkastel-
Wittlich

Bingen-Alzey

Bitburg-Prüm

Daun

Frankenthal

Idar-Oberstein

Kaiserslautern

Finanzamt Daun

Berliner Straße 1
54550 Daun

Telefon: 0 65 92 95 79 - 0
Telefax: 0 65 92 95 79 - 16 175

E-Mail: poststelle@fa-da.fin-rlp.de
www.finanzamt-daun.de



Personal

Vorsteher:	Ulrike Laux
Zahl der aktiven Bediensteten:	106 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	33,96 %*
Durchschnittsalter:	48,14 Jahre*
Auszubildende:	15*
Anzahl der Sachgebiete:	4
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009

* Quelle: Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2011

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Vulkaneifel
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	63.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<i>Finanzkasse</i> auch für die Finanzämter Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm und Trier <i>Kraftfahrzeugsteuer</i> für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen BIT, BKS, DAU, PRÜ, SAB, TR und WIL <i>Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige</i> auch für das Finanzamt Bitburg-Prüm

Steueraufkommen 2011 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	13.587 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	14.603 €	Kraftfahrzeugsteuer:	62.551 €
Körperschaftsteuer:	-	Übrige Steuern:	1.376 €
Umsatzsteuer:	42.297 €	Aufkommen gesamt:	134.414 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2011):*	24,6 %
--	--------

Bingen-Alzey

Bitburg-Prüm

Daun

Frankenthal

Idar-Oberstein

Kaiserslautern

Koblenz

Finanzamt Frankenthal

Friedrich-Ebert-Straße 4a
67227 Frankenthal

Telefon: 0 62 33 49 03 - 0
Telefax: 0 62 33 49 03 - 17 082

E-Mail: poststelle@fa-ft.fin-rlp.de
www.finanzamt-frankenthal.de



Personal

Vorsteher:	Edgar Leicht
Zahl der aktiven Bediensteten:	121 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	32,23 %*
Durchschnittsalter:	44,39 Jahre*
Auszubildende:	15*
Anzahl der Sachgebiete:	7
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009

*Quelle: Elektronischer Personalbericht
für die Finanzämter, Stand 31.12.2011

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Stadt Frankenthal und vom Rhein-Pfalz-Kreis die Gemeinden Bobenheim-Roxheim und Lamsheim und die Verbandsgemeinde Heßheim, vom Landkreis Bad Dürkheim die Stadt Grünstadt und die Verbandsgemeinden Grünstadt-Land und Hettenleidelheim
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	119.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	-

Steueraufkommen 2011 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	131.147 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	30.926 €	Kraftfahrzeugsteuer:	-
Körperschaftsteuer:	10.851 €	Übrige Steuern:	22.599 €
Umsatzsteuer:	134.940 €	Aufkommen gesamt:	330.463 €

Sonstiges

*Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2011):*	29,2 %
--	--------

Bitburg-Prüm

Daun

Frankenthal

Idar-Oberstein

Kaiserslautern

Koblenz

Kusel-Landstuhl

Finanzamt Idar-Oberstein

Hauptstraße 199
55743 Idar-Oberstein

Telefon: 0 67 81 68 - 0
Telefax: 0 67 81 68 - 18 333

E-Mail: poststelle@fa-io.fin-rlp.de
www.finanzamt-idar-oberstein.de



Personal

Vorsteher:	Hartmut Barth
Zahl der aktiven Bediensteten:	167 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	19,76 %*
Durchschnittsalter:	47,40 Jahre*
Auszubildende:	16*
Anzahl der Sachgebiete:	7
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009

* Quelle: Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2011

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Birkenfeld
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	87.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Finanzkasse</u> auch für die Finanzämter Bingen-Alzey, Bad Kreuznach, Kaiserslautern, Kusel-Landstuhl, Mainz-Mitte, Mainz-Süd und Worms-Kirchheimbolanden <u>Kraftfahrzeugsteuer</u> für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen BIR und KH

Steueraufkommen 2011 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	76.564 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	26.397 €	Kraftfahrzeugsteuer:	27.404 €
Körperschaftsteuer:	1.904 €	Übrige Steuern:	9.952 €
Umsatzsteuer:	85.643 €	Aufkommen gesamt:	227.864 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2011):*	25,3 %
--	--------

Daun

Frankenthal

Idar-Oberstein

Kaiserslautern

Koblenz

Kusel-Landstuhl

Landau

Finanzamt Kaiserslautern

Eisenbahnstraße 56
67655 Kaiserslautern

Telefon: 06 31 36 76 - 0
Telefax: 06 31 36 76 - 49 700

E-Mail: poststelle@fa-kl.fin-rlp.de
www.finanzamt-kaiserslautern.de



Personal

Vorsteher:	Peter Schall
Zahl der aktiven Bediensteten:	242 (Kopffzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	26,45 %*
Durchschnittsalter:	47,01 Jahre*
Auszubildende:	30*
Anzahl der Sachgebiete:	16
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2007 / Re-Auditierung in 2010

* Quelle: Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2011

Zuständigkeiten

Amtsbezirk: Stadt Kaiserslautern, vom Landkreis Kaiserslautern die Verbandsgemeinden Enkenbach-Alsenborn, Hochspeyer, Otterbach und Otterberg

Einwohnerzahl im FA-Bezirk: 136.000

Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:

Gesonderte Feststellung nach dem Außensteuergesetz, Steuerfahndung, Bußgeld und Strafsachen, sowie Großbetriebsprüfung auch für die Finanzämter Kusel-Landstuhl und Pirmasens-Zweibrücken

Betriebsprüfung Mittelbetriebe und Besteuerung der Körperschaften auch für das Finanzamt Kusel-Landstuhl
Kraftfahrzeugsteuer für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen KL und KUS

Einzelprüfungsverfahren nach dem NATO-Truppenpenstatut und Arbeitnehmerüberlassung (grenzüberschreitend) sofern nicht Baugewerbe für alle Finanzämter in Rheinland-Pfalz

Liquiditätsprüfung auch für das Finanzamt Pirmasens-Zweibrücken

Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige auch für die Außenstelle Landstuhl des Finanzamts Kusel-Landstuhl und für das Finanzamt Pirmasens-Zweibrücken

Bausachverständige auch für die Finanzämter Idar-Oberstein, Landau, Kusel-Landstuhl, Pirmasens-Zweibrücken, Außenstelle Kirchheimbolanden des Finanzamts Worms-Kirchheimbolanden

Steueraufkommen 2011 in Tausend Euro

Lohnsteuer:	339.883 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	34.881 €	Kraftfahrzeugsteuer:	28.890 €
Körperschaftsteuer:	45.183 €	Übrige Steuern:	46.226 €
Umsatzsteuer:	152.830 €	Aufkommen gesamt:	647.893 €

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Sonstiges

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2011):* 21,2 %

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

Frankenthal

Idar-Oberstein

Kaiserslautern

Koblenz

Kusel-Landstuhl

Landau

Ludwigshafen

Finanzamt Koblenz

Ferdinand-Sauerbruch-Straße 19
56073 Koblenz

Telefon: 02 61 49 31 - 0
Telefax: 02 61 49 31 - 20 090

E-Mail: poststelle@fa-ko.fin-rlp.de
www.finanzamt-koblenz.de



Personal

Vorsteher:	Klaudia Hendricks
Zahl der aktiven Bediensteten:	451 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	23,95 %*
Durchschnittsalter:	44,14 Jahre*
Auszubildende:	48*
Anzahl der Sachgebiete:	28
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009, Mitglied im lokalen Bündnis für Familie in Koblenz

* Quelle: Elektronischer Personalbericht
für die Finanzämter, Stand 31.12.2011

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Stadt Koblenz, vom Landkreis Mayen-Koblenz die Stadt Bendorf und die Verbandsgemeinden Rhens, Untermosel, Vallendar und Weißenthurm
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	198.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<p><u>Gesonderte Feststellung nach dem Außensteuergesetz und nach § 180 Abs. 5 Nr. 1 AO 1977</u> auch für die Finanzämter Mayen, Sankt Goarshausen-Sankt-Goar, Simmern-Zell</p> <p><u>Großbetriebsprüfung</u> auch für die Finanzämter Bad Neuenahr-Ahrweiler, Mayen, Sankt Goarshausen-Sankt Goar und Simmern-Zell</p> <p><u>Betriebsprüfung-Mittelbetriebe</u> auch für das Finanzamt Sankt Goarshausen-St. Goar</p> <p><u>Betriebsprüfung Land- und Forstwirtschaft</u> auch für die Finanzämter Bad Neuenahr-Ahrweiler, Altenkirchen-Hachenburg, Montabaur-Diez, Mayen, Neuwied, Sankt Goarshausen-Sankt Goar, Simmern-Zell</p> <p><u>Erbschaft- und Schenkungsteuer</u> auch für die Finanzämter Bad Neuenahr-Ahrweiler, Altenkirchen-Hachenburg, Bad Kreuznach, Bernkastel-Wittlich, Idar-Oberstein, Bitburg-Prüm, Daun, Mayen, Montabaur-Diez, Neuwied, Sankt Goarshausen-Sankt Goar, Simmern-Zell, Trier</p>

Fortsetzung Finanzamt Koblenz

Zuständigkeiten

Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:

Steuerfahndung auch für die Finanzämter Bad Neuenahr-Ahrweiler, Altenkirchen-Hachenburg, Mayen, Montabaur-Diez, Neuwied, Sankt Goarshausen-Sankt Goar, Simmern-Zell

Bußgeld und Strafsachen auch für die Finanzämter Bad Neuenahr-Ahrweiler, Altenkirchen-Hachenburg, Mayen, Montabaur-Diez, Neuwied, Sankt Goarshausen-Sankt Goar, Simmern-Zell

Besteuerung der Körperschaften auch für das Finanzamt Sankt Goarshausen-Sankt Goar

Kraftfahrzeugsteuer für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen COC, EMS, GOA, GOH, KO, SIM und ZEL

Rennwett- und Lotteriesteuer für alle Finanzämter des Landes Rheinland-Pfalz

Zerlegung Körperschaftsteuer für alle Finanzämter des Landes Rheinland-Pfalz

Zentralstelle für Zustellersuchen in Ordnungswidrigkeitenverfahren gemäß dem Übereinkommen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union für alle Finanzämter der Bundesrepublik Deutschland

Steueraufkommen 2011 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	1.299.696 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	76.941 €	Kraftfahrzeugsteuer:	46.491 €
Körperschaftsteuer:	149.958 €	Übrige Steuern:	439.353 €
Umsatzsteuer:	642.012 €	Aufkommen gesamt:	2.654.451 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2011):* 26,2 %

- Idar-Oberstein
- Kaiserslautern
- Koblenz
- Kusel-Landstuhl**
- Landau
- Ludwigshafen
- Mainz-Mitte

Finanzamt Kusel-Landstuhl

<p>Hauptstelle: Trierer Straße 46 66869 Kusel</p> <p>Telefon: 0 63 81 99 67 - 0 Telefax: 0 63 81 99 67 - 21 060</p> <p>E-Mail: poststelle@fa-ku.fin-rlp.de www.finanzamt-kusel-landstuhl.de</p>	<p>Außenstelle: Kaiserstraße 51 66849 Landstuhl</p> <p>Telefon: 0 63 71 61 73 - 0 Telefax: 0 63 71 61 73 - 21 070</p>
---	--



Hauptstelle in Kusel

Personal

Vorsteher:	Carmen von Briel
Zahl der aktiven Bediensteten:	154 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	27,27 %*
Durchschnittsalter:	45,16 Jahre*
Auszubildende:	15*
Anzahl der Sachgebiete:	7
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009

* Quelle: Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2011

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Kusel, vom Landkreis Kaiserslautern die Verbandsgemeinden Bruchmühlbach-Miesau, Kaiserslautern-Süd, Landstuhl, Ramstein-Miesenbach und Weilerbach
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	123.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Erbschaft- und Schenkungsteuer</u> auch für die Finanzämter Bingen-Alzey, Frankenthal, Speyer-Germersheim, Kaiserslautern, Worms-Kirchheimbolanden, Landau, Mainz-Mitte, Ludwigshafen, Mainz-Süd, Neustadt und Pirmasens-Zweibrücken

Steueraufkommen 2011 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	19.024 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	23.664 €	Kraftfahrzeugsteuer:	-
Körperschaftsteuer:	-6 €	Übrige Steuern:	-2.409 €
Umsatzsteuer:	55.116 €	Aufkommen gesamt:	95.389 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2011):*	27,6 %
--	--------

Kaiserslautern

Koblenz

Kusel-
Landstuhl**Landau**

Ludwigshafen

Mainz-Mitte

Mainz-Süd

Finanzamt Landau

Weißquartierstraße 13
76829 Landau

Telefon: 0 63 41 913 - 0
Telefax: 0 63 41 913 - 22 100

E-Mail: poststelle@fa-ld.fin-rlp.de
www.finanzamt-landau.de



Personal

Vorsteher:	Volker Groß
Zahl der aktiven Bediensteten:	206 (Kopffzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	30,10 %*
Durchschnittsalter:	47,28 Jahre*
Auszubildende:	21*
Anzahl der Sachgebiete:	10
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2007 / Re-Auditierung in 2010

* Quelle: Elektronischer Personalbericht
für die Finanzämter, Stand 31.12.2011

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Stadt Landau und den Landkreis Südliche Weinstraße
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	156.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Gründerwerbsteuerstelle</u> auch für die Finanzämter Frankenthal, Ludwigshafen, Neustadt, Pirmasens-Zweibrücken, Speyer-Germersheim <u>Kraftfahrzeugsteuer</u> für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen BZA, GER, LD und SÜW <u>Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige</u> auch für das Finanzamt Speyer-Germersheim

Steueraufkommen 2011 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	173.799 €	Gründerwerbsteuer:	65.152 €
Einkommensteuer:	62.349 €	Kraftfahrzeugsteuer:	33.951 €
Körperschaftsteuer:	24.999 €	Übrige Steuern:	36.839 €
Umsatzsteuer:	255.043 €	Aufkommen gesamt:	652.132 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2011):*	28,2 %
--	--------

Koblenz

Kusel-Landstuhl

Landau

Ludwigshafen

Mainz-Mitte

Mainz-Süd

Mayen

Finanzamt Ludwigshafen

Bayernstraße 39
67061 Ludwigshafen

Telefon: 06 21 56 14 - 0
Telefax: 06 21 56 14 - 23 067

E-Mail: poststelle@fa-lu.fin-rlp.de
www.finanzamt-ludwigshafen.de



Personal

Vorsteher:	Dr. Hans Hermann Bowitz
Zahl der aktiven Bediensteten:	273 (Kopffahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	31,50 %*
Durchschnittsalter:	45,16 Jahre*
Auszubildende:	33*
Anzahl der Sachgebiete:	20
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009

* Quelle: Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2011

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Stadt Ludwigshafen, vom Rhein-Pfalz-Kreis die Gemeinden Altrip, Neuhofen und die Verbandsgemeinde Maxdorf
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	171.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Gesonderte Feststellung nach dem Außensteuergesetz und nach § 180 Abs. 5 Nr. 1 AO 1977</u> auch für die Finanzämter Frankenthal, Landau, Neustadt und Speyer-Germersheim <u>Großbetriebsprüfung</u> auch für die Finanzämter Frankenthal, Landau, Neustadt und Speyer-Germersheim <u>Kraftfahrzeugsteuer</u> für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen FT, LU und RP <u>Liquiditätsprüfung</u> auch für das Finanzamt Speyer-Germersheim

Steueraufkommen 2011 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	945.370 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	21.460 €	Kraftfahrzeugsteuer:	35.980 €
Körperschaftsteuer:	86.299 €	Übrige Steuern:	618.749 €
Umsatzsteuer:	37.148 €	Aufkommen gesamt:	1.745.006 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2011):*	23,8 %
--	--------

Kusel-Landstuhl

Landau

Ludwigshafen

Mainz-Mitte

Mainz-Süd

Mayen

Monatbaur-Diez

Finanzamt Mainz-Mitte

Schillerstraße 13
55116 Mainz

Telefon: 0 61 31 2 51 - 0
Telefax: 0 61 31 2 51 - 24 090

E-Mail: poststelle@fa-mz.fin-rlp.de
www.finanzamt-mainz-mitte.de



Personal

Vorsteher:	Dr. Peter Tress
Zahl der aktiven Bediensteten:	216 (Kopffzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	27,31 %*
Durchschnittsalter:	41,74 Jahre*
Auszubildende:	34*
Anzahl der Sachgebiete:	11
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2006 / Re-Auditierung in 2010

* Quelle: Elektronischer Personalbericht
für die Finanzämter, Stand 31.12.2011

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Stadt Mainz ohne die Stadtteile Mainz-Hechtsheim und Mainz-Ebersheim, vom Landkreis Mainz-Bingen die Gemeinde Budenheim
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	189.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Gesonderte Feststellung nach dem Außensteuergesetz und nach § 180 Abs. 5 Nr. 1 AO 1977</u> auch für die Finanzämter Bad Kreuznach, Bingen-Alzey, Mainz-Süd und Worms-Kirchheimbolanden <u>Besteuerung der Körperschaften</u> auch für das Finanzamt Mainz-Süd <u>Ausgleichsabgaben nach dem Lastenausgleichsgesetz und Feststellung der Einkünfte aus Beteiligung an ausländischen Personengesellschaften</u> für alle Finanzämter in Rheinland-Pfalz <u>Spielbankaufsicht</u> für die Spielbank Mainz <u>Liquiditätsprüfung</u> auch für das Finanzamt Mainz-Süd

Steueraufkommen 2011 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	658.397 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	85.824 €	Kraftfahrzeugsteuer:	-
Körperschaftsteuer:	64.507 €	Übrige Steuern:	155.706 €
Umsatzsteuer:	515.722 €	Aufkommen gesamt:	1.480.156 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2011):*	22,9 %
--	--------

Landau

Ludwigshafen

Mainz-Mitte

Mainz-Süd

Mayen

Montabaur-Diez

Neustadt

Finanzamt Mainz-Süd

Emy-Roeder-Straße 3
55129 Mainz

Telefon: 0 61 31 5 52 - 0
Telefax: 0 61 31 5 52 - 25 272

E-Mail: poststelle@fa-ms.fin-rlp.de
www.finanzamt-mainz-sued.de



Personal

Vorsteher:	Karlheinz Eppelmann
Zahl der aktiven Bediensteten:	273 (Kopffzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	25,64 %*
Durchschnittsalter:	44,77 Jahre*
Auszubildende:	22*
Anzahl der Sachgebiete:	19
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009

*Quelle: Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2011

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Vom Landkreis Mainz-Bingen die Verbandsgemeinden Bodenheim, Guntersblum, Nieder-Olm, Nierstein-Oppenheim, von der Stadt Mainz die Stadtteile Mainz-Ebersheim und Mainz-Hechtsheim.
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	110.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Großbetriebsprüfung</u> auch für die Finanzämter Bad Kreuznach, Bingen-Alzey, Mainz-Mitte und Worms-Kirchheimbolanden <u>Betriebsprüfung Mittelbetriebe</u> auch für das Finanzamt Mainz-Mitte <u>Steuerfahndung sowie Bußgeld und Strafsachen</u> auch für die Finanzämter Bad Kreuznach, Bingen-Alzey, Idar-Oberstein, Mainz-Mitte und Worms-Kirchheimbolanden <u>Kraftfahrzeugsteuer</u> für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen BIN, BW, MZ und RPL

Steueraufkommen 2011 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	20.363 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	20.805 €	Kraftfahrzeugsteuer:	41.311 €
Körperschaftsteuer:	-	Übrige Steuern:	2.258 €
Umsatzsteuer:	74.937 €	Aufkommen gesamt:	159.674 €

Sonstiges

*Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2011):*	27,0 %
--	--------

Ludwigshafen

Mainz-Mitte

Mainz-Süd

Mayen

Montabaur-Diez

Neustadt

Neuwied

Finanzamt Mayen

Westbahnhofstraße 11
56727 Mayen

Telefon: 0 26 51 70 26 - 0
Telefax: 0 26 51 70 26 - 26 090

E-Mail: poststelle@fa-my.fin-rlp.de
www.finanzamt-mayen.de



Personal

Vorsteher:	Oliver Schiffer
Zahl der aktiven Bediensteten:	152 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	24,84 %*
Durchschnittsalter:	44,97 Jahre*
Auszubildende:	21*
Anzahl der Sachgebiete:	8
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2006 / Re-Auditierung in 2010

*Quelle: Elektronischer Personalbericht
für die Finanzämter, Stand 31.12.2011

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Vom Landkreis Mayen-Koblenz die Städte Andernach, Mayen und die Verbandsgemeinden Pellenz, Maifeld, Mendig und Vordereifel
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	120.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Grunderwerbsteuer</u> auch für die Finanzämter Altenkirchen-Hachenburg, Bad Neuenahr-Ahrweiler, Koblenz, Montabaur-Diez, Neuwied, Sankt Goarshausen-Sankt Goar und Simmern-Zell <u>Liquiditätsprüfung</u> auch für die Finanzämter Bad Neuenahr-Ahrweiler und Simmern-Zell <u>Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige</u> auch für die Außenstelle Zell des Finanzamts Simmern-Zell <u>Bausachverständige</u> auch für die Finanzämter Daun und Simmern-Zell

Steueraufkommen 2011 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	137.794 €	Grunderwerbsteuer:	54.524 €
Einkommensteuer:	36.543 €	Kraftfahrzeugsteuer:	-
Körperschaftsteuer:	29.869 €	Übrige Steuern:	25.586 €
Umsatzsteuer:	39.040 €	Aufkommen gesamt:	323.356 €

Sonstiges

*Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2011):*	21,9 %
--	--------

Mainz-Mitte

Mainz-Süd

Mayen

Montabaur-Diez

Neustadt

Neuwied

Pirmasens-Zweibrücken

Finanzamt Montabaur-Diez

Hauptstelle:

Koblenzer Straße 15
56410 Montabaur

Außenstelle:

Parkstraße 16
65582 Diez

Telefon: 0 26 02 121 - 0

Telefax: 0 26 02 121 - 27 099

Telefon: 0 64 32 5 04 - 0

Telefax: 0 64 32 5 04 - 27 088

E-Mail: poststelle@fa-mt.fin-rlp.de

www.finanzamt-montabaur-diez.de



Hauptstelle in Montabaur

Personal

Vorsteher:	Günter Krämer
Zahl der aktiven Bediensteten:	316 (Kopffzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	28,48 %*
Durchschnittsalter:	45,30 Jahre*
Auszubildende:	26*
Anzahl der Sachgebiete:	13
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009

* Quelle: Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2011

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Vom Westerwaldkreis die Verbandsgemeinden Höhr-Grenzhausen, Montabaur, Ransbach-Baumbach, Selters, Wallmerod und Wirges. Vom Rhein-Lahn-Kreis die Verbandsgemeinden Bad Ems, Diez, Hahnstätten, Katzenelnbogen und Nassau.
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	195.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Finanzkasse</u> auch für die Finanzämter Altenkirchen-Hachenburg, Bad Neuenahr-Ahrweiler, Koblenz, Mayen, Neuwied, St. Goarshausen-St. Goar und Simmern-Zell. <u>Kraftfahrzeugsteuer</u> für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen AK, DIZ, MT, WEB und WW <u>Spielbankaufsicht</u> für die Spielbank Bad Ems <u>Liquiditätsprüfung</u> auch für die Finanzämter Koblenz und St. Goarshausen-St. Goar <u>Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige</u> auch für das Finanzamt Altenkirchen-Hachenburg <u>Bausachverständige</u> auch für die Finanzämter Altenkirchen-Hachenburg und St. Goarshausen-St. Goar

Steueraufkommen 2011 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	230.920 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	61.903 €	Kraftfahrzeugsteuer:	39.219 €
Körperschaftsteuer:	88.502 €	Übrige Steuern:	48.805 €
Umsatzsteuer:	271.474 €	Aufkommen gesamt:	740.823 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2011):*	27,4 %
--	--------

Mainz-Süd

Mayen

Montabaur-Diez

Neustadt

Neuwied

Pirmasens-
Zweibrücken

St. Goarshausen-
St. Goar

Finanzamt Neustadt

Konrad-Adenauer-Straße 26
67433 Neustadt

Telefon: 0 63 21 9 30 - 0
Telefax: 0 63 21 9 30 - 28 600

E-Mail: poststelle@fa-nw.fin-rlp.de
www.finanzamt-neustadt.de



Personal

Vorsteher:	Bernhard Urig
Zahl der aktiven Bediensteten:	284 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	25,35 %*
Durchschnittsalter:	45,50 Jahre*
Auszubildende:	25*
Anzahl der Sachgebiete:	19
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009

* Quelle: Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2011

Zuständigkeiten

Amtsbezirk: Stadt Neustadt a. d. Weinstraße, vom Landkreis Bad Dürkheim die Stadt Bad Dürkheim, die Gemeinde Haßloch und die Verbandsgemeinden Deidesheim, Freinsheim, Lambrecht und Wachenheim.

Einwohnerzahl im FA-Bezirk: 193.000

Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:

Betriebsprüfung Land- und Forstwirtschaft auch für die Finanzämter Frankenthal, Kaiserslautern, Kusel-Landstuhl, Landau, Ludwigshafen, Pirmasens-Zweibrücken und Speyer-Germersheim

Steuerfahndung sowie Bußgeld und Strafsachen auch für die Finanzämter Frankenthal, Landau, Ludwigshafen und Speyer-Germersheim

Liquiditätsprüfung auch für die Finanzämter Frankenthal und Landau

Spielbankaufsicht für die Spielbank Bad Dürkheim

Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige auch für die Finanzämter Frankenthal, Ludwigshafen, Hauptstelle Worms des Finanzamts Worms-Kirchheimbolanden

Bausachverständige auch für die Finanzämter Frankenthal, Ludwigshafen, Speyer-Germersheim und für die Hauptstelle Worms des Finanzamts Worms-Kirchheimbolanden

Amtliche gärtnerische Sachverständige für alle Finanzämter in Rheinland-Pfalz

Steueraufkommen 2011 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	284.059 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	109.461 €	Kraftfahrzeugsteuer:	-
Körperschaftsteuer:	17.140 €	Übrige Steuern:	39.002 €
Umsatzsteuer:	188.038 €	Aufkommen gesamt:	637.700 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2011):* 25,9 %

Mayen

Montabaur-Diez

Neustadt

Neuwied

Pirmasens-
Zweibrücken

St. Goarshausen-
St. Goar

Simmern-Zell

Finanzamt Neuwied

AugustastraÙe 70
56564 Neuwied

Telefon: 0 26 31 9 10 - 0
Telefax: 0 26 31 9 10 - 29 906

E-Mail: poststelle@fa-nr.fin-rlp.de
www.finanzamt-neuwied.de



Personal

Vorsteher:	Brigitte Bollinger-Wechsler
Zahl der aktiven Bediensteten:	265 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	22,26 %*
Durchschnittsalter:	47,55 Jahre*
Auszubildende:	30*
Anzahl der Sachgebiete:	15
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009

* Quelle: Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2011

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Neuwied
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	184.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Gesonderte Feststellung nach dem Außensteuergesetz und nach § 180 Abs. 5 Nr. 1 AO 1977</u> auch für die Finanzämter Altenkirchen-Hachenburg, Bad Neuenahr-Ahrweiler, Montabaur-Diez <u>GroÙbetriebprüfung</u> auch für die Finanzämter Altenkirchen-Hachenburg und Montabaur-Diez <u>Kraftfahrzeugsteuer</u> für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen AW, MY, MYK und NR <u>Arbeitnehmerüberlassung, Werkvertragsunternehmen und Werkvertragsarbeitnehmer im Baugewerbe und Umsatzbesteuerung für die Republik Bulgarien</u> für alle Finanzämter der Bundesrepublik Deutschland <u>Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige sowie Bausachverständige</u> auch für das Finanzamt Bad Neuenahr-Ahrweiler

Steueraufkommen 2011 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	273.206 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	76.801 €	Kraftfahrzeugsteuer:	60.116 €
Körperschaftsteuer:	49.335 €	Übrige Steuern:	56.619 €
Umsatzsteuer:	228.848 €	Aufkommen gesamt:	744.925 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2011):*	27,3 %
--	--------

Montabaur-Diez

Neustadt

Neuwied

**Pirmasens-
Zweibrücken**St. Goarshausen-
St. Goar

Simmern-Zell

Speyer-
Germersheim

Finanzamt Pirmasens-Zweibrücken

Hauptstelle:Kaiserstraße 2
66955 Pirmasens

Telefon: 0 63 31 7 11 - 0

Telefax: 0 63 31 7 11 - 30 950

E-Mail: poststelle@fa-ps.fin-rlp.dewww.finanzamt-pirmasens-zweibruecken.de**Außenstelle:**Gymnasiumstraße 4
66482 Zweibrücken

Telefon: 0 63 32 80 68 - 0

Telefax: 0 63 32 80 68 - 30 940



Hauptstelle in Pirmasens

Personal

Vorsteher:	Konrad Götz
Zahl der aktiven Bediensteten:	236 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	22,03 %*
Durchschnittsalter:	46,39 Jahre*
Auszubildende:	28*
Anzahl der Sachgebiete:	11
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2006 / Re-Auditierung in 2010

*Quelle: Elektronischer Personalbericht
für die Finanzämter, Stand 31.12.2011

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Südwestpfalz sowie die Städte Pirmasens und Zweibrücken.
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	180.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Finanzkasse</u> auch für die Finanzämter Frankenthal, Landau, Ludwigshafen, Neustadt und Speyer-Germersheim <u>Kraftfahrzeugsteuer</u> für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen PS und ZW

Steueraufkommen 2011 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	167.198 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	42.909 €	Kraftfahrzeugsteuer:	19.856 €
Körperschaftsteuer:	17.631 €	Übrige Steuern:	27.008 €
Umsatzsteuer:	93.126 €	Aufkommen gesamt:	367.728 €

Sonstiges

*Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2011):*	32,6 %
--	--------

Neustadt

Neuwied

Pirmasens-
Zweibrücken

**St. Goarshausen-
St. Goar**

Simmern-Zell

Speyer-
Germersheim

Trier

Finanzamt St. Goarshausen-St. Goar

Hauptstelle:

Wellmicher Straße 79
56346 St. Goarshausen

Außenstelle:

Markt 4
56329 St. Goar

Telefon: 0 6771 9590 - 0

Telefax: 0 6771 9590 - 31090

Telefon: 0 67 41 98 10 - 0

Telefax: 0 67 41 98 10 31091

E-Mail: poststelle@fa-gh.fin-rlp.de

www.finanzamt-sankt-goarshausen-sankt-goar.de



Hauptstelle in Sankt Goarshausen

Personal

Vorsteher:	Jens Schlieper (kommissarischer Leiter)
Zahl der aktiven Bediensteten:	79 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	29,11 %*
Durchschnittsalter:	43,28 Jahre*
Auszubildende:	15*
Anzahl der Sachgebiete:	5
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009

* Quelle: Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2011

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Vom Rhein-Hunsrück-Kreis die Stadt Boppard und die Verbandsgemeinden Emmelshausen und St. Goar-Oberwesel. Vom Rhein-Lahn-Kreis die Stadt Lahnstein und die Verbandsgemeinden Braubach, Nastätten und Loreley
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	93.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	-

Steueraufkommen 2011 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	29.364 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	27.404 €	Kraftfahrzeugsteuer:	-
Körperschaftsteuer:	-	Übrige Steuern:	2.767 €
Umsatzsteuer:	15.401 €	Aufkommen gesamt:	74.936 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2011):*	26,0 %
--	--------

Neuwied

Pirmasens-
ZweibrückenSt. Goarshausen-
St. Goar**Simmern-Zell**Speyer-
Germersheim

Trier

Worms-
Kirchheimbolanden

Finanzamt Simmern-Zell

Hauptstelle:
Brühlstraße 3
55469 Simmern**Außenstelle:**
Schlossstraße 42
56856 Zell

Telefon: 0 67 61 8 55 - 0

Telefon: 065 42 7 09 - 0

Telefax: 0 67 61 8 55 - 32 053

Telefax: 065 42 7 09 - 32 063

E-Mail: poststelle@fa-si.fin-rlp.dewww.finanzamt-simmern-zell.de

Hauptstelle in Simmern

Personal

Vorsteher:	Johannes Gasber
Zahl der aktiven Bediensteten:	135 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	21,48 %*
Durchschnittsalter:	45,59 Jahre*
Auszubildende:	21*
Anzahl der Sachgebiete:	6
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009

* Quelle: Elektronischer Personalbericht
für die Finanzämter, Stand 31.12.2011

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Vom Rhein-Hunsrück-Kreis die Verbandsgemeinden Kastellaun, Kirchberg (Hunsrück), Rheinböllen und Simmern sowie Landkreis Cochem-Zell.
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	134.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige</u> auch für das Finanzamt Idar-Oberstein

Steueraufkommen 2011 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	116.169 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	36.820 €	Kraftfahrzeugsteuer:	-
Körperschaftsteuer:	8.836 €	Übrige Steuern:	16.667 €
Umsatzsteuer:	139.677 €	Aufkommen gesamt:	318.169 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2011):*	28,5 %
--	--------

Pirmasens-
Zweibrücken

St. Goarshausen-
St. Goar

Simmern-Zell

**Speyer-
Germersheim**

Trier

Worms-
Kirchheimbolanden

Altenkirchen-
Hachenburg

Finanzamt Speyer-Germersheim

Hauptstelle:

Johannesstraße 9-12
67346 Speyer

Außenstelle:

Königsplatz 8
76726 Germersheim

Telefon: 0 62 32 60 17 - 0

Telefax: 0 62 32 60 17 - 33431

Telefon: 0 72 74 9 50 - 0

Telefax: 0 72 74 9 50 - 33438

E-Mail: poststelle@fa-sp.fin-rlp.de

www.finanzamt-speyer-germersheim.de



Hauptstelle in Speyer

Personal

Vorsteher:	Ulrike Dreßing-Steinhübel
Zahl der aktiven Bediensteten:	283 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	34,63 %*
Durchschnittsalter:	45,54 Jahre*
Auszubildende:	19*
Anzahl der Sachgebiete:	15
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2007 / Re-Auditierung in 2010

* Quelle: Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2011

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Landkreis Germersheim, Stadt Speyer und vom Rhein-Pfalz-Kreis die Verbandsgemeinden Dannstadt-Schauernheim, Dudenhofen und Waldsee und die Gemeinden Böhl-Iggelheim, Limburgerhof, Mutterstadt, Römerberg und Schifferstadt
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	273.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Kraftfahrzeugsteuer</u> für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen DÜW, NW und SP

Steueraufkommen 2011 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	277.087 €	Grunderwerbsteuer:	-
Einkommensteuer:	116.928 €	Kraftfahrzeugsteuer:	27.297 €
Körperschaftsteuer:	32.794 €	Übrige Steuern:	43.272 €
Umsatzsteuer:	299.945 €	Aufkommen gesamt:	797.323 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2011):*	28,8 %
--	--------

- St. Goarshausen-St. Goar
- Simmern-Zell
- Speyer-Germersheim
- Trier**
- Worms-Kirchheimbolanden
- Altenkirchen-Hachenburg
- Bad Kreuznach

Finanzamt Trier

Hubert-Neuerburg-Straße 1
54290 Trier

Telefon: 06 51 93 60 - 0
Telefax: 06 51 93 60 - 34 900

E-Mail: poststelle@fa-tr.fin-rlp.de
www.finanzamt-trier.de



Personal

Vorsteher:	Jürgen Kentenich	
Zahl der aktiven Bediensteten:	348 (Kopffzahlen ohne Auszubildende)*	
Teilzeitquote:	20,69 %*	* Quelle: Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2011
Durchschnittsalter:	48,03 Jahre*	
Auszubildende:	36*	
Anzahl der Sachgebiete:	21	
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2007 / Re-Auditierung in 2010, Mitglied im Unternehmensnetzwerk Erfolgsfaktor Familie, Mitglied im lokalen Bündnis für Familie in Trier	

Zuständigkeiten

Amtsbezirk: Stadt Trier und Landkreis Trier-Saarburg

Einwohnerzahl im FA-Bezirk: 240.000

Besonderheiten/Zuständigkeitüber das eigene Amt hinaus:

Großbetriebsprüfung auch für die Finanzämter Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm, Daun und Idar-Oberstein
Gesonderte Feststellung nach dem Außensteuergesetz und nach § 180 Abs. 5 Nr. 1 AO 1977 sowie Betriebsprüfung Land- und Forstwirtschaft auch für die Finanzämter Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm, Daun und Idar-Oberstein
Steuerfahndung, Bußgeld und Strafsachen sowie Grunderwerbsteuer auch für die Finanzämter Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm und Daun
Wohnungsbauprämie für alle Finanzämter in Rheinland-Pfalz
Spielbankaufsicht für die Spielbank Trier

Arbeitnehmerüberlassung, Werkvertragsunternehmen und Werkvertragsarbeitnehmer im Baugewerbe und Umsatzbesteuerung für das Königreich Belgien für alle Finanzämter der Bundesrepublik Deutschland
Liquiditätsprüfung auch für die Finanzämter Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm und Daun
Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige auch für das Finanzamt Bernkastel-Wittlich
Bausachverständige auch für die Finanzämter Bitburg-Prüm und Bernkastel-Wittlich

Steueraufkommen 2011 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	312.059 €	Grunderwerbsteuer:	35.319 €
Einkommensteuer:	100.950 €	Kraftfahrzeugsteuer:	-
Körperschaftsteuer:	36.827 €	Übrige Steuern:	39.533 €
Umsatzsteuer:	947.842 €	Aufkommen gesamt:	1.472.530 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2011):* 27,6 %

Simmern-Zell

Speyer-Germersheim

Trier

Worms-Kirchheimbolanden

Altenkirchen-Hachenburg

Bad Kreuznach

Bad Neuenahr-Ahrweiler

Finanzamt Worms-Kirchheimbolanden

Hauptstelle:

Karlsplatz 6
67549 Worms

Telefon: 0 62 41 30 46 - 0

Telefax: 0 62 41 30 46 - 35 060

E-Mail: poststelle@fa-wo.fin-rlp.de

www.finanzamt-worms-kirchheimbolanden.de

Außenstelle:

Neumayerstraße 7
67292 Kirchheimbolanden

Telefon: 0 63 52 4 07 - 0

Telefax: 0 63 52 4 07 - 35 077



Hauptstelle in Worms

Personal

Vorsteher:	Gerhard Bißbort
Zahl der aktiven Bediensteten:	227 (Kopfzahlen ohne Auszubildende)*
Teilzeitquote:	29,52 %*
Durchschnittsalter:	46,02 Jahre*
Auszubildende:	14*
Anzahl der Sachgebiete:	12
Zertifizierung "audit berufundfamilie":	seit 2009

* Quelle: Elektronischer Personalbericht für die Finanzämter, Stand 31.12.2011

Zuständigkeiten

Amtsbezirk:	Stadt Worms und vom Landkreis Alzey-Worms die Stadt Osthofen und die Verbandsgemeinden Eich, Monsheim und Westhofen, Donnersbergkreis
Einwohnerzahl im FA-Bezirk:	206.000
Besonderheiten/Zuständigkeit über das eigene Amt hinaus:	<u>Kraftfahrzeugsteuer</u> für alle Fahrzeuge mit den amtlichen Kennzeichen AZ, KIB, ROK und WO <u>Betriebsprüfung Land- und Forstwirtschaft</u> auch für die Finanzämter Mainz-Mitte und Mainz-Süd <u>Grunderwerbsteuer</u> auch für die Finanzämter Bingen-Alzey, Bad Kreuznach, Idar-Oberstein, Kaiserslautern, Kusel-Landstuhl, Mainz-Mitte und Mainz-Süd <u>Amtliche landwirtschaftliche Sachverständige</u> auch für die Außenstelle Alzey des Finanzamts Bingen-Alzey und für die Hauptstelle Kusel des Finanzamts Kusel-Landstuhl

Steueraufkommen 2011 in Tausend Euro

Quelle: Landesoberkasse Koblenz

Lohnsteuer:	215.930 €	Grunderwerbsteuer:	82.962 €
Einkommensteuer:	37.530 €	Kraftfahrzeugsteuer:	32.147 €
Körperschaftsteuer:	22.754 €	Übrige Steuern:	53.058 €
Umsatzsteuer:	144.429 €	Aufkommen gesamt:	588.810 €

Sonstiges

* Quelle: Leistungsvergleich zwischen Finanzämtern

ELSTER-Quote, Einkommensteuer-Arbeitnehmer (Stand 31.12.2011):*	23,7 %
--	--------



Zentrale Besoldungs- und Versorgungsstelle (ZBV)

ALLGEMEINES

Das Jahr 2011 war überwiegend geprägt durch „IPEMA“ (Integriertes Personalmanagement- und Abrechnungssystem) und „RHESCABA“ (Rheinland-Pfälzisches Scanverfahren zur Beihilfeabrechnung).

PERSONALSTAND

Bei der ZBV sind derzeit 589 Bedienstete beschäftigt. Davon sind 523 im aktiven Dienst (einschließlich 16 Steuer- und 10 Finanzanwärter) und 66 zurzeit nicht im Dienst.

	Bedienstete	Teilzeit
November 2010	568	179
November 2011	589	182
	+21	+3

Die Gesamtpersonalentwicklung stellt sich wie folgt dar:

	Gesamt			Vollzeit			Teilzeit		
	Summe	männlich	weiblich	Summe	männlich	weiblich	Summe	männlich	weiblich
November 2010	568	238	330	389	202	187	179	36	143
November 2011	589	239	350	407	204	203	182	36	146
Differenz	21	1	20	19	2	16	3	0	3

Von den 589 Bediensteten entfallen auf Beamte und Beschäftigte:

	Gesamt			Vollzeit			Teilzeit		
	Summe	männlich	weiblich	Summe	männlich	weiblich	Summe	männlich	weiblich
Beamte	311	167	144	256	153	103	55	15	40
Beschäftigte	278	72	206	151	51	100	127	21	106
Summe	589	239	350	407	204	203	182	36	146

Aus der nachfolgenden Tabelle sind die zurzeit nicht im Dienst befindlichen Kollegen ersichtlich:

	ZBV gesamt		
	Summe	männlich	weiblich
Abordnungen	1	0	1
Mutterschutz	1	0	1
Beurlaubung	16	1	15
Elternzeit	10	0	10
ATZ-Freistellung	17	10	7
dauerkrank	19	9	10
Zeitrente	2	0	2
Summe	66	20	46

Nachrichtlich: männlich weiblich
 Freistellung PR 2,5 1,25 1,25

Es sind:

20 Bedienstete ausgeschieden

- 3 Bedienstete zu anderen Behörden versetzt
- 2 Bedienstete zur Steuerabteilung gewechselt
- 3 aus sonstigen Gründen ausgeschieden (Entlassung auf Antrag, DU, Zeitrente)
- 4 Bedienstete aus der Freistellungsphase der Altersteilzeit (ATZ) in den Ruhestand eingetreten
- 8 Bedienstete wegen Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand eingetreten

42 Bedienstete neu eingestellt worden

- 1 Dezent
- 13 Sachbearbeiter
- 19 Mitarbeiter
- 3 Finanzanwärter und
- 6 Steueranwärter
- 6 Bedienstete in die Freistellungsphase der ATZ eingetreten
- 6 Kolleginnen in Mutterschutz bzw. Elternzeit eingetreten
- 2 Kollegen in Elternzeit gegangen
- 4 Anwärter des gehobenen Dienstes zu Steuerinspektoren ernannt
- 5 Anwärter des mittleren Dienstes zu Steuersekretären ernannt
- 6 Bedienstete in die Arbeitsphase der ATZ eingetreten
- 2 Bedienstete in Teilzeit während der Elternzeit eingetreten
- 5 Bedienstete nach Elternzeit / Beurlaubung wieder zum Dienst gekommen

Schwerbehinderte Quote: 5,96 % Vorjahr: 5,82 %

	Gesamt	männlich	weiblich
November 2010	33	18	15
November 2011	35	19	16

Einstellung von Anwärtern im Jahr 2011

Laufbahn	Anzahl Bewerbungen	Tests	Vorstellungsgespräche	Einstellungen
gehobener Dienst	288		11	4 ¹⁾
mittlerer Dienst	243	34	13	7 ²⁾

1) alle innere Verwaltung inkl. 1x „unechter Aufsteiger“

2) 1x Steuerverwaltung, 6x innere Verwaltung, inkl. 1x Wiederholer

Höhergruppierungen

Seit dem 01.12.2010 wurden insgesamt 20 Höhergruppierungen ausgesprochen.

Höhergruppierung in	Gesamt	männlich	weiblich
Entgeltgruppe 5	2	0	2
Entgeltgruppe 6	11	0	11
Entgeltgruppe 8	6	0	6
Entgeltgruppe 9	1	1	0

Beförderungen

Am 18.05.2011 wurden insgesamt 19 Beförderungsurkunden ausgehändigt.

Beförderungen nach Besoldungsgruppe	Gesamt	männlich	weiblich	Laufbahngruppe
A 6	0	0	0	0 einf. Dienst
A 7	3	1	2	9 mittlerer Dienst
A 8	5	5	0	
A 9	1	1	0	
A 10	4	3	1	8 gehobener Dienst
A 11	3	1	2	
A 12	1	0	1	
A 15	1	1	0	2 höherer Dienst
A 16	1	1	0	

FACHBEREICHE

Zentraldezernat (ZBV 11)

Organisationsbereich



Flexibilisierung der Arbeitszeit

Zum 01. Mai hat die ZBV mit Einführung des neuen Arbeitszeitmodells flächen-deckend für alle Kollegen die Arbeitszeit flexibilisiert und dadurch einen weiteren Meilenstein für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie erreicht. Das Modell ist zunächst bis 31.12.2011 zur Erprobung eingeführt. Nach den gewonnenen Erfahrungen wird dem Ministerium eine dauerhafte Einführung vorgeschlagen.



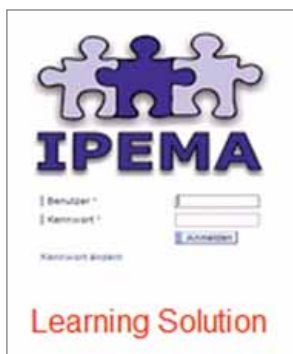
Bezügerechnertagung

Einmal jährlich treffen sich die Vertreter der bezügelnden Stellen des Bundes und der Länder zu einem dreitägigen Erfahrungsaustausch.

Aus Anlass der Bundesgartenschau in Koblenz hatte sich die ZBV in diesem Jahr als Gastgeber bereit erklärt.

Am 6. September konnte Oberfinanzpräsident Werner Nägler in Koblenz 65 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet begrüßen. Angereist waren neben den Leitern der Dienststellen verschiedene Dezernats- und Referatsleiter. Neben Finanzpräsident Oliver Brehm nahmen auch die Dezernenten der ZBV und der Leiter des ISC an der Tagung teil.

An fachlichen Themen wurden von der ZBV die Projekte Rhescaba und IPEMA vorgestellt; auch das im letzten Jahr durchgeführte Führungsfeedback und die PAB-Anwendung (Personalausgabenbudgetierung) standen auf dem Tagungsprotokoll.



Einführung LSO (SAP - Learning Solution)

Das für die organisatorische Unterstützung der Fortbildungsmaßnahmen zur Verfügung stehende Programm Seminaris wurde durch SAP Learning Solution abgelöst.

Hierzu wurde eine Struktur für die Stammdaten im LSO entwickelt und in das System eingepflegt. Da es keine Migration gab, wurden im Anschluss daran alle Altdaten aus Seminaris (sämtliche Fortbildungen aller Bediensteten der ZBV) manuell in LSO eingegeben, mit der Folge, dass diese Fortbildungen automatisch in die elektronischen Personalakten übernommen wurden.

Personalnummernvergabe

Die bisher auf verschiedene Stellen im Hause verteilte Aufgabe der Vergabe von Personalnummern wurde zum 01.04.2011 im Zentraldezernat zentralisiert.

Scannen

Seit dem 01.06.2011 werden im Verantwortungsbereich des Zentralarchivs alle eingehenden Beihilfeanträge (einschließlich der Außenstelle Neustadt/W.) gescannt. Im Zeitraum vom 06.06.2011 bis einschließlich 31.10.2011 waren dies bereits 160.000 Anträge mit 1,8 Mio Belegen.

Automationsbereich

Die größte Veränderung im Automationsbereich hat sich in 2011 durch die Auflösung der Leitstellen Besoldung/Versorgung/Angestellte ergeben, deren Aufgaben überwiegend vom ISC übernommen wurden. Daneben hat es folgende Arbeitsschwerpunkte in 2011 gegeben:

- Projekt Internet „Online Bewerbung“ (gehobener Dienst und mittlerer Dienst), Schnittstelle zu IPEMA
- Update des Content Management System Typo 3 auf die Version 4.5 LTS (Abschluss der Arbeiten 24.08.2011)
- Betreuung von div. Umstellungsarbeiten im Zuge der Einführung von IPEMA z.B. Anpassung der Telefonsuche im Internet, Projektarbeit im Zusammenhang mit der Einführung von LSO und Ablösung von SeminarIS etc.
- Versendung von sechs Newslettern im Jahr 2011 (derzeit 1.279 Abonnenten / Stand 24.10.2011)
- RHESCABA (Organisation und Koordination);
Produktionsbetrieb seit 01.06.2011;
Geschäftsstelle für RLP in der Länderkooperation;
Begleitung Regelwerksausschreibung innerhalb der Länderkooperation;
Vorbereitungen CEBIT-Auftritt 2012 auf dem RLP-Stand
- DMS-Erweiterung
Anbindung CARLA an das DMS,
Koordination für den Belegdruck im Rahmen der Bescheiderzeugung
- Evaluation des Landesinformationsfreiheitsgesetzes (LIFG)
- Anbindung des Finanzierungsfonds und der Versorgungsrücklage an das IPEMA®-Verfahren
- Umsetzung der Auswirkungen des "Landesgesetzes zu dem Versorgungs-lastenteilungs-Staatsvertrag" auf den Finanzierungsfonds
- Tausch der Telefone,
- Tausch der Thin-Clients
- Erweiterung der TK-Anlage
- Prüfungen nach dem IT-Grundschutz-Konzept des BSI für die Bescheinigende Stelle
- Personalausgabenbudgetierung

Die Geschäftsstelle Personalausgabenbudgetierung Rheinland-Pfalz (GS PAB) blickt auf ein sehr erfolgreiches Jahr 2011 zurück. So konnte die Länderkooperation in diesem Jahr um das Land Berlin bereichert werden. Am 08.02.2011 wurde zwischen Berlin, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz ein entsprechender Kooperationsvertrag über die Zusammenarbeit im Rahmen der gemeinsamen Nutzung, Pflege und Wartung sowie der Weiterentwicklung der Software PAB abgeschlossen. Damit ist Berlin, neben den Ländern Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen bereits das dritte Bundesland, welches die rheinland-pfälzische EDV-Anwendung „PAB“ nutzt.

Außerdem hat die Geschäftsstelle PAB Rheinland-Pfalz in Abstimmung mit den Kooperationspartnern zwei umfangreiche Änderungspakete (sog. Release 2011/1 und 2011/2) für die Anwendung PAB geschnürt. Nach Fertigstellung der beiden dv-technischen Feinkonzepte befinden sich diese Programmänderungen aktuell in der Realisierungs- bzw. Abnahmephase.

Bislang wurden noch keine fehlerfreien Budgetierungsdaten für PAB geliefert, so dass weiterhin aufwändige Anpassungsarbeiten erforderlich waren und sind.

Weitere Informationen und Hardcopies der Anwendung befinden sich auf der Homepage der ZBV unter <http://www.zbv-rlp.de/service/budgetierung/index.html>

Bereich Haushalt / KLR / Rechnungswesen

- Planung und Aufstellung des Doppelhaushaltes 2012/2013 sowie Abschluss neuer Verwaltungsvereinbarungen
- Bearbeitung von rd. 50 Dienstunfällen einschließlich der Einführung u. Bearbeitung der Arzneimittelrabattierung im Bereich der Dienstunfallfürsorge
- Übernahme und Bearbeitung des Sachgebietes der Betreuung und Weiterentwicklung der zentralen KLR des Landes Rheinland-Pfalz aus dem Finanzministerium
- Übernahme Leitstelle Beihilfe

JUSTIZIARIAT

Klageverfahren

Zum 02.11.2011 waren bei ZBV 11d noch **64** Klageverfahren in Bearbeitung:

- 27** Klageverfahren vor Verwaltungsgerichten
(16 Beihilfe-, 6 Besoldungs-, 5 Versorgungs- und 1 Reisekostenverfahren)
- 27** Klageverfahren vor Sozialgerichten
- 10** Klageverfahren vor Arbeitsgerichten

Ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht konnte noch keinen Abschluss finden.

Bis zum Berichtstag wurden in 2011 insgesamt **62** Klageverfahren erledigt:

- 46** Klageverfahren vor den Verwaltungsgerichten
(30 Beihilfe-, 8 Besoldungs- und 8 Versorgungsverfahren)
- 8** Sozialgericht
- 8** Arbeitsgericht

Beschwerdemanagement

Bis zum 02.11.2011 sind bei ZBV 11d insgesamt **117** Beschwerden eingegangen.

Im Vorjahr betrug die Anzahl der Beschwerden zum 02.11.2010 **80** Beschwerden.

Dies entspricht im Vergleich zum Vorjahreszeitraum einer Steigerung um **37** Beschwerden = ca. **46,3 %**.

Dezernat Beamtenbesoldung und -versorgung (ZBV 12)

1. Fallzahlen

Art	11/2010	11/2011	Differenz nominal	Differenz in %
Besoldung	74.090	74.066	-24	-0,03
Versorgung	38.546	39.623	+1.077	+2,8
Emeriten	303	253	-50	-16,5
Summe	112.939	113.942	+1.003	+0,9

2. Umsetzung des Landesgesetzes zur Anpassung der Besoldung und Versorgung 2011 (LBVAnpG 2011)

hier: Besoldungs- und Versorgungsanpassung zum 01.04.2011

Durchführung im Zahlmonat 09/11 rückwirkend zum 01.04. - Zum Teil noch in beiden Systemen (DAISY + SAP), dadurch erhöhter Aufwand bei der Nachbearbeitung. Hiermit verbunden

- a) auch Umsetzung der letzten Stufe zur Anpassung des Ruhegehaltssatzes im Sinne des § 69 e BeamtVG (max. 71,75 v.H.)
- b) und manuelle Neufestsetzung in Fällen der vorübergehenden Erhöhung der Ruhegehaltssätze nach § 14a BeamtVG i.V.m. dem Kinderziehungszuschlags-gesetz

3. Vorbereitende Arbeiten zur Durchführung des 1. Dienstrechtsänderungsgesetzes zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierung (teilweise In-Kraft-Treten ab 2009)

4. Fortentwicklung der Versorgungsprognose bis zum Jahr 2020

5. Fortführung der Umsetzung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes vom 25.03.2010 mit Wirkung vom 01.04.2010 hinsichtlich der Quotelung von Ausbildungszeiten pp (§ 6 Abs. 1 Satz 4, § 12 Abs. 5, § 13 Abs. 1 Satz 3 BeamtVG) ca. 9 Neufestsetzungen / ca. 1.000 Versorgungsfälle sind noch zu überprüfen. Ca. 1.000 sind schon überprüft worden

6. Abwicklung der Anträge/Widersprüche (20) bzgl. der rückwirkenden Neufestsetzung bis zum 30.06.2008 ohne den sogenannten Versorgungsabschlag alter Art (§14 F 84 BeamtVG) in 2011 abgeschlossen

7. Restarbeit eines Prüfauftrages des Rechnungshofes Rheinland-Pfalz bezüglich der Ruhensberechnung nach § 55 BeamtVG (Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Renten) ca. 100 Fälle; bei 7 Fällen mit Widerspruchsbescheiden

8. Abschluss der Ausbildung und Zusammenführung von Besoldung und Versorgung mit Neuschnitt zum April 2011

9. Manuelle Nacharbeit im Meldewesen für das KVdR-Verfahren

10. IPEMA

- Tests in Release 3 und Produktivtest
- Alle Neufestsetzungen über VADM (Versorgungsadministration)
- Migration aller Besoldungsfälle zum 01.01.2011
- Migration des Versorgungsbestandes zum Zahltag Mai 2011

- Abarbeitung teilmigrierter Fälle bis zum Zahltag November 2011 ca. 4.200 Fälle
- Erfordernis der hohen Fehlerbearbeitung aus dem System
- Modifizierter Entgeltnachweis mit erforderlichen Tests
- Start zur Einführung eines Stammblasses
- Nachversicherung, Versorgungsausgleich und Abwicklung Staatsvertrag Versorgungslasten noch nicht SAP-fähig

11. Erstellung des Versorgungsberichtes 2010 für die Landesregierung
12. Umsetzung der Aufgaben aufgrund des Gesetzes zum Versorgungs-Lasten-Staatsvertrag
13. Neuregelung der Versorgungszuschlagserhebung bei beurlaubten und abgeordneten Beamten
14. Neuregelung im Bereich der Altersteilzeit durch die ab 01.07.2011 neu geltenden Altergrenzen im Polizeibereich
15. Neustrukturierung der Vermessungsverwaltung erfordert ca. 300 informatorische Ruhegehaltsberechnungen, da einstweiliger Ruhestand ansteht

Dezernat Familienkasse und Pfändungen/Schadensersatz (ZBV 13)

- Erhöhung Arbeitnehmerpauschbetrag von € 920 auf € 1.000 noch für 2011
- Wegfall der Überprüfung der Einkünfte und Bezüge im Bereich Familienleistungsausgleich ab 2012

Dezernat Entgelt der Arbeitnehmer (ZBV 14)

Das Jahr 2011 stand ganz im Zeichen des neuen integrierten Programms IPEMA. Am 10.01.2011 startete das Dezernat Entgelt nach dreiwöchiger Buchungspause mit der Abrechnung in IPEMA und ca. 1.500 integrierten Fällen der Finanzverwaltung. Als problematisch erwies sich, dass die migrierten Daten fehlerbehaftet waren und das geschulte Programmhandling von dem zwischenzeitlich weiterentwickelten Produktivprogramm abwich.

Die Einführung eines Stammblasses, die verbesserte Darstellung von Rückrechnungen und das Bescheinigungswesen sollen zu Verbesserungen für die Mitarbeiter führen. Fortschritte konnten bei der Fehlerbereinigung und Umsetzung von Programmentwicklungen (Mängelliste) erzielt werden. Im Novemberrechenlauf konnte der neue Entgeltnachweis mit Darstellung der Rückrechnung eingesetzt und fehlerhaft gezahlte Zuschläge seit Jahresbeginn korrigiert werden.

Die Fallzahlen hatten mit über 51.000 Fällen das Jahreshoch wieder im Juni erreicht. Nach Rückgang im Juli waren im August die Lehrer und Hochschulkräfte wieder aufzunehmen. Hier bereitete der Statuswechsel unter einer SAP-Nummer vom Beamten zum Beschäftigten und umgekehrt erhebliche Probleme, was hohen Korrektur- und Erläuterungsbedarf verursachte und zu verspäteten oder falschen Meldungen bei den Sozialversicherungen führte.

Im April war der neue Tarifabschluss für den TV-L und im August für den TV-Forst umzusetzen.

Dezernat Reisekosten (ZBV 15)

Reisekosten-, Trennungsgeld- und Umzugskostenbearbeitung bei der ZBV

Übernahme der Bearbeitung von Reisekosten, Trennungsgeld und Umzugskosten

→ ab 01.04.2009 von OFD-St zur OFD-ZBV

Personalübernahmen ab 01.04.2009 von OFD-St zur OFD-ZBV:

→ 2 Sachbearbeiter + 2 Mitarbeiter (Köpfe) = ca. 3,1 Arbeitskräfte

Personalstand 28.10.2011:

→ 2 Sachbearbeiter + 8 Mitarbeiter (Köpfe) = ca. 6,7 Arbeitskräfte

Zuständigkeiten

ab	Dienststelle	Reisekosten	Trennungsgeld	Umzugskosten
01.04.2009	OFD + ZBV + MdF (tw) + LTH	X	X	X
01.04.2009	alle Finanzämter		X	X
01.10.2009	Landesbetrieb LBB (LBB)	X	X	X
01.11.2009	Rechnungshof	X		
29.03.2010	FA Mainz-Süd	X	X	X
21.06.2010	FA St. Goarshausen-St. Goar	X	X	X
28.06.2010	FA Kaiserslautern	X	X	X
01.10.2010	FA Bad Neuenahr-Ahrweiler	X	X	X
01.11.2010	FA Altkirchen	X	X	X
	FA Bad Kreuznach	X	X	X
	FA Bingen-Alzey	X	X	X
	FA Idar-Oberstein	X	X	X
	FA Daun	X	X	X
	FA Bitburg-Prüm	X	X	X
	FA Simmern-Zell	X	X	X
01.01.2011	Stiftung RLP für Kultur in Mainz	X		
01.01.2011	Studierendenwerke Vorderpfalz	X		
01.10.2011	FA Bernkastel-Wittlich	X	X	X
	FA Mainz-Mitte	X	X	X
	FA Mayen	X	X	X
	FA Montabaur-Diez	X	X	X
01.11.2011	FA Frankenthal	X	X	X
	FA Kusel-Landstuhl	X	X	X
	FA Ludwigshafen	X	X	X
	FA Neustadt	X	X	X
	FA Pirmasens-Zweibrücken	X	X	X
	FA Speyer-Germersheim	X	X	X
	FA Worms-Kirchheimbolanden	X	X	X
01.12.2011	FA Koblenz	X	X	X
	FA Landau	X	X	X
	FA Neuwied	X	X	X
	FA Trier	X	X	X

Damit ist die Übernahme der Finanzämter hinsichtlich der Reisekostenbearbeitung abgeschlossen.

Auswirkungen:

01.04.2009 = rd. 4.000 Zahlfälle (nur Reisekosten)

01.11.2011 = rd. 38.000 Zahlfälle (nur Reisekosten)

Neuentwicklung eines Verfahrens für den Dienstreiseantrag und den Abrechnungsantrag

Dienstreiseanträge und Abrechnungsanträge können elektronisch nur im Intranet der OFD mit Hilfe der Verfahren CARIN und ZEIT gestellt werden. Die ZDFin hat daher im Auftrag der ZBV eine Anwendung auf PDF-Basis entwickelt, die alle im Zusammenhang mit einer Dienstreise benötigten Formulare über das Internet bereitstellt und die Daten in einer Datenbank der ZDFin speichert. Die eingegebenen Daten werden - wie bisher auch bei CARIN und ZEIT - täglich abends elektronisch in das Reisekostenabrechnungssystem CARLA übertragen und dort mit Auszahlung und Bescheid gerechnet.

Mit Hilfe des neuen Verfahrens REIKA ZBV (siehe auch Seite 72) entfallen für einen weiteren Personenkreis handschriftlich erstellte Anträge und Datenerfassungsarbeiten. Es soll auf Dauer auch CARIN ablösen und kann allen, die nicht am Intranet der OFD angeschlossen sind und deren Reisekosten die ZBV bearbeitet, angeboten werden. Außerdem ist es hilfreich, mit REIKA ZBV ggf. weiteren Verwaltungen/Betrieben/Unternehmen, die nach dem Landesreisekostengesetz abrechnen, anbieten zu können, ihre Reisekosten-Angelegenheiten von der ZBV bearbeiten zu lassen.

Die Entwicklung des neuen Verfahrens REIKA ZBV begann Mitte 2010 und zwar zunächst nur für die Bedürfnisse des Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB). Es wurde seit dem von der Reisekostenstelle der ZBV und ca. 30 Bediensteten des LBB getestet und fortentwickelt. Seit dem 01.10.2011 ist REIKA ZBV beim LBB im Einsatz. Zuvor wurden für alle sieben Niederlassungen des LBB sowie für die Zentrale in Mainz vor Ort für die jeweiligen Bediensteten Informations- und Einführungsveranstaltungen durchgeführt, um Berührungspunkte der Anwender beim LBB abzubauen.

Dezernat Beihilfe (ZBV 18)

Projekt RHESCABA

RHE Rheinland-Pfälzisches

SCA Scanverfahren zur

BA Beihilfeabrechnung

Produktionsbetrieb am 01.06.2011 begonnen

Kernpunkt des Projektes RHESCABA ist die digitale Erfassung von Beihilfeanträgen, einschließlich der eingereichten medizinischen Abrechnungsbelege. Durch das Scannen der für die Abrechnung erforderlichen Unterlagen und ein automatisches Auslesen ist eine maschinelle Zuordnung der Belege nach Personen und Aufwendungsarten möglich, so dass die benötigten Abrechnungsdaten überwiegend maschinell in das Beihilfeabrechnungs-Programm BABSYS eingespielt werden können. Dieses neue IT-Verfahren ermöglicht damit einen elektronischen und papierlosen Ablauf der Beihilfebearbeitung unter Wegfall des zuvor sehr hohen personellen Erfassungsaufwandes.

Nachdem das neue Scanverfahren ab dem 01.11.2010 in einem Arbeitsgebiet und ab dem 01.03.2011 in einem zweiten Arbeitsgebiet pilotiert wurde, konnte am 01.06.2011 mit dem Produktionsbetrieb des Projektes RHESCABA begonnen werden. Zuvor waren sämtliche Beihilfeberechtigte im Zuständigkeitsbereich der ZBV über das neue Antragsverfahren informiert worden.

Neue Arbeitsabläufe

Nach Einführung von RHESCABA gliedert sich die Beihilfebearbeitung in folgende Teilbereiche:

■ Posteingang und Arbeitsvorbereitung

Zentraler Eingang und Vorbereitung des Belegguts

■ Scannen

Digitalisieren der Antragsunterlagen, Rechnungen, Rezepte

■ Erkennen

Klassifizieren der Belege und Extrahieren von relevanten Datenfeldern zur Einspielung in das Beihilfeabrechnungsprogramm BABSYS sowie die Zuordnung zum Antragsteller

■ Bearbeiten

Prüfen der Belege nach den Vorgaben der gesetzlichen Regelungen in BABSYS (hierbei wird der gescannte Beleg automatisch auf einem zweiten Bildschirm angezeigt), Erstellen und Freigabe des Beihilfebescheides

■ Ausgeben

Zentraler Druck und Versand des Bescheides durch das Rechenzentrum, Anweisung der Erstattung

Eine wesentliche Neuerung für die Antragsteller ist die Einführung eines einseitigen Kurzantrages. Sofern keine Änderungen hinsichtlich beihilferelevanter Sachverhalte seit der letzten Antragstellung eingetreten sind, wird hiermit eine einfache und zügige Antragstellung ermöglicht.

Darüber hinaus ist neu, dass für die Beantragung der Beihilfe die Vorlage von Duplikaten, Kopien oder Zweitschriften ausreicht, da eine Rücksendung der eingereichten Belege nicht mehr vorgesehen ist. Damit übernimmt die Beihilfestelle der ZBV eine Verfahrensweise, die bei privaten Krankenversicherungen bereits seit langer Zeit Praxis ist. Jedem Beihilfebescheid wird jedoch ein Ausdruck eines eingereichten Beleges beigefügt, falls damit nachgewiesene Aufwendungen nicht in voller Höhe als beihilfefähig anerkannt werden. Somit ist sichergestellt, dass ein Antragsteller im Beihilfebescheid ausgewiesene Kürzungen nachvollziehen kann.

Wie immer bei Einführung neuer technischer Verfahren können in der Übergangszeit unvorhersehbare technische Probleme auftreten. So hat sich in einigen Fällen der Ausdruck und Versand der Beihilfebescheide leider verzögert.

Hinzu kam, dass in der technischen und organisatorischen Umstellungsphase zum 01.08.2011 die neue rheinland-pfälzische Beihilfeverordnung in Kraft getreten ist und weiteren Verwaltungsaufwand in der Beihilfestelle verursacht hat.

Einziehung von Arzneimittelrabatten

Das am 01.01.2011 in Kraft getretene Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes sieht eine Einbeziehung der Beihilfestellen und Privatkassen in die Arzneimittelrabattierung der Gesetzlichen Krankenversicherung vor. Die zustehenden Rabat-

te sind über die beim Verband der privaten Krankenversicherung e.V. eingerichtete ZESAR GmbH - Zentrale Stelle zur Abrechnung von Arzneimittelrabatten GmbH - geltend zu machen, die wiederum die Rabatte von den Pharmaherstellern einzieht und an die Anspruchsberechtigten weiterleitet.

Da bis zu 16 % des Arzneimittelherstellerepreises als Rabatt gewährt werden, geht es um nicht unerhebliche Haushaltsmittel. Es ist daher sehr erfreulich, dass unter RHESCABA schon zeitnah ein Verfahren entwickelt werden konnte, das einen weitgehend maschinellen Aufbau der für die Einbeziehung der Rabatte erforderlichen Datensätze erlaubt. Damit gehört die Beihilfestelle der ZBV zu den ersten öffentlichen Leistungsträgern, die die Rabatte in Anspruch nehmen können.

Dreiländerkooperation

Das Projekt RHESCABA stellt den rheinland-pfälzischen Teil einer Dreiländerkooperation dar. Die Länder NRW, Hessen und RLP suchten 2008 gleichzeitig ein neues Verfahren, das die Beihilfeanträge und die zugehörigen Belege digitalisiert und die Daten der Belege ausliest (extrahiert). Daher wurde der Beschluss gefasst, eine solches „Inputmanagement“ gemeinsam zu erarbeiten und zu beschaffen, um Synergieeffekte, wie reduzierte Entwicklungsaufwände und niedrigere Wartungs- und Pflegekosten zu erzielen.

Regelwerkabgleich

Die drei Länder haben auch beim weiteren Ausbau der Systems kooperiert. Nach einem gemeinsamen Ausschreibungsverfahren konnte Mitte September 2011 der Zuschlag für die Beschaffung einer Systemlösung zur automatisierten Prüfung medizinischen Belegguts (insbesondere ärztliche und zahnärztliche Leistungen, Krankenhausleistungen und Verordnungen von Arzneimitteln) im Zuge der Beihilfebearbeitung erteilt werden (sogenannter Regelwerkabgleich). Mit den ersten Arbeiten wurde Anfang Oktober begonnen.

Fazit

Die gemeinsame Architektur des Beihilfebearbeitungsverfahrens hat sich im Einsatz in den Ländern bewährt und beinhaltet ein modernes Konzept für einen klassischen staatlichen Verwaltungsbereich mit Massenaufkommen. Es steht für einen schlanken und medienbruchfreien Verfahrensablauf, der gegenüber zukünftigen Anforderungen und Entwicklungen offen gestaltet ist.

Dezernat Bescheinigende Stelle (ZBV 20)

Das Rheinland-Pfälzische Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten (MULEWF) gewährt als zugelassene EU-Zahlstelle jährlich EU-Fördermittel aus dem EGFL (Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft) sowie aus dem ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Landwirtschaft) an Landwirte, Unternehmen und sonstige Beteiligte.

Das System der EU-Agrarfinanzierung sieht eine von der Zahlstelle unabhängige Bescheinigende Stelle vor (Art. 7 VO (EG) Nr. 1290/2005, Art. 5 VO (EG) Nr. 885/2006), die nach internationalen Prüfstandards sowie unter Berücksichtigung etwaiger Leitlinien und Mitteilungen der EU-Kommission die zugelassene Zahlstelle während und nach dem EU-Haushaltsjahr (16. Oktober - 15. Oktober) prüft. Sie bescheinigt unter Berück-

sichtigung der bestehenden Verwaltungs- und Kontrollsysteme die Richtigkeit und Vollständigkeit und Genauigkeit der Rechnungen der zugelassenen Zahlstelle und die Funktionsfähigkeit des internen Kontrollsystems. Die Bescheinigende Stelle erstellt jährlich bis spätestens 1. Februar nach Abschluss des EU-Haushaltsjahres zwei Berichte (je einen für die Bereiche EGFL und ELER) über ihre Feststellungen unter Beachtung formeller und inhaltlicher Vorgaben des EU-Rechts. Hierzu werden Vor-Ort-Kontrollen, Übereinstimmungsprüfungen sowie Einzelfallprüfungen durchgeführt. Ein weiteres Prüfungsfeld ist die Einhaltung der Zulassungskriterien durch die EU-Zahlstelle (Art. 5 VO (EG) Nr. 885/2006).

Hierzu muss die Zahlstelle gemäß Artikel 1 Absatz 1 der VO (EG) Nr. 885/2006 über einen Verwaltungsaufbau und ein System der internen Kontrolle verfügen, die den in Anhang I dieser Verordnung für folgende Bereiche genannten Kriterien entsprechen:

- das interne Umfeld (Organisationsstruktur, Humanressourcen und übertragene Aufgaben),
- die Kontrolltätigkeiten,
- Information und Kommunikation (u.a. IT-Sicherheit) sowie
- die Überwachung (laufende Überwachung und Interne Revision).

Diese Komponenten bewertet die Bescheinigende Stelle für folgende Verfahren:

- die Bewilligung,
- die Ausführung der Zahlungen,
- die Verbuchung,
- die Vorschusszahlungen und Sicherheitsleistungen und
- das Forderungsmanagement.

Ferner prüft die Bescheinigende Stelle auch die der Zahlstelle obliegende Beseitigung von Mängeln, die die Bescheinigende Stelle bei ihrer Prüftätigkeit festgestellt hat (sog. „Follow-up“).

Die Aufgaben der Bescheinigenden Stelle wurden mit Wirkung vom 01.02.2011 von dem bis dahin zuständigen Ministeriums der Finanzen auf die ZBV übertragen.

Dezernat ISC

Arbeitsschwerpunkte im Projekt IPEMA®/IPEMA®-Service-Center

Die Tätigkeitsschwerpunkte im Projekt IPEMA® und IPEMA®-Service-Center im Jahr 2011 stellen sich im Wesentlichen wie folgt dar:

Der Jahresbeginn 2011 stand ganz im Licht des Produktivstarts des Releases 4 am 10.01.2011. Gegenstand dieses Releases war die Migration der Personalverwaltung der Beschäftigten im Geschäftsbereich der OFD, sämtlicher Entgeltabrechnungsfälle des Dezernates ZBV14 sowie die Fremdfälle der Landesfamilienkasse. Mit Produktivsetzung dieses Releases wurde eine umfangreiche Mängelliste erstellt, in der die Abweichung des produktiv gestarteten Systems von den Anforderungen aus den Ausschreibungsunterlagen dokumentiert wurden. Die Abarbeitung dieser Liste ist zwar weit fortgeschritten, jedoch aktuell noch nicht abgeschlossen.

Im April 2011 erfolgte die Migration der in DAISY verbliebenen Versorgungsfälle. Diese Migration war ursprünglich für den Dezember 2010 vorgesehen, zur Risikominimierung und wegen anderweitiger Schwerpunktsetzung jedoch auf diesen Termin verschoben worden. Von den ca. 38.000 Versorgungsfällen konnten ca. 4.500 nicht fehlerfrei abrechenbar migriert werden; insoweit waren manuelle Nacharbeiten erforder-



lich, die zwischenzeitlich abgeschlossen sind. Mit dem Rechenlauf im Monat November 2011 wurden erstmals alle Zahlfälle in der ZBV unter SAP abgerechnet und ausgezahlt.

Ebenfalls im April 2011 fand die Produktivsetzung des Releases 5 stand, hierzu gehörten die Module Personalkostenplanung, Personalbeschaffung und Learning Solution (LSO) für die Personalverwaltung der OFD.

Produktivsetzungen für das Teilprojekt ADD haben in 2011 trotz mehrfacher Terminsetzungen und -verschiebungen nicht stattgefunden. In seiner 13. Sitzung am 16.11.2011 hat der Lenkungsausschuss des Projekts IPEMA® den Termin für die Produktivsetzung der Lehrerpersonalverwaltung auf den 01.03.2012 festgelegt.

Projekt IPEMA® - Phase 2

In seiner Sitzung am 16.11.2011 hat der Lenkungsausschuss des Projekts IPEMA® zudem den Start der sogenannten Phase 2 des Projekts beschlossen. Dazu hat der Lenkungsausschuss die Projektleitung aufgefordert, die weiteren Arbeiten (Einbindung der AG der Personalreferenten, Ausschreibung weiterer Dienstleistungen) in Zusammenarbeit mit dem Ministerium der Finanzen und dem ISC zu beginnen.

IPEMA®-Service-Center

Nach der Entscheidung aus dem Jahre 2009, parallel zum Produktivstart des Projekts IPEMA® ein IPEMA®-Service-Center (ISC) einzurichten und dieses bei der ZBV anzusiedeln, wurde dessen funktioneller Aufbau im Laufe des Jahres 2011 abgeschlossen. Hierzu wurden die meisten ZBV-Kollegen, die am Implementierungsprojekt teilgenommen haben, in das ISC umgesetzt. Hinzu kamen vier weitere Kollegen aus der ZBV, fünf Kollegen wurden extern eingestellt.

Allerdings ist das ISC auf Grund seiner personellen Ressourcen sowie seiner bisher gewonnenen Erfahrungen und Kenntnisse heute noch nicht in der Lage, die Wartung und Weiterentwicklung des Systems ohne externe Unterstützung zu bewältigen. Jedoch gestaltet sich auch die Beistellung externen Supports auf Grund der Marktlage als zunehmend schwierig, ebenso wie die Gewinnung weiteren, eigenen Personals.

Das Jahr 2011, d.h. das erste Jahr seines funktionalen Bestehens, hat das ISC dazu genutzt, seine internen Prozesse zu festigen und Arbeitsstrukturen zu den verschiedenen Kunden zu etablieren. Diese Entwicklung ist indes noch nicht abgeschlossen und wird in der Phase 2 des Projekts weitere Veränderungen erfahren.





Abteilung Bundesbau

BISHER GESCHÄFTSBEREICH - JETZT ABTEILUNG BUNDESBAU

Rückwirkend mit Datum vom 01.07.2011 wurde der bisherige Geschäftsbereich Bundesbau (GBB) in eine Abteilung umgewandelt - **Wie kam es dazu?**

Im Rahmen der Neuverhandlung des Organleiheabkommens in den letzten Monaten forderte der Bund eine Aufwertung des GBB zu einer vollwertigen Abteilung der OFD, wie es auch in anderen Bundesländern, z.B. in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg seit Jahren der Fall ist.

Der ehemalige Geschäftsbereich Bundesbau (GBB) - jetzt Abteilung Bundesbau (ABB) - ist derzeit mit seinen 35 Mitarbeitern die kleinste eigenständige Organisationseinheit der OFD. Die vielfältigen Aufgaben können derzeit nur im Rahmen der vorhandenen personellen Ressourcen und damit teilweise auch nur eingeschränkt wahrgenommen werden.

Zur Erinnerung:

Die Abteilung Bundesbau übernimmt in Rheinland-Pfalz die Bauherrenaufgaben des Bundes, wenn es um Baumaßnahmen der Bundeswehr, der Gaststreitkräfte, der NATO und zivile Baumaßnahmen geht. Dies erfolgt im Rahmen der sogenannten Organleihe, wobei sich der Bund des Landespersonals bedient, anstatt eine eigene Bundesverwaltung zu gründen. Alle entstehenden Ausgaben werden dem Land hierbei vom Bund erstattet.

Auf diese Weise wurden in Rheinland-Pfalz in den letzten sechs Jahren über 2.300 Projekte mit einem jährlichen Bauvolumen in Höhe von 214 bis 270 Mio. Euro betreut.

Damit ist die Abteilung Bundesbau der größte Auftraggeber für den Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB), der die operative Projektdurchführung betreibt.



OBERFINANZDIREKTION
KOBLENZ
ABTEILUNG BUNDESBAU



Wahrnehmung der Bauherrenaufgaben
des Bundes in Rheinland-Pfalz

Die Aufwertung zu einer Abteilung der OFD begründet sich unter anderem daher auch mit

- der politischen Dimension vieler Baumaßnahmen und Tätigkeiten und der damit einhergehenden Verantwortung,
- der vielfältigen und rechtlich sowie fachtechnisch anspruchsvollen Aufgaben, die sich nicht schematisch umsetzen lassen, sondern einer vorausschauenden Koordinierung im jeweiligen Einzelfall bedürfen und
- dem Umstand, dass die ABB bei Bundesbaumaßnahmen und Baumaßnahmen der Gaststreitkräfte durch eigenständige und selbstverantwortliche Wahrnehmung der fachaufsichtlichen Weisungs- und Entscheidungsbefugnis gegenüber den insoweit nachgeordneten sieben Niederlassungen des LBB als klassische selbstständige Organisationsabteilung agiert.

Das Abkommen wurde am 22.06.2011 vom Ministerium der Finanzen und den Bundesministerium für Verkehr, Bauwesen und Stadtentwicklung unterzeichnet und damit die Umwandlung des GBB in eine Abteilung beschlossen. Gleichzeitig ist ebenfalls eine Personalaufstockung vorgesehen, zunächst auf 39 Stellen.

BAUMASSNAHMEN FÜR DIE AMERIKANISCHEN GASTSTREITKRÄFTE

Auch im Jahr 2011 machten die für die US-Gaststreitkräfte in Rheinland-Pfalz abgewickelten Baumaßnahmen den überwiegenden Anteil des umgesetzten Bauvolumens aus. Hierbei wurde u. a. die neue Kommandozentrale der US-Luftstreitkräfte auf dem US- und NATO-Luftwaffenstützpunkt Air Base Ramstein fertig gestellt und an die US-Gaststreitkräfte übergeben. Neben der planerischen bzw. baulichen Weiterführung begonnener Maßnahmen wie z. B. die Medical Clinic auf der Air Base Spangdahlem, die Erweiterung der Nordwest-Infrastruktur auf der Air Base Spangdahlem mit Einkaufszentrum, Fitnesscenter, Kindergarten etc. wurde in der zweiten Jahreshälfte 2011 ein umfangreiches Schulbauprogramm durch die US-Gaststreitkräfte mit insgesamt 15 Schulen und einem Gesamtbauvolumen von rd. 550 Mio. Euro initiiert. Bei den Schulen handelt es sich um Elementary-, Middle- und High-Schools auf verschiedenen Liegenschaften in Rheinland-Pfalz. Bei der Planung der Schulen kommt erstmals ein neues Schulkonzept zur Anwendung, das aus der im Oktober 2011 fertig gestellten US-Studie „21st Century Learning“ resultiert.

Zwischenzeitlich wird von den US-Streitkräften für den Neubau des Hospitals Weilerbach eine Vorplanung erstellt. Es ist von US-Seite beabsichtigt, im I. Quartal 2013 die Planung zur weiteren Bearbeitung an die Bauverwaltung zu übergeben.



Medical Clinic auf der Air Base Spangdahlem.

HAUSHALTSANGELEGENHEITEN

Die Bauausgaben für Maßnahmen des Bundes in Rheinland-Pfalz betragen im Jahr 2011 ca. 214 Mio. €. Sie waren damit rund 16 Mio. € niedriger als im Vorjahr. Den größten Anteil an den Bauausgaben hatten erneut die Baumaßnahmen für Gaststreitkräfte mit rund 125 Mio. €. Nach dem vollständigen Rückzug der französischen Streitkräfte aus Rheinland-Pfalz fallen diese Ausgaben sämtlich in den Bereich der US-Streitkräfte.

Aufgrund angekündigter Großaufträge und zum Teil schon bestehender Planungsaufträge für den Krankenhaus- und den Schulbau ist in den nächsten Jahren trotz aller haushälterischen Unsicherheiten mit einem relativ gleichbleibenden Bauvolumen oder sogar Steigerungen zu rechnen.

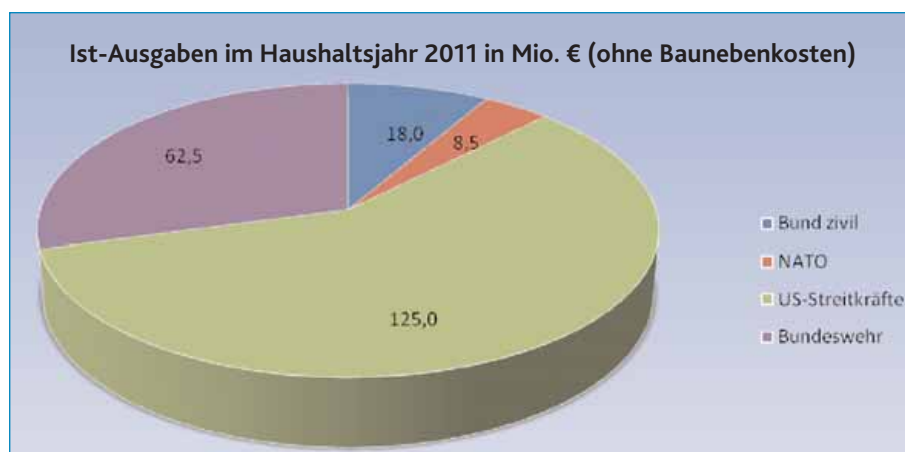
Diese Großprojekte gilt es, in bewährter Art und Weise zur Zufriedenheit der Auftraggeber abzuwickeln.

Bauausgabenentwicklung seit 2004

2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
353	377	272	224	243	235	230	214

Das zweite große Standbein bei den Bauausgaben bilden die Baumaßnahmen für die Bundeswehr. Die Ausgaben für große und kleine Baumaßnahmen sowie für Bauunterhalt lagen hier bei rund 62,5 Mio. €. Das Bauvolumen sank hier im Vergleich zum Vorjahr um ca. 6,5 Mio. €. Das Konjunkturprogramm II, die Energetische Gebäudesanierung in den Bundeswehrkasernen sowie das Sonderprogramm „Sanierung Kasernen-West“ konnten nur teilweise die Ausgabenrückgänge und Einsparungen auffangen, die die Bundeswehrstrukturreform mit zahlreichen Standortveränderungen und Schließungen nach sich gezogen hat oder zieht. Trotzdem lagen die investiven Ausgaben bei der Bundeswehr immer noch auf einem vergleichbar hohen Niveau im Verhältnis der letzten Jahre.

Die Bauausgaben für NATO-Baumaßnahmen betragen rund 8,5 Mio. €. Bei den zivilen Baumaßnahmen, darunter zählen sowohl Baumaßnahmen für die BImA (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben) als auch für die Bereiche der zivilen Bundesressorts wie BMVBS (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Städteentwicklung), BMELV (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz), BMI (Bundesministerium des Innern) und andere, verbuchten wir in 2011 Bauausgaben von rund 18 Mio. €.



Herausgeber

Oberfinanzdirektion Koblenz
Ferdinand-Sauerbruch-Str. 17
56073 Koblenz

Tel.: 02 61/49 32-0
Fax: 02 61/49 32-3 67 40
E-Mail: Pressestelle@ofd-ko.fin-rlp.de

Koordination

Pressestelle

Layout und Satz

Peter Haag (Pressestelle)

Druck

PRINZ-DRUCK
Print Media GmbH & Co KG
Felsenmühlstraße 15
55743 Idar-Oberstein

Bildnachweise

- Titel: Foto: © Luc Lombardo/fotolia.com
- S. 12: Foto: © Maiha/pixelio
- S. 17: Foto: © Pixel/fotolia.com
- S. 19: Foto: © meshike/fotolia.com
- S. 28: Foto: © mpixs/fotolia.com
- S. 48: Foto: © bilderbox/fotolia.com
- S. 55: Foto: © Klaus Rein/fotolia.com
- S. 57: Foto: © Patrizier-Design/fotolia.com
- S. 60: Foto: © bilderbox/fotolia.com
- S. 66: Foto: © Ktsdesign/fotolia.com
- S. 101: Foto: © Siegfried_Fries_bikemen/pixelio
- S. 116: Foto: © Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung, Niederlassung Trier



Oberfinanzdirektion Koblenz

Ferdinand-Sauerbruch-Str. 17
56073 Koblenz

Telefon: 02 61/49 32-0

Telefax: 02 61/49 32-3 67 40

E-Mail: Pressestelle@ofd-ko.fin-rlp.de

Internet: www.fin-rlp.de